



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 15 – 12. April 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

»Jetzt zuhören!«
Verdienste um Wolfskinder und Vertriebene: Christopher Spatz im Interview **2**

Deutschland

Seehofer gibt nicht auf
Neue Vorschläge des Innenministers gegen die Abschiebeverhinderungsindustrie **3**

Hintergrund

»Uns trägt kein Volk«
Vor 100 Jahren löste das Bauhaus von Weimar aus eine Architektur-Revolution aus **4**

Preußen / Berlin

Verbände: Schwere Fehler und Versäumnisse
Berlins Wirtschaft wächst – trotz der Politik **5**

Ausland

Etwas Licht aus Italien ins Dunkel der Migration
Das »Flucht«-Geschäft **6**

Kultur

Hoffen auf Aufträge
Zwei Jahre vor seinem Tod besuchte Mozart Berlin **9**

Geschichte

»Eine schwierige Episode«
Das Massaker im indischen Amritsar von 1919 **10**



Mehr als ein Versuchsballon: Die Stimmen, welche die Enteignung von Wohnraum fordern, mehren sich

Bild: Imago

Marxistisches Versatzstück

Enteignungen schaffen keinen Wohnraum, sondern schrecken Investoren ab

Der grüne Fahnlenführer Robert Habeck hat wieder einmal gezeigt, was in ihm steckt: ein radikaler Linker. Er hat sich das Thema Wohnungsnot, womit er die Mietpreise in Großstädten meint, auserkoren, um kräftig auf die sozialistische Pauke zu hauen. Dies in der Erwartung, dass Linke im Allgemeinen und Grüne im Besonderen von dem Vorwurf des Populismus gefeit sind. Bei ihnen heißt das Volksnähe.

Der Anlass zu dem Vorstoß ist unbestritten: Vielerorts sind die Mieten so hoch, dass nicht nur Geringverdiener damit Probleme bekommen. Aber Habecks Lösungsvorschlag ist ein alter Hut aus der Frühzeit des Sozialismus: die Enteignung. Da allerdings muss er sich fragen lassen, ob er nie etwas von den Wohnverhältnissen im real existierenden Sozialismus der DDR gehört hat. Jahrelange Wartezeiten, Zuweisung durch Funktionäre, bröselige Plattenbauten, ausfallende

Heizungen und unsichere Stromversorgung prägten dort den Alltag. Eigentlich kann das niemand wollen, nicht einmal die Grünen. Um davon abzulenken, wird allenthalben der Vorwurf des Mietwuchers erhoben. Wucher aber gibt es erstens überall, ohne dass man deswegen sie gesamte Wirtschaft enteignen wollte. Zweitens beläuft sich der Unterschied zwischen kommunalen und privaten Mieten aufs Ganze gesehen auf vergleichsweise geringe 55 Cent pro Quadratmeter. Davon wird Deutschlands Linke keine Revolution anheizen können. Auch wenn es Habeck nicht gefällt: Enteignungen schaffen keinen Wohnraum. Vielmehr schrecken sie alle privaten Investoren ab, sodass tatsächlich, auch ohne gesetzlichen Druck, schließlich nur noch der Staat als Bauherr übrig bleibt. Und dann: siehe oben. Wie untauglich die sozialistischen Methoden sind, zeigt auch der flächendeckende Misserfolg der Mietpreisbremsen,

mit denen die staatlichen Planer dem Übel beikommen wollen. Tatsächlich werden derzeit jahrzehntelang begangene wirtschaftspolitische Fehler sichtbar. Der soziale Wohnungsbau hat nicht bewirken können, was man sich davon versprochen hatte. Das liegt an der Objektförderung. Wer eine Ware, hier also die Wohnungen, künstlich verbilligt, schafft einerseits einen großen Anreiz zum Missbrauch und andererseits einen nicht zu stillenden Bedarf. Betrachtet man das Auto als Gegenbeispiel, das heute ebenfalls zur Grundausstattung gehört, und nimmt man an, der Staat verständige sich zu einem „sozialen Autobau“, so entstünde mit einem Schlag ein Mangel an bezahlbaren Automobilen. Was der Staat vernünftigerweise tun kann, ist die Subjektförderung, das heißt, wer berechtigten Bedarf nachweist, wird direkt gefördert, sodass er sich auf dem Markt eine Wohnung suchen und diese bezahlen kann. So funk-

tionierte Marktwirtschaft, solange es sie noch gegeben hat. Ein Zweites kommt hinzu: Wer, wie die Grünen, der bedingungslosen Zuwanderung das Wort redet, sollte wenigstens beim Thema Wohnungsmarkt den Mund halten. Die Öffnung der Grenzen 2015 brachte einen jährlichen Wohnbedarf in der Größenordnung einer Großstadt mit sich. Dem ist keine Volkswirtschaft gewachsen, auch nicht, wenn, wie das geschieht, für die Zuwanderer eilends und an allen Wohnungsbauprogrammen für Einheimische vorbei, ganze Siedlungen aus dem Boden gestampft werden. Es mag an den günstigen Umfragewerten der Grünen liegen, dass ihrem Vorsitzenden der Kamm schwilt. Vielleicht will er auch an einem griffigen Thema ausloten, was an marxistischen Versatzstücken der Öffentlichkeit zumutbar geworden ist, seit die Beispiele ihrer Anwendung nicht mehr sichtbar sind. Florian Stumfall

JAN HEITMANN:

Reine Ideologie

Die Berliner SPD hat beschlossen, Uniformen per Gesetz aus den Schulen zu verbannen: „Es wird militärischen Organisationen untersagt, an Berliner Schulen für den Dienst und die Arbeit im militärischen Bereich zu werben.“ Explizit haben die Hauptstadt-Sozis dabei die Jugendoffiziere im Visier. Die aber werben gar nicht, sie informieren. Als staatliche Institution hat die Bundeswehr nämlich einen grundgesetzlichen Informationsauftrag. Deshalb gibt es seit 1958 Jugendoffiziere. Bei ihrer Schaffung ging es ausdrücklich nicht darum, „Werbeoffiziere“ zur Personalgewinnung in die Schulen zu schicken, sondern die Schüler durch qualifiziertes Personal zum Dialog über die Grundfragen von Freiheit und Sicherheit anzuregen und sie über das komplexe Gebiet der Sicherheitspolitik und die Rolle der Bundeswehr zielgruppengerecht zu informieren. Dies erfolgt im Einvernehmen mit den Kultusministerien der Länder, von denen einige sogar Kooperationsverträge mit dem Verteidigungsministerium geschlossen haben. Somit sind die Jugendoffiziere wichtige Träger der dialogorientierten Öffentlichkeitsarbeit der Streitkräfte. Die Bundeswehr ist ein Element der Exekutive, das nicht eigenständig, sondern ausschließlich im Parlaments- und Regierungsauftrag handelt. Und sie ist ein Arbeitgeber mit einem vielfältigen Angebot. Somit hat sie selbstverständlich das Recht, ebenso wie die Polizei, die Feuerwehr und andere staatliche Organisationen an den Schulen Nachwuchsgewinnung zu betreiben. Diese ist Aufgabe der Wehrdienstberater, die über die Ausbildungs- und Karriereöglichkeiten in den Streitkräften informieren. Kritik an der Bundeswehrpräsenz an Schulen ist also nicht sachlich, sondern ausschließlich ideologisch motiviert.

Lieber Computer als Politiker

Viele Europäer bevorzugen Regierung durch Künstliche Intelligenz

Einmal im Jahr führt die Gesellschaft für Konsumforschung eine repräsentative Umfrage zur Vertrauenswürdigkeit von Berufen durch. Dabei gibt es immer wieder Veränderungen, aber eine Berufsgruppe hält sich konstant auf dem letzten Platz: Politiker. Nun enthüllt eine weitere Umfrage, dass viele Europäer sich sogar lieber von Künstlicher Intelligenz als von Politikern regieren lassen würden. Das geht aus der Studie „European Tech Insights“ des Center for the Governance of Change (CGC) der spanischen Privatuniversität IE University hervor. Die Forscher vom CGC haben untersucht, inwiefern sich die technologische Transformation auf

das Leben von Menschen, ihre Arbeitsplätze und ihre politischen Systeme in Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Spanien, Portugal, die Niederlande und Großbritannien auswirkt und wie die „allgemeine Öffentlichkeit“ diesen Veränderungen gegenübersteht. Auch wenn 70 Prozent der Befragten angaben, eine „klare Angst gegenüber technologischen Fortschritten, insbesondere hinsichtlich verstärkter Automatisierung“, zu haben, ist das Misstrauen gegenüber Politikern so groß, dass ein Viertel der Befragten es bevorzugen würde, wenn „wichtige Entscheidungen bezüglich der Regierung des Landes“ durch Künstliche Intelligenz getro-

fen werden würden. In Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien gab sogar jeder dritte Befragte an, dass er die Zukunft seines Landes lieber von einer Maschine bestimmen lassen würde als von einem Menschen. Diego Rubio, der Direktor des CGC, sieht dadurch sogar das europäische Demokratie-Modell in Gefahr: „Diese Einstellung, die wahrscheinlich mit dem wachsenden Misstrauen von Bürgern gegenüber Regierungen und Politikern in Verbindung steht, entspricht einer deutlichen Infragestellung des europäischen Modells der repräsentativen Demokratie, da durch sie die grundlegende Idee der Volkssouveränität angefochten wird.“ J.H.

Deutscher Exportschlager

Das Bauhaus wird 100 Jahre alt – seine Schattenseiten aber auch

Deutschland feiert in diesen Tagen eine Revolution der besonderen Art. Das Bauhaus, das anlässlich seiner Gründung vor 100 Jahren überall mit Veranstaltungen und Ausstellungen sowie einer Museumsneueröffnung in Weimar bejubelt wird, hat Architektur und Design verändert wie keine andere Stilrichtung vor- oder nachher. Als nach dem Ersten Weltkrieg der Wilhelmismus militärisch und politisch besiegt war, wollte Bauhaus-Gründer Walter Gropius nun auch dem protzigen architektonischen Kulturerbe der Kaiserzeit durch schnörkellose, funktionale Wohnbauten fürs Volk ein Ende bereiten.

Das ist voll und ganz gelungen. Auch wenn dieser radikale Schnitt durch das „neue Bauen“ früher oder später auch ohne das Bauhaus eingetreten wäre, so wird heutzutage allein das Bauhaus dank geschickter Selbstvermarktung für diesen Schritt in die Moderne gefeiert. Und das weltweit: Das Bauhaus ist zum deutschen Exportschlager geworden. Die Schattenseiten dieser Baureform, obwohl von ihren Gründern

weder vorhergesehen noch gewollt, sind überall auf der Welt zu sehen: Monsterbauten aus Stahlbeton und Glas sowie die Plattenbauten, die mit kostensparenden Fertigbauteilen entstanden sind. Verödete Vorstädte wie die Banlieues in Frankreich sind ein indirektes Bauhaus-Erbe. Wer die Wahl – und das Geld – hat, sich zwischen einem Wohnsilo nach Bauhausmuster und einem schmucken wilhelminischen Altbau zu entscheiden, wählt sicher Letzteres. Die Bewohner, die in solchen „Legebatterien“ am Stadtrand leben müssen, werden kaum an den Bauhaus-Feiern teilnehmen wollen. Harald Tews (siehe auch Seiten 4 und 8)

Verödete Vorstädte ein Bauhaus-Erbe

MELDUNGEN

Große Not
in Nordkorea

Pjöngjang – Der UN-Koordinator für die Demokratische Volksrepublik Korea hat internationale Hilfsorganisationen um 120 Millionen US-Dollar für humanitäre Hilfe in dem Land gebeten. Die Lebensmittelproduktion Nordkoreas ist im letzten Jahr auf den tiefsten Stand seit mehr als zehn Jahren gefallen. Dem UN-Bericht zufolge sind mehr als 43 Prozent der Bevölkerung unterernährt. Jedes fünfte Kind ist aus diesem Grund in seiner Entwicklung gehemmt, eine „ganze Generation von Kindern“ sei von bleibenden Schäden bedroht. Annähernd zehn der 25 Millionen Einwohner haben keinen Zugang zu sauberem Wasser und neun Millionen keinen Zugang zu ordentlicher Gesundheitsversorgung. Angesichts der Atom-Politik Kim Jong-uns ist die Reaktion der Hilfsorganisationen verhalten. F.W.S.

Chinesische
»Superbombe«

Peking – China hat nach eigenen Angaben eine neue nichtatomare „Superbombe“ getestet. Die in der chinesischen Presse als „Mutter aller Bomben“ titulierte Waffe wurde vom staatlichen Technologiekonglomerat Norinco gebaut und soll beim Kampf gegen feindliche Bunkersysteme eingesetzt werden. Ihr US-amerikanisches Pendant GBU-43/B beziehungsweise „MOAB“ ist angeblich erstmals im Frühjahr 2017 in Afghanistan zum Einsatz gekommen, und ihre Sprengwirkung soll der von zehn bis elf Tonnen TNT entsprochen haben, womit sie laut westlichen Quellen die stärkste nichtatomare Bombe der Welt wäre. Allerdings hat Russland offenbar thermobarische beziehungsweise Aerosolbomben in seinem Bestand, deren Detonationswirkung noch viermal höher als die der MOAB sein soll. Wo genau die chinesische Bombe hier einzusortieren ist, ist bisher nicht bekannt. T.W.W.

Gefahr aus
der Tiefe

Braunschweig – Nach Angaben des bundeseigenen Johann Heinrich von Thünen-Instituts liegen etwa 300 000 Tonnen konventionelle Munition und geschätzte 42 000 bis 65 000 Tonnen chemische Kampfstoffmunition auf dem Meeresboden der Ostsee. Das Thünen-Institut hat die Auswirkungen von Sprengstoffen wie TNT und ihrer Abbauprodukte auf die maritime Umwelt im Munitionsversenkungsgebiet in der Kieler Bucht untersucht. 25 Prozent der dabei gefangenen und untersuchten Plattfischart Kliesche, die als besonders „standort-treu“ gilt, weisen demnach mit dem bloßen Auge erkennbare Leberknoten auf, bei denen es sich größtenteils um Tumore handelt. Diese Befallsrate sei verglichen mit den Befunden aus den unbelasteten Kontrollgebieten als „sehr hoch einzuschätzen“. Der Verdacht liege nahe, dass die erhöhte Tumorraten der Klieschen aus dem Versenkungsgebiet „ursächlich mit ihrer Belastung durch das aus der versenkten Munition freigesetzte TNT und seiner Abbauprodukte“ zusammenhänge, so die Wissenschaftler. Die Kampfmittel waren nach dem Zweiten Weltkrieg von der britischen Besatzungsmacht entsorgt worden, indem sie ohne Rücksicht auf Schäden an der maritimen Umwelt einfach in der Ostsee geworfen wurden. J.H.

Verdienste um Wolfskinder und Vertriebene: LO-Kulturpreisträger 2019, Christopher Spatz, im Interview

Auf dem Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in Wolfsburg am 11. Mai erhält Christopher Spatz den Ostpreußischen Kulturpreis verliehen. Der Bundesvorstand würdigt mit seiner Entscheidung den langjährigen Einsatz, mit dem Spatz die Schicksale der Wolfskinder erforscht hat. PAZ-Redakteurin Manuela Rosenthal-Kappi sprach mit dem promovierten Historiker über seine Arbeit, den aktuellen Stand der Entschädigungsverfahren und sein neues Buch zum Grenzdurchgangslager Friedland.

PAZ: Herr Spatz, was bedeutet es für unsere Erinnerung, wenn es in absehbarer Zeit niemanden mehr gibt, der Flucht und Vertreibung aus dem Osten selbst erlebt hat?

Christopher Spatz: Noch gibt es Zeugen der Kriegs- und Nachkriegsereignisse in Ostpreußen. Wir sollten ihnen jetzt zuhören. Ihre Schilderungen lassen das abstrakte Grauen von Zerstörung und Heimatverlust anschaulich werden. Wenn die Betroffenen eines Tages nicht mehr unter uns sind, schließt sich für uns ein wichtiger Zugang zu einer Vergangenheit, von deren Folgen unsere Gesellschaft bis heute geprägt ist.

PAZ: Für Ihre Doktorarbeit über die Wolfskinder haben Sie sich mit mehr als 50 Personen unterhalten, die zwischen 1930 und 1940 geboren wurden und die Nachkriegszeit im Königsberger Gebiet erlebten. Wie haben Sie es geschafft, so viele Mitwirkende zu finden?

Spatz: Mehrere Monate habe ich dafür benötigt, denn die infrage kommenden Menschen leben ja über die gesamte Bundesrepublik verstreut und haben in den meisten Fällen die Verbindung zu ihren Schicksalsgefährten verloren. Da sie in keiner besonderen Kartei verzeichnet sind, habe ich mithilfe regionaler Tageszeitungen und Heimatbriefen nach ihnen gesucht. Oft meldeten sich Dritte, die für mich den Kontakt zu einem Zeitzeugen herstellten. Ohne die Hilfe dieser engagierten Menschen wäre meine Arbeit nicht möglich gewesen.

PAZ: Ihre Interviewpartner mussten als Kinder viele schmerzliche Erlebnisse überstehen. Wie konnten Sie die Betroffenen überzeugen, ihre persönlichen und leidvollen Geschichten zu erzählen?

Spatz: Die meisten hatten vorher nie ausführlich von ihren Nachkriegserfahrungen berichtet. Als Heranwachsende haben sie seelischen Abstand zum Erlebten gesucht. Im hohen Alter verspüren jedoch viele einen zunehmenden Mitteilungsdruk, nicht zuletzt, um für ihre früh verstummten Schicksalsgefährten Zeugnis abzulegen. Außerdem hat sich die öffentliche Akzeptanz erhöht. Heute ist es etwas leichter als vor 20 oder 30 Jahren, über die Nachkriegsereignisse in Ostpreußen zu sprechen. Es droht nur noch selten schroffe Zurückweisung.

PAZ: Bei all dem Elend und der Demütigung haben Ihre Interviewpartner in jungen Jahren den dramatischen Wegfall aller Gewissheiten erfahren. Wie konnten sie dies als Kinder und Jugendliche überstehen?

Spatz: Ehrlicher Weise muss man sagen, dass viele ihrer Gefährten daran zerbrochen sind. Unzählige Kinder sind in den Ruinen Königsbergs oder auf den zu Sowchoven umfunktionierte Gütern verhungert, andere beim Überqueren der Memel ertrunken

oder beim Aufspringen auf Güterzüge abgerutscht und überfahren worden. Das Überleben hing oft vom Zufall ab. Mut, Durchhaltevermögen und Anpassungsfähigkeit waren aber in jedem Fall zwingend. Manche Betroffenen haben sich nach dem Abfallen der größten Anspannung, als sie endlich in Sicherheit waren, das Leben genommen. Die anderen entwickelten sich scheinbar normal, arbeiteten und gründeten eigene Familien. Erst im Laufe der Zeit wurden sie von ihren traumatischen Nachkriegserlebnissen eingeholt, etwa in Form unklarer Ängste oder immer wiederkehrender Kopf- und Rückenschmerzen.

PAZ: Haben Sie sich wiederholende Verhaltensmuster bei Ihren Gesprächspartnern bemerkt?

Spatz: Alle Gesprächspartner haben die einschneidende Erfahrung gemacht, sehr früh auf sich alleine gestellt gewesen zu sein. Infolgedessen sind sie bis heute hart im Nehmen, leistungsbereit, bescheiden, vorsichtig und zurückhaltend. Ausnahmslos alle Menschen, die ich für das Projekt interviewt habe, sind mental starke Persönlichkeiten.

PAZ: Eine finanzielle Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland erhalten die Wolfskinder nicht. Immerhin hatten sie bis zum 31. Dezember 2017 die Möglichkeit, einen Antrag auf Entschädigung zu stellen, die PAZ berichtete mehrfach hierüber. Wie steht es um diese Verfahren?

Spatz: Sie haben recht, es gibt keine besondere Förderung für die ehemaligen Hungerüberle-



LO-Kulturpreisträger 2019 Christopher Spatz

Bild: Arndt Rathjen

haben, aber noch immer keinen Bescheid in ihren Händen halten. Wie verhält es sich mit diesen Fällen?

Spatz: Ich weiß von einigen wenigen negativen Bescheiden. Jene Antragsteller wollten sich nicht noch einmal der ganzen Wucht ihrer Erinnerungen aussetzen und haben deshalb besonders peinigende Tätigkeiten unerwähnt gelassen. Die Ablehnung dieser Anträge war korrekt, weil die Sachbearbeiter nur auf Grundlage der ihnen vorliegen-

den Ostpreußischen Kulturpreis unter anderem auch für Ihr Mitwirken am Zustandekommen der Entschädigungsregelung zugesprochen. Was bedeutet Ihnen diese Entscheidung?

Spatz: Die Entscheidung des Bundesvorstands erfüllt mich mit Dank, denn sie würdigt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit einem Thema, das inhaltlich fordert und kein Selbstläufer war. Wenn ich den Preis am 11. Mai in Wolfsburg entgegennehme, werde ich an alle denken,



Aussiedlerinnen in Friedland 1957/58: Ein Lagermitarbeiter hat der jüngeren Frau (l.) eine Elchschaufelnadel an der Jacke befestigt. Auf diese persönliche Weise begrüßte der selbst aus Ostpreußen stammende Mann in Friedland über 25 000 ostpreußische Landsleute

Bild: Fritz Paul

benden aus Ostpreußen. Eine Entschädigung hat man ihnen lange verwehrt. Erst im Sommer 2017 hat die Bundesregierung den Betroffenen eine einmalige Zahlung von 2500 Euro in Aussicht gestellt. Voraussetzung für eine Anerkennung war individuell nachzuweisende Arbeit, die für eine ausländische Macht unter Zwang geleistet wurde. Obwohl die infrage kommenden Personen nur wenige Monate Zeit für die Antragstellung hatten, haben viele ehemalige Hungerkinder diese Möglichkeit genutzt. In den vergangenen Monaten sind die ersten von der Bundesrepublik Deutschland offiziell als Zwangsarbeiter anerkannt worden.

PAZ: Es gibt allerdings auch Wolfskinder, deren Anträge vom Bundesverwaltungsamt abgelehnt worden sind. Andere beklagen sich darüber, dass sie ihre Anträge vor anderthalb Jahren gestellt

den Angaben entscheiden können. Die Gesellschaft für bedrohte Völker rät hier allerdings zum Widerspruch, denn bei genauem Hinsehen haben nahezu alle Mädchen und Jungen in den ersten Nachkriegsjahren in Ostpreußen Zwangsarbeiten leisten müssen; Arbeiten, die sie als Kinder in körperlicher und in seelischer Hinsicht über jedes durchschnittliche und vertretbare Maß hinaus geschädigt haben. Die lange Verfahrensdauer hat ihre Ursache in der unerwartet hohen Zahl eingegangener Anträge, über 46 000, darunter befinden sich auch andere Schicksalsgruppen, etwa die Deutschen aus Russland, und zu knapp bemessene Sachbearbeiterstellen.

PAZ: Sie haben die Wolfskinder-Kampagne der Gesellschaft für bedrohte Völker im Jahr 2017 wissenschaftlich begleitet. Der Bundesvorstand der LO hat Ihnen

die sich seit 1991 mit den Wolfskindern beschäftigt haben: als Wissenschaftler, Politiker, Publizisten, Filmemacher, Künstler, Heimatforscher oder Privatleute. Erst durch das Zusammenwirken dieser Kräfte sind die Schicksale der ostpreußischen Hungerüberlebenden ins öffentliche Bewusstsein vorgedrungen.



PAZ: Inzwischen haben Sie sich weiteren Themen zugewandt. Im Oktober 2018 ist Ihr neues Buch „Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“ erschienen. Worum geht es bei diesem Projekt?

Spatz: „Heimatlos“ blickt auf das niedersächsische Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen. Der Ort erlangte Berühmtheit, als dort nach der Moskareise Adenauers im Herbst 1955 die letzten Heimkehrer aus sowjetischer Gefangenschaft begrüßt wurden. Als westdeutscher Nachkriegsmythos strahlte Friedland fortan in alle Teile der Bundesrepublik. Es folgten Hunderttausende Aussiedler aus Schlesien, Pommern, dem südlichen Ostpreußen und dem Memelland. Über deren Nachkriegserlebnisse ist jedoch kaum etwas bekannt. Ich versuche dem Leser eine Ahnung davon zu vermitteln, was es für diese ostdeutschen Menschen bedeutete, sich viele Jahre nach Kriegsende zwischen Heimat und Nation entscheiden zu müssen.

PAZ: Wie sind Sie auf diese vernachlässigten Schicksale aufmerksam geworden?

Spatz: Im Stadtarchiv Göttingen bin ich auf Friedland-Fotos gestoßen, in denen ich einen besonderen Respekt für die abgebildeten Heimatlosen erkannte. Der Urheber dieser Bilder ist Fritz Paul, ein 1919 im Kreis Sensburg geborener Fotoreporter. Er lebt nicht mehr, doch seinen Sohn Christian habe ich kennengelernt. Auf dessen Dachboden in Braunschweig lagerte der eigentliche fotografische Nachlass seines Vaters. In alten Filmdosen entdeckten wir rund 6000 Negative, die im Lager Friedland aufgenommen, größtenteils aber nicht entwickelt und veröffentlicht worden waren. Mein Buch „Heimatlos“ enthält rund 85 dieser Aufnahmen. Sie bieten dem Betrachter überraschende Ansichten und nehmen ihn auf eine Zeitreise in die 50er Jahre mit.

PAZ: Das Lager Friedland ist bis heute in Betrieb. Über vier Millionen Menschen sind dort inzwischen registriert worden. Wie erinnert man ihrer angemessen?

Spatz: Wer in den Vertriebenen und Aussiedlern nur bedürftige Opfer sieht, erkennt, dass der Weg in den Westen keinesfalls ohne Leid erscheint Würdigung angebracht. Sie schließt mit ein, dass man den Betroffenen die Deutungsgewalt über ihre Geschichten nicht entzieht. Denn Migrationsgeschichte, die von Eingesessenen geschrieben wird, klingt in der Regel immer anders als die von den Entwurzelten selbst erfahrene und festgehaltene. In vielen Teilen der Welt sind Menschen nach wie vor gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Wir dürfen uns daran nicht gewöhnen. Dass Menschen genötigt sind, ihr vertrautes Umfeld aufzugeben, ist kein Fortschritt. Es ist ein untragbarer Entwurzelungsprozess, der vielen bis an ihr Lebensende zu schaffen macht.

Christopher Spatz: „Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2018, gebunden, 224 Seiten, 19,95 Euro

Horst Seehofer gibt nicht auf

Neue Vorschläge des Innenministers gegen die Abschiebeverhinderungsindustrie

Abschiebungen scheitern oft daran, dass die Termine an die betroffenen Immigranten von selbst ernannten Flüchtlingshelfern durchgestochen werden. Jetzt plant das Innenministerium die Weitergabe dieser Termine unter Strafe zu stellen.

Wer Asylsuchern hilft, nach Deutschland einzureisen, wird nach dem Schleusungsparagrafen mit harten Strafen, oft sogar Haftstrafen ohne Bewährung, verfolgt. Wenn jedoch jemand Ausreisepflichtigen nach oft jahrelang hinausgezögerten Aufenthalt dazu verhilft, sich seiner Abschiebung zu entziehen, um damit noch länger in Deutschland bleiben zu können, so wurde dieses bislang als Kavaliersdelikt eingestuft und kaum geahndet, obwohl solche Taten den Steuerzahler teuer zu stehen kommen.

In Deutschland ist in den letzten Jahren eine regelrechte Abschiebeverhinderungsindustrie entstanden, oft unterstützt von kirchlichen oder politischen Jugendgruppen, die sich sogar über finanzielle öffentliche Unterstützung und Rückendeckung von ganz oben freuen konnten. All dies sorgte dafür, dass nur ein Bruchteil der abgelehnten Asylbewerber und anderer Ausreisepflichtiger aus Deutschland in ihre Heimat oder den für sie zuständigen EU-Staat zurückgebracht werden konnten.

Besonders ärgerlich war es für die Behörden, wenn die kosten- und personenintensiven Abschiebungsvorbereitungen schon weit fortgeschritten waren und am Tag der Abschiebung die Betroffenen gewarnt worden und unauffindbar waren. Dies kam in letzter Zeit immer häufiger vor, sogar in den bayerischen Ankerzentren, wo angeblich alles in einer Hand sein und viel schneller von der Antragstellung bis zur Abschiebung vonstattengehen sollte.

Schon seit vielen Jahren bieten Gruppen von Abschiebungsgegnern Hinweise für abgelehnte Asylbewerber, wie sie etwa durch Klagemöglichkeiten, fiktive Ehen oder

den Beginn eines Studiums oder einer beruflichen Ausbildung ihre Abschiebung verhindern können. Auch gibt es inzwischen mehrere Gruppen, die sogenanntes Bürgerasyl, sprich ein Verstecken von Ausreisepflichtigen, organisieren und anbieten. Auch mit Immigranten-Gruppen und Anwälten stehen

der Ausreisepflichtigen demnach Strafen für das Durchstechen von Abschiebungsterminen vor.

Laut dem Entwurf sollen Veröffentlichungen von geplanten Abschiebeterminen unter Strafe gestellt werden. Ebenso möchte das Innenministerium etwas dagegen unternehmen, dass Abschiebungs-

auf Konfrontationskurs mit „selbsternannten Flüchtlingsräten“ gegangen. Wenn diese versuchten, den Staat bei rechtmäßigen Abschiebungen zu hindern, müsste dies mit Mitteln des Rechtsstaats verhindert werden.

In den vergangenen vier Jahren wurde offenbar jede zweite Rück-

gehende Papierlosigkeit der Asylsucher. Ohne verpflichtende Vorlage von Identitätspapieren oder Kooperation bei deren Wiederbeschaffung, der Hauptgrund für die nicht möglichen Abschiebungen oder deren Verzögerung, werden alle Versuche Seehofers, Ordnung in das Asyl-



Eingespieltes Team: Horst Seehofer (CSU) macht Vorschläge gegen den Asylmissbrauch und Katarina Barley (SPD) lässt sie scheitern

diese Gruppen, die aus „Berlin eine Stadt ohne Abschiebungen“ machen wollen, in Kontakt.

Die Bekanntgabe von Abschiebungsterminen durch selbsternannte Flüchtlingshelfer möchte Innenminister Horst Seehofer (CSU) unter Strafe stellen. Ein Referentenentwurf für ein „Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung

gegner Ausreisepflichtigen Hinweise geben, wie sie ihre Rückführung am besten verhindern. So ist in dem Entwurf auch „das Verschleiern der Identitätsverschleierung“ als Tathandlung erfasst.

Auch Hans-Eckhard Sommer, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ist

führung eines abgelehnten Asylbewerbers nicht planmäßig durchgeführt. Vor allem die Bilanz für 2018 ist negativ, da erstmals die Summe der gescheiterten Rückführungsversuche die Summe der erfolgreich durchgeführten überschritten hat.

Die Krux im gesamten Asylverfahren ist die wieder anstei-

verfahren zu bringen, ins Leere laufen.

Der Entwurf von Seehofer muss noch mit dem Justizministerium von Katarina Barley (SPD) abgestimmt werden, in dem in der Vergangenheit schon oft derartige Versuche, strengere Abschiebungsgesetze zu schaffen, abgelehnt wurden. *Bodo Bost*

»Absolut ungut«

Im »kleinen Superwahljahr« agiert die AfD zunehmend nervös

Während die AfD-Fraktion in Berlin entgegen allen Befürchtungen harmonisch agiert, knallt es in vielen Regionen der Republik. Als „absolut ungut“ bezeichnete der Bundesvorsitzende Jörg Meuthen die Eskalation in der bayerischen Fraktion. Vergangene Woche hat die Fraktionsvorsitzende Katrin Ebner-Steiner den Ausschluss ihres Kontrahenten Franz Bergmüller aus den AfD-Reihen betrieben. Der oberbayerische Parteivorsitzende hatte den Rückzug des bisherigen Fraktionskollegen Raimund Swoboda zum Anlass genommen und Ebner-Steiner massiv kritisiert. Sie betreibt das Spiel der politischen Ausgrenzung und führe die Fraktion nach rechts außen. Zudem stehe sie unter dem Einfluss des Wortführers des rechten Parteiflügels Björn Höcke.

Nachdem es eine Zeitlang nach einer massiven Eskalation aussah, rüsteten alle Beteiligten wohl auch nach der Intervention der Bundespartei vorübergehend ab. Man wolle weiter „konstruktiv zusammenarbeiten“, sagte Ebner-Steiner: „Wir sind eine Fraktion. Wir bekämpfen nicht uns selber, sondern wir bekämpfen den politischen Gegner.“

Bergmüller allerdings bleibt skeptisch: „Wir werden sehen, wie

es die nächste Zeit weitergeht“, sagte er. Ob die Fraktion eine Zukunft habe, „wird die Zukunft ergeben“.

Neben Bergmüller soll ein halbes Dutzend der Abgeordneten unzufrieden mit dem Kurs der Fraktionsführung sein. Die Auseinandersetzung in Bayern erinnert stark an die Vorfälle in Baden-Württemberg, die 2016 zu einem vorübergehenden Bruch in der dortigen Fraktion führten. Nach monatelangen Einigungsgesprächen raufte man sich vordergrün-

»Es wird Zeit, dass wir erwachsen werden«

dig wieder zusammen, allerdings gilt die Fraktion nach wie vor als zerstritten.

Bisher war es eine Stärke der AfD, vor wichtigen Wahlkämpfen zusammenzustehen. Doch zu Beginn des „kleinen Superwahljahrs“ agiert die Partei zunehmend nervös. Dabei sollten die Europawahl im Mai und die gleichzeitig stattfindende Bürgerschaftswahl in Bremen der Startschuss zu weiteren Erfolgen sein und die Partei bei den folgenden Abstimmungen in Mitteldeutschland in die Regierungsbeteiligung

führen. Doch Parteichef Alexander Gauland betrachtet die Situation kritisch. „Die Europawahl wird kein Selbstläufer. Das hat auch mit dem Brexit zu tun.“ Die AfD fordere einen EU-Austritt Deutschlands, wenn es keine Reformen in der Union gebe. „Aber mir ist klar, dass die anderen Parteien warnen werden: Schaut auf das Chaos, das die Briten angerichtet haben! Das macht den Menschen Angst.“

Insgeheim träumte die AfD davon, zweitstärkste Kraft zu werden und ein Ergebnis von bis zu 20 Prozent zu erzielen. Mittlerweile liegt sie in Umfragen bei nur noch rund zehn Prozent. Und in Sachsen, wo die Partei damit liebäugelte, den künftigen Ministerpräsidenten zu stellen, fiel sie zuletzt unter die 20-Prozent-Marke.

Hinzu kommen personelle Probleme. Gaulands Co-Vorsitzender Meuthen ist durch die Spendenaffäre ebenso unter Druck wie Fraktionschefin Alice Weidel. Sollte Gauland im Herbst nicht mehr für den Vorsitz von Fraktion und Partei kandidieren, droht ein Machtvakuum. „Es wird Zeit, dass wir erwachsen werden“, sagte der 78-Jährige unlängst: „Die Menschen haben zu Recht kein gesteigertes Interesse daran, dass sich eine Partei bevorzugt mit sich selbst beschäftigt.“ *Peter Entinger*

Widerspruchslösung?

Jens Spahns Plan für mehr Organspenden stößt auf Widerstand

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) möchte beim Thema Organspende die Widerspruchslösung auf den Weg bringen. Dafür hat er jetzt den ersten Gesetzentwurf vorgestellt. Der Widerspruch hat nicht lange auf sich warten lassen.

Deutschland hinkt in Sachen Organspende im europäischen Vergleich weit hinterher. In der Bundesrepublik stehen derzeit etwa 10 450 Patienten auf der Warteliste für ein Spenderorgan, viele werden vergebens warten. Im vergangenen Jahr wurden nur 3599 Transplantationen vorgenommen, statistisch gesehen kommen neun Spender auf eine Million Einwohner. In Kroatien oder Spanien sind es dagegen zwischen 30 und 40.

Geht es nach dem Bundesgesundheitsminister, soll nun jeder Bürger automatisch zum Organspender erklärt werden – es sei denn, er legt Widerspruch ein. Eine Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2018 hat nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur ergeben, dass 84 Prozent Organspenden positiv gegenüberstehen – einen Organspendeausweis haben aber nur 36 Prozent. Auf die Frage nach dem Warum sagte die Mehrheit: Ich habe mich noch

nicht oder zu wenig damit beschäftigt.

Die Opposition in Berlin hält nichts von Spahns Zwang, automatisch zum Spender zu werden. „In der deutschen Verfassung ist, auch aufgrund unserer Geschichte, ganz klar verankert, dass man nicht einfach in den Körper eines Menschen eingreifen darf. Deshalb gibt es gegen Ihren Vorschlag auch große



Jens Spahn Bild: Stephan Baumann

verfassungsrechtliche Bedenken. Es ist ja nicht einmal geklärt, ob das gesetzlich so umgesetzt werden kann“, sagte Annalena Baerbock, Bundesvorsitzende der Grünen. Man müsse die Menschen mitnehmen und ihnen keine Angst machen. „Wenn wir wissen, dass laut Umfragen 84 Prozent der Menschen spenden wollen, dann müssen wir einen Ort finden, wo wir sie direkt darauf ansprechen kön-

MELDUNGEN

Viele scheitern am Deutsch-Test

Berlin – Im Jahr 2018 wurden knapp 150 000 Personen zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion ausführte, haben vergangenes Jahr über 100 000 Teilnehmer sowohl den „Deutsch-Test für Zuwanderer zum Abschluss des Sprachkurses mit Sprachniveau B1“ als auch den Test „Leben in Deutschland zum Abschluss des Orientierungskurses“ erfolgreich absolviert. Der Anteil der Zuwanderer, die an Deutsch-Tests im Rahmen von Integrationskursen scheitern, ist damit 2018 weiter gestiegen. Von den insgesamt rund 200 000 Teilnehmern im vergangenen Jahr haben 93 500 die auf 600 Stunden angelegten Sprachkurse nicht bestanden. *J.H.*

Reformen kosten Milliarden

Berlin – Die in der laufenden Legislaturperiode beschlossenen Gesundheitsgesetze führen zu jährlichen Mehrausgaben in Milliardenhöhe. So liegen die geschätzten Mehrausgaben für die Gesetzliche Krankenversicherung beim Pflegepersonalstärkungsgesetz für 2019 bei rund 1,2 Milliarden Euro und steigen ab 2022 auf rund 1,9 Milliarden Euro an. Ferner entstehen 2019 bis 2022 Mehrausgaben in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr, die dem Krankenhausstrukturfonds aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds zugeführt werden. Das Terminservice- und Versorgungsgesetz wird Mehrausgaben bringen, die bis 2021 auf bis zu zwei Milliarden Euro pro Jahr anwachsen können. Beim Versichertenentlastungsgesetz kommt es wegen der Absenkung der Mindestbeitragsbemessungsgrenze für freiwillig versicherte Selbstständige mit geringem Einkommen ab 2019 zu jährlichen Mindereinnahmen der Kassen in Höhe von rund 850 Millionen Euro. *J.H.*

nen. Dann gibt es eben zusätzlich zur Beantragung des Personalausweises in Zukunft die Frage: „Möchten Sie Organspender sein, ja oder nein?“

Das Thema Organspende wird teilweise sehr emotional geführt. Experten warnten davor, dass es einen Wettlauf um Organe geben könnte. Die Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland beklagt schon jetzt einen wachsenden Druck zur Organspende in deutschen Kliniken. Im Rahmen des am 1. April in Kraft getretenen Gesetzes zur Verbesserung der Abläufe in der Transplantationsmedizin werde das Klinikpersonal verpflichtet, alles dafür zu tun, um eine Organspende zu ermöglichen, erklärte das Vorstandsmitglied Wolfgang Wodarg. Ärzte und Pflegekräfte müssten aber zuallererst ihren Patienten verpflichtet sein. Spahns Vorstoß könnte einen regelrechten Organhandel auslösen. Die Entscheidung zur Organspende müsse vom Gesetzgeber so geregelt werden, dass die Prinzipien ärztlichen und pflegerischen Handelns nicht zweitrangig würden. „Das Klinikpersonal darf hierbei nicht unter Druck gesetzt werden – auch nicht durch eine wachstumsorientierte Transplantationsbranche“, erklärte Wodarg. *P.E.*

Zeitzeugen



Bild: Louis Heid

Walter Gropius – Vom Bauhaus-Gründungsleiter heißt es, dass er sich mehr um sein privates Baubüro als die Schule kümmerte. 1937 wurde er in den USA Universitätsprofessor und blieb weiterhin als Architekt tätig. Ein Berliner Beispiel aus der Nachkriegszeit ist die Großsiedlung Gropiusstadt, die heute zum sozialen Brennpunkt geworden ist. Zeitlebens verkündete Gropius die hohe Bedeutung des Bauhauses und seinen besonderen Anteil daran.

Hannes Meyer – Während seines Direktorats am Bauhaus entwarf er gemeinsam mit der Bauabteilung der Schule und Hans Wittwer die zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörende Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau. Der aus Basel stammende Meyer begab sich nach seiner Entlassung am Bauhaus 1930 in die Sowjetunion. Später war er Lehrer und Gutachter in Mexiko.



Bild: pa

Ludwig Mies van der Rohe – Die Stahl-Glas-Architekturen des in Aachen geborenen dritten Bauhaus-Direktors sind Inbegriff des „Internationalen Stils“. Zu den Höhepunkten gehört Berlins Neue Nationalgalerie. Seit 1938 lebte Mies in Chicago, lehrte Architektur und betrieb ein mit bedeutenden Aufträgen bedachtes Baubüro. Die Mitwirkung an der Stuttgarter Bauhaus-Schau von 1968 lehnte er ab: „Ich habe nichts mit dem Bauhaus zu tun.“

Johannes Itten – Am umstrittenen Schweizer kam bis 1923 kein Bauhäusler vorbei, da er Leiter des Vorkurses und mehrerer Werkstätten war. An der Schule scharte der Anhänger der Heilslehre „Mazdaznan“ Jünger um sich. Von 1932 bis zur Schließung durch die Nationalsozialisten 1938 leitete Itten in Krefeld die Textilfachschule, danach die Kunstgewerbeschule in Zürich.



Bild: Hugo Erfurth

László Moholy-Nagy – Der aus Ungarn stammende führende Kopf des Bauhauses war bestrebt, die Erfordernisse der industriellen Maschinenkultur mit den Bedürfnissen der Menschen in Einklang zu bringen. Auf Gropius' Empfehlung hin war er 1937 Gründungsleiter des kurzlebigen New Bauhaus in Chicago und des School of Design getauften Nachfolgeinstituts.

»Uns trägt kein Volk«

Vor 100 Jahren löste das Bauhaus von Weimar aus eine Architektur-Revolution aus

Am 12. April 1919 gab die Regierung des Freistaates Sachsen-Weimar-Eisenach dem Antrag statt, der Vereinigung aus der ehemaligen Großherzoglichen Hochschule für bildende Kunst und der ehemaligen Großherzoglichen Kunstgewerbeschule den Namen „Staatliches Bauhaus in Weimar“ zu verleihen.

Den Namen „Bauhaus“ hatte sich Gründungsleiter Walter Gropius ausgedacht. Sein Institut stieg zur weltweit berühmtesten Lehranstalt für Gestaltung, Architektur und Kunst auf.

Das Phänomen „Bauhaus“ weist, vom Namen abgesehen, keine Konstanten auf. Zunächst verkündete Gropius die neue Einheit von Kunst und Handwerk. Nach dem „Vorkurs“ genannten Probeseester schlossen sich die Schüler beiderlei Geschlechts einer der jeweils von einem für die handwerkliche Ausbildung sorgenden Werkmeister und einem für die künstlerische Seite zuständigen Formmeister geführten Werkstätten an, etwa der Tischlerei, der Weberei oder der Metallwerkstatt. Gropius berief namhafte Künstler

wie Wassily Kandinsky und Paul Klee als Formmeister. Er überließ ihnen, was und wie sie lehrten. Zentrale Figur der frühen Jahre war Johannes Itten, Erfinder und Leiter des Vorkurses. Seine Ära wird das „expressionistische“ Bauhaus genannt.

Ungebeten sorgte ein Zugereister für eine Kurskorrektur am Bauhaus: der Niederländer Theodor van Doesburg. Er war Propagandist der von Malern, Designern und Architekten begründeten De-Stijl-Bewegung, welche die Welt

auf der Grundlage des Quadrates und der Primärfarben neu gestalten wollte. Doesburg veranstaltete 1921 und 1922 in Weimar Kurse, welche die Grundlagen funktionalen Gestaltens vermittelten und sich damit gegen Ittens „irrationale“ Lehre richteten. Die Kurse erfreuten sich regen Zulaufs von Seiten der jungen Bauhäusler.

Wegen zunehmender Unstimmigkeiten mit Gropius verließ Itten 1923 das Institut. Sein Nachfolger war László Moholy-Nagy. Er und Gropius sorgten mit Blick auf

industrielle Fertigung für eine Neuorientierung unter dem Motto „Kunst und Technik – eine neue Einheit“. Dieses demonstrierte das Bauhaus auf seiner 1923 veranstalteten Leistungsschau. Sie machte die Lehranstalt international bekannt. Aber Klee konstatierte ernüchtert: „Uns trägt kein Volk.“ Und ebenso wenig tat das die neue konservative Landesregierung. Im September 1924 kündigte sie die Verträge des Direktors und der Meister zum 31. März 1925.

Auf Initiative des der SPD angehörenden Oberbürgermeisters Fritz Hesse zog das Bauhaus 1925 nach Dessau um und erhielt im Jahr darauf den Status einer Hochschule. Um nicht vollständig von städtischen Geldern abhängig zu sein, gründete Gropius die Bauhaus GmbH. Sie sorgte für den Vertrieb und die Lizenzvergabe der in den Werkstätten entwickelten Möbel, Lampen, Tapeten- und Stoffmuster. So entstand ein merkwürdiger Hybrid: das Bauhaus war Schule und Wirtschaftsunternehmen zugleich.

Hybrid aus Schule und Großkonzern

Auf Vorschlag des 1928 zurückgetretenen Gropius übernahm Hannes Meyer die Bauhaus-Leitung. Er gab die Losung „Volksbedarf statt Luxusbedarf“ aus. Meyer und eine Gruppe von Studenten bekannten sich zum Kommunismus. Aus dem Kreis der Bauhauslehrer wurde Meyer deswegen beim Oberbürgermeister angeschwärzt, was 1930 zur Entlassung des Direktors führte.

Sein Amt übernahm Ludwig Mies van der Rohe. Der schaffte den Vorkurs ab, schloss die Produktionswerkstätten und beschränkte das Bauhaus auf die Ausbildung von Architekten. Das hielt jedoch die inzwischen zur stärksten Kraft im Gemeinderat aufgestiegene NSDAP nicht davon ab, 1932 für die Schließung des Bauhauses zu sorgen.

Mies führte das Bauhaus in einer ehemaligen Berliner Telefonfabrik als Privatinstitut weiter. Am 11. April 1933 durchsuchte die Gestapo das Gebäude und nahm vorübergehend 32 Studenten fest. Am 20. Juli beschloss die Lehrkräfte, das Bauhaus aufzulösen.

Veit-Mario Thiede
(siehe Kommentar Seite 8)



Bild: Klassik-Stiftung Weimar/André Köhn

Am vergangenen Wochenende eröffnet: Das neue Bauhaus-Museum in Weimar feiert die moderne Schmucklosigkeit

Überschätzte Ikonen

Gropius und Co. als überbewertete Meister des modernen Bauens

Nirgendwo sonst gibt es so viel Bauhaus-Architektur wie in Dessau. Zwölf Bauwerke sind öffentlich zugänglich. Die Gebäude sind Prototypen der Moderne mit unterschiedlichen Funktionen: Villa, Reihenhäuser, Arbeitsamt oder Ausflugslokal. Weltberühmt ist das von Walter Gropius entworfene Schulgebäude mit seiner Glasvorhangsfassade. Ebenso gehören die aus Kuben zusammengesetzten Meisterhäuser nach dem Entwurf von Gropius und die von Hannes Meyer entwickelten, dem sozialen Wohnungsbau angehörenden Laubenganghäuser zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Im bei Hirmer erschienenen Band „Bauhaus Architektur Dessau“ schreibt Florian Strob: „Das Bauhaus setzte sich nichts Geringeres zum Ziel, als durch moderne Gestaltung die Lebensverhält-

nisse der Menschen zu verändern und zu verbessern.“

Die Gebäude zeichnen sich durch Konstruktionen in Stahlguss und industriell vorgefertigte Bauteile aus. Meist sind sie kubisch rechteckig. Das Flachdach ist ihr Erkennungszeichen. Schmucklose Zweckmäßigkeit

Die Zweckmäßigkeit erzeugte Eintönigkeit

und kostensenkende Beschränkung auf das Wesentliche sind Trumpf. Da ist die Gefahr der Eintönigkeit groß. So lassen sich die von Gropius entworfenen 314 Reihenhäuser der Siedlung Dessau-Törten auf nur drei Grundtypen zurückführen. Doch von Anfang an setzten sich die Hausbesitzer gegen die Einheitlichkeit des

Massenwohnungsbaus mit ausgeprägter Eigenwilligkeit zur Wehr. An- und Umbauten haben die ursprüngliche Monotonie beseitigt.

Durch eifrige Publikationstätigkeit sorgten Gropius und die Bauhäusler dafür, dass die Dessauer Bauten als Ikonen der Moderne angesehen werden. Das sind sie auch. Aber sie haben diese Bauweise weder erfunden noch gibt es einen unverwechselbaren „Bauhausstil“. Ihre Architektur reiht sich in die Bewegung des „Neuen Bauens“ ein.

Martin Kieren lästert in dem Buch „Bauhaus – Das Standardwerk“, es sei ein Missverständnis, „das Bild der Architektur der 20er Jahre sei wesentlich vom Bauhaus erzeugt oder geprägt worden. Das Bauhaus bekam wesentliche Impulse von außen, die man im ‚Institut‘ allerdings gerne für sich reklamierte.“

V.M. Thiede

Mythos und Wahrheit – das Bauhaus-Erbe

Wie verhielten sich die Bauhäusler gegenüber den Nationalsozialisten – und wie war es umgekehrt? Viele Bauhäusler gingen in die innere oder äußere Emigration. Manche wurden wegen ihrer jüdischen Herkunft oder politischen Einstellung in Konzentrationslager verschleppt und ermordet. Andere arrangierten sich mit der NS-Zeit. Einen traurigen Tiefpunkt markiert das Verhalten des ehemaligen Bauhaus-Studenten Fritz Ertl. Er war im Konzentrationslager Auschwitz als stellvertretender Leiter der SS-Zentralbauabteilung tätig.

Strikte Ablehnung traf die Künstler, die zur Lehrerschaft des Bauhaus gehörten: Die Nationalsozialisten diffamierten die Werke Ittens, Kandinskys und Klees als „entartete Kunst“. Damit haben sie jedoch das genaue Gegenteil ihrer herabwürdigenden Absicht erreicht, denn das Etikett „entartete Kunst“ gilt heute als Gütesiegel.

Andererseits hatten die Nationalsozialisten keine Einwände gegenüber moderner Produkt-

Bauhaus-Konzepte überlebten NS-Zeit

gestaltung und Architektur, sofern diese sich für ihre Zwecke nutzen ließen. Und so mancher Bauhäusler hatte keine Berührungängste. Gropius und Mies van der Rohe etwa entwickelten Ausstellungsarchitekturen für die Propagandaschauen des Dritten Reiches.

Besonders aktiv war Herbert Bayer, der während der NS-Zeit für das propagandistische Erscheinungsbild der Ausstellungen „Deutsches Volk – Deutsche Arbeit“, „Gebt mir vier Jahre Zeit“ und „Gesundes Volk – frohes Schaffen“ sorgte. Ebenso gestaltete Bayer die Stuttgarter Jubiläumsschau „50 Jahre Bauhaus“ von 1968, welche die enorme Popularität des Bauhauses begründete.

Es scheint, dass sich das inzwischen rund ein Jahrhundert andauernde Nachleben des Bauhauses weit glanzvoller gestaltet als seine tatsächliche 14-jährige Existenz. Zum 100. Jubiläum nähren unzählige Ausstellungen sowie Museumsneueröffnungen in Weimar und Dessau den Mythos Bauhaus.

V.M. Thiede

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Wirtschaft wächst – trotz Politik

Verbände: Spitzenzahlen aus Berlin verhüllen schwere Fehler und Versäumnisse



Es geht aufwärts: Baukräne ragen in den Himmel von Berlin, wo die Wirtschaft schneller wächst als irgendwo sonst in Deutschland

Bild: Imago

Zum fünften Mal in Folge ist im vergangenen Jahr die Wirtschaftsleistung in Berlin stärker gewachsen als in anderen Bundesländern. In der Berliner Wirtschaft wächst allerdings die Unzufriedenheit mit der Politik des Senats.

Laut den Daten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg legte das Bruttoinlandsprodukt in der deutschen Hauptstadt preisbereinigt im vergangenen Jahr um 3,1 Prozent zu. Berlin hängt damit nicht nur wirtschaftliche Schwergewichte wie Bayern und Baden-Württemberg ab, sondern auch alle anderen Bundesländer. Berlins Wachstumsrate lag damit im Jahr 2018 sogar doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt, der mit 1,4 Prozent angegeben wird.

Die Statistik beziffert den Wert aller in Berlin im vergangenen Jahr produzierten Waren und Dienstleistungen mit 147 Milliarden Euro. Das Statistikamt wies darauf hin, dass der Bereich Information und Kommunikation mit einem Plus von 7,3 Prozent der Einzelwirtschaftszweig war, der sich an der Spree am stärksten entwickelt hat. Allein auf diesen Bereich entfiel ein Fünftel der Zunahme der Wirtschaftsleistung.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) sieht die Senatspolitik mit den veröffentlichten Zahlen

bestätigt: „Die Wirtschaft in der deutschen Hauptstadt brummt.“ Müller schreibt das Ergebnis seiner Politik gut: „Einmal mehr zeigt sich anhand der heute vorgelegten Wachstumsdaten für 2018, dass die Wirtschaftspolitik der im Amt befindlichen Senatskoalition erfolgreich ist.“

Allerdings werden inzwischen auch Zweifel laut, ob die Berliner Erfolgsgeschichte sich in den kommenden Jahren fortsetzt oder sie abreißt. Die landeseigene Wirtschaftsförderbank IBB rechnet beispielsweise für das laufende Jahr nur noch mit einem Wachstum von zwei Prozent.

Ganz grundlegende Bedenken haben die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) in ihrem kürzlich vorgelegten Jahresbericht formuliert. Geschäftsführer Christian Amsinck wies auf eine weiterhin positive Grundstimmung unter den Firmen in der Hauptstadtregion hin. So schätzen die UVB, dass in diesem Jahr in Berlin 52.000 und in Brandenburg 16.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen können. Aus Brandenburg wurde unlängst sogar gemeldet, dass die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Stand in einem Monat März seit dem Jahr 1991 gefallen ist.

Amsinck wies allerdings auch auf Schwierigkeiten für exportorientierte Unternehmen hin, etwa durch Handelskonflikte und den Brexit. Skeptisch sieht er zudem die Haushaltspolitik der Berliner Landesregierung. Die Stadt Berlin sitzt noch immer auf einem hohen Schuldenberg, der Schuldenabbau scheint in den vergangenen Jahren allerdings nicht mehr die allerhöchste Priorität gehabt zu haben. Die rot-rot-grüne Koalition beschäftigt sich stattdessen immer öfter mit Vorhaben, wie etwa dem Rückkauf des Stromnetzes, die neue Milliardenbelastungen mit sich bringen können.

Unternehmer urteilen vernichtend über rot-rot-grüne Praxis

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Handwerkskammer üben sehr scharfe Kritik am Berliner Senat. Beide Verbände haben ihre Mitglieder zur Wirtschaftspolitik des Senats befragt. Das nun vorliegende Ergebnis fällt in einigen Bereichen vernichtend aus. Die Verkehrspolitik des Senats bewerteten beispielsweise nur drei Prozent der befragten Unternehmen positiv, aber 75 Prozent negativ. Auch die Baupolitik wurde von 73 Prozent der befragten Firmen als

schlecht eingestuft. Die Investorenfreundlichkeit der deutschen Hauptstadt bewerteten 59 Prozent der Firmen mit „schlecht“.

Stephan Schwarz, Präsident der hauptstädtischen Handwerkskammer, warnte in diesem Zusammenhang, mit der Debatte um die Enteignung von großen Immobilienunternehmen werde das Vertrauen in den Standort Berlin verspielt. Das Umfrageergebnis bezeichnete der Handwerks-Präsident als „absolut alarmierend“.

IHK-Präsidentin Beatrice Kramm sprach sogar von einem „Warnschuss“. Tatsächlich haben nur vier Prozent der Unternehmen die Arbeit des Senats insgesamt als gut bewertet. Beide Wirtschaftsverbände forderten den Senat auf, die noch zweieinhalb Jahre laufende Legislaturperiode zu nutzen, um für Berlin die Weichen für eine zukunftssichere Politik zu stellen. Die IHK und die Handwerkskammer richten ganz konkrete Wünsche an die rot-rot-grüne Landesregierung. Zu den Forderungen gehört unter anderem die Modernisierung der Verwaltung, ein Verzicht auf Dieselfahrverbote für den Wirtschaftsverkehr sowie ein Bekenntnis der Senats-Koalition zu den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft und ein Stopp der Debatte um Enteignungen von Wohnungsunternehmen.

Norman Hanert

SPD auf dem Weg ins Nirwana

Von THEO MAASS

Am letzten März-Wochenende hielt die Berliner SPD ihren Landesparteitag ab. Die Medien reagierten ziemlich verwirrt auf das Treffen und spiegeln mit ihren Berichten das Durcheinander bei den Sozialdemokraten wider: Einmal hieß es, dass die Partei die Notbremse ziehen will. Andere Journalisten gewannen dagegen den Eindruck, dass die Spree-SPD doch lieber weitermachen möchte wie bisher.

Aus dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller sprach Verzweiflung: „Seit Monaten geht es nicht voran, wird es blockiert ... Wenn eigentlich alle Leute mit gesundem Menschenverstand sagen: Dann macht's doch als Politik, macht's doch als Koalition, werdet doch als SPD sichtbar mit solchen Dingen ... Wir brauchen einen echten Mobilitätsausbau ... Und es ist mit gesundem Menschenverstand überhaupt nicht zu erklären, dass Linke und Grüne einen U-Bahn-Ausbau blockieren, wo es nur um drei oder vier Stationen geht ... So geht es nicht mehr weiter.“

Wenn das so ist, fragt man sich, warum die SPD nach den vergangenen Wahlen dieses Linksbündnis geschmiedet hat, wo es doch zusammen mit CDU und FDP auch eine Mehrheit gegeben hätte. Aber es gab auch eine ganz andere SPD am Wochenende: Berlin hat einen gravierenden Lehrermangel. Andere Länder verbeamten Lehrer – Berlin nicht. Und was beschließt die SPD? Sie will „prüfen“, ist gewissermaßen dafür und dagegen. Dann verlangt die Partei eine Ergänzung des Berliner Schulgesetzes um folgenden Passus: „Es wird militärischen Organisationen unterstellt, an Berliner Schulen für den Dienst und die Arbeit im militärischen Bereich zu werben.“ Die Bundespartei ist empört. Die beiden Koalitionspartner Linkspartei und Grüne wollen Wohnungsbaugesellschaften ganz oder teilweise enteignen. Und was macht die SPD? Sie vertagt die Angelegenheit.

Michael Müller: „Der Parteitag hat gezeigt, dass es eine Mehrheit gibt, die in Ruhe diskutieren will, wie man noch besser auf die Sorgen reagieren kann.“ Ist die SPD in Berlin eine Partei, die nicht weiß, was sie will? Die Bürger, die eine linke Partei wählen wollen, fliehen deswegen zu den Grünen und zur Linkspartei. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im September 2016 wählten noch 21,6 Prozent SPD. Nach der jüngsten Umfrage sind es deutlich weniger. Bislang war die CDU mit Monika Grütters keine echte Alternative, aber sollte Friedrich Merz wirklich nach Berlin kommen, könnte das bald anders sein. Derzeit kommt die bürgerliche Opposition (einschließlich der AfD) nur auf 38 Prozent. Aber bei einer echten Perspektive auf einen Macht- und Politikwechsel ist noch Luft nach oben.

Selbst Müller reicht es

Berlins SPD-Bürgermeister verliert offensichtlich die Geduld mit seinen roten und grünen Koalitionspartnern

Nur wenige Wochen, nachdem das Berliner Regierungsbündnis von SPD, Grünen und Linkspartei zur Halbzeit der Legislaturperiode eine Zwischenbilanz gezogen hat, kracht es in der Koalition. Auf dem Parteitag der Berliner SPD am 30. März ging der SPD-Landeschef und Regierende Bürgermeister der Hauptstadt Michael Müller die beiden Koalitionspartner scharf an und sprach ihnen sogar den gesunden Menschenverstand ab.

Zuletzt war die SPD wegen der beiden Partner daran gescheitert, das Berliner Polizeigesetz zu modernisieren. Die Sozialdemokraten wollen unter anderem elektronische Fußfesseln für Gefährder einführen und für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum auch mehr Videokameras zulassen. Insbesondere die Linkspartei lehnt diese Pläne unter Verweis auf den Koalitionsvertrag ab. Müller kritisierte auf dem Parteitag

auch, dass Linkspartei und Grüne den U-Bahnausbau in Berlin blockierten.

Auf dem Parteitag kündigte Müller zudem an, nun seinerseits Vorhaben der Koalitionspartner zu blockieren: „Ich habe jetzt im Senat ein Revanchefoul gemacht. Ich

»Ich habe jetzt ein Revanchefoul gemacht«

habe im Senat zwei Sachen der Linken und Grünen blockiert.“

Der Parteitag zeigte allerdings nicht nur eine wachsende Entfremdung innerhalb von Rot-Rot-Grün. In wichtigen Fragen wirkt der SPD-Landeschef auch in der eigenen Partei zunehmend isoliert. Müller lehnt etwa die Enteignung großer Wohnungsbestände in Berlin ab. Im stark linksorientierten Berliner SPD-Lan-

desverband gibt es für die Enteignungspläne dagegen deutliche Sympathien.

Der Regierende Bürgermeister läuft Gefahr, dass er erneut von einer Entwicklung überrollt wird, wie dies schon zweimal der Fall war.

Noch als Stadtentwicklungssenator hatte sich Müller für eine Bebauung des Tempelhofer Feldes ausgesprochen. Ein Volksentscheid stoppte vor fünf Jahren die Pläne. Als Regierender Bürgermeister kassierte Müller auch in der Frage der Schließung des Flughafens Tegel eine Niederlage. In einem Volksentscheid sprach sich eine knappe Mehrheit für dessen Offenhaltung aus.

Auf ihrem Parteitag legte sich die Berliner SPD in der Frage der Enteignung von großen Wohnungsunternehmen zunächst noch nicht fest. Das entsprechende Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ ist am 6. April gestartet. Deutsch-

landweit für Aufsehen sorgten die SPD-Genossen mit dem Beschluss, Jugendoffizieren der Bundeswehr Auftritte an den Berliner Schulen zu verbieten.

Abzuwarten bleibt, wie die Berliner Wähler den Streit in der rot-rot-grünen Koalition und Müllers

Mit Tempelhof und Tegel schon zwei Niederlagen

Agieren bewerten. Zur Halbzeit der Wahlperiode sind die Berliner Sozialdemokraten in der Wählergunst auf den vierten Platz abgerutscht. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der „Berliner Zeitung“ landete die Berliner SPD im März nur noch bei 15 Prozent. Die mitregierenden Grünen stoben mit 25 Prozent auf deutlich mehr Zustimmung, auch die

Linkspartei und die CDU, die jeweils bei 18 Prozent liegen.

Im Umfrageergebnis noch nicht berücksichtigt waren die Ergebnisse des SPD-Parteitags, aber auch nicht die jüngste Entwicklung in der Berliner CDU. Bei der Union deutet sich nicht nur ein personeller Wechsel an, sondern auch eine Richtungsänderung. Der Spandauer CDU-Politiker Kai Wegner, der im Mai als neuer Landeschef der Berliner CDU kandidieren will, kündigte an, er wolle die Partei wieder konservativer ausrichten. Gegenüber dem Sender RBB sagte Wegner, das Angebot der CDU müsse über das einer liberalen Großstadtpartei hinausgehen, die CDU müsse eine Alternative zum rot-rot-grünen Senat aufzeigen.

Nachdem Monika Grütters auf dem Parteitag im Mai nicht mehr als CDU-Landesvorsitzende kandidieren will, ist Wegner bislang der einzige Bewerber für das Amt.

N.H.

Anti-israelische Parolen

Die Terroristin Rasma Odeh wurde trotz verfügbarer Ausweisung und dem Verbot öffentlicher Auftritte (die PAZ berichtete) im Café Be'kech im Berliner Stadtteil Wedding als Rednerin angekündigt. Verschiedene antiisraelische Organisationen hatten eingeladen. Ein Großaufgebot der Polizei war vor Ort zusammengeworfen worden. Aber es wurde nur eine Videobotschaft gezeigt. Als klar wurde, dass Odeh nicht persönlich in das Be'kech kommen würde, zog das Polizeiaufgebot wieder ab. Bild- und Tonaufnahmen unterband der Organisator. Journalisten – soweit erkannt – hatten keinen Zutritt. Odeh beklagte, der unfreundliche Empfang in Berlin sei rassistischen Kräften geschuldet. Diese würden die Menschenrechte nicht anerkennen. Zum Ende der Veranstaltung skandierten die Teilnehmer die Hamas-Parole: „From the river to the sea, Palestine will be freed“. Öffentlich wollte sich niemand zum Existenzrecht Israels äußern.

F.B.

MELDUNGEN

China leidet unter Überalterung

Peking – Die arbeitsfähige Bevölkerung in China schrumpft. Allein im Jahr 2017 ging sie um über fünf Millionen Personen auf rund 900 Millionen oder 60 Prozent der Gesamtbevölkerung zurück. Chinesische Wissenschaftler glauben, dass sie in den kommenden drei Jahren um weitere 18 Millionen abnehmen wird. Diese Vergreisung ist auch die Folge der erst 2015 nach 35 Jahren beendeten Ein-Kind-Politik. Die Zahl der Rentner wächst doppelt so schnell wie im Welt-durchschnitt. Derzeit sind es über 241 Millionen und damit 17,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. F.W.S.

Bistum gegen Kroaten-Feier

Bleiburg – Die österreichische Diözese Gurk-Klagenfurt hat die kroatischen Gedenkfeiern auf dem Loibacher Feld beim kärntnerischen Bleiburg verhindert. Es handelt sich hierbei um eine von der kroatischen Emigrantengeneration „Bleiburger Ehrenzug“ auf einem von ihr erworbenen Grundstück organisierte Gedenkveranstaltung, die unter dem Patronat des kroatischen Parlaments steht. Sie soll an die Soldaten des Unabhängigen Staates Kroatien und die Angehörigen der Ustascha erinnern, die im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite kämpften und von hier aus nach ihrer Flucht ins Reichsgebiet von den Briten an die jugoslawischen Truppen ausgeliefert wurden, die sie zu Zehntausenden ermordeten. Da beim Gottesdienst ein kroatischer Bischof zugegen sein soll, bedarf es hierzu der Erlaubnis des zuständigen Bistums, die in diesem Jahr versagt wurde. Diözesanadministrator Engelbert Guggenberger begründete dies damit, dass in der Vergangenheit die Auflagen des österreichischen Bischofs nicht eingehalten und die Zusammenkunft „politisch instrumentalisiert“ worden seien. T.W.W.

Etwas Licht ins Dunkel der Migration

Jahresbericht an Italiens Parlament beleuchtet das »kriminelle Management« der Masseneinwanderung

Italiens Innenminister Matteo Salvini weiß, was er will: durch konsequente Maßnahmen, die in der Hauptsache auf die Bootsmigranten gerichtet sind, hat er deren Rückgang um 80 Prozent bewirkt. Das geht aus dem Jahresbericht für 2018 des Dipartimento delle Informazioni per la Sicurezza an das Parlament hervor. Dennoch, so der Bericht, bleibe das »kriminelle Management« der Masseneinwanderung erhalten.

Um sich ein Bild von dem Vorhandensein eines solchen Managements zu machen, genügt es, eine einfache Überlegung anzustellen. Woher kommen die zahlreichen, zentnerschweren Schlauchboote, auf die sich die Migranten an der afrikanischen Nordküste begeben? Über rund 2000 Kilometer Sahara werden sie diese nicht geschleppt haben, also stellt sie jemand an Ort und Stelle zur Verfügung.

So berichtet das Dipartimento delle Informazioni per la Sicurezza (DIS, Abteilung für Sicherheitsinformationen), eine Abteilung im Amt des Ministerpräsidenten, welche die nationalen Nachrichtendienste koordiniert, von der libyschen Oase Kufra, in der dem Vernehmen nach Angehörige der sudanesischen Mafia die Migrationsströme aus dem Horn von Afrika organisieren und lenken. Fallweise entsteht so auch ein Nebengeschäft der Art, dass vielversprechende Migranten eingesperrt und ihre Angehörigen um ein Lösegeld erpresst werden.

Hierfür sind neben einer glattlaufenden Organisation auch erhebliche Investitionen vonnöten. Die Mittel hierfür nimmt man gerne von unbeteiligten Sympathisanten. Angesichts der vielen, teils prominenten Befürworter einer unkontrollierten Masseneinwanderung nach Europa kann es nicht verwundern, dass dem Unternehmen eine Menge Geld zufließt.

Ein prominenter Spender ist beispielsweise der Münchner

Kardinal Reinhard Marx, der für die „Seenotrettung“ 50 000 Euro aus dem Vermögen der Kirche locker gemacht hat. Auch der Groß-Spekulant und Polit-Aktivist George Soros wird in diesem Zusammenhang häufig genannt.

Andererseits wirft ja die Schleuserei Geld ab, sonst wäre sie nie zustande gekommen und sonst hätten sich nie zumindest zwei afrikanische Mafia-Or-

thoden – bis hin zur logistischen Unterstützung in den Zielländern. Und die Einmischungsversuche der Mafia in das System der Flüchtlingsaufnahme in nationalen Hoheitsgebieten.“ So werden verschiedene Lager in Süditalien von der Camorra betrieben.

Zudem ergeben sich im Umfeld und teilweise unmittelbar bei dem Schleuser-Geschäft Kontakte zum islamischen Extremismus.

nern und Italienern. Diese Gruppe war im tunesischen Naveul ebenso wie in den sizilianischen Provinzen Palermo und Trapani tätig gewesen. Das DIS wörtlich: „Dschihadisten, die auch in der radikalen Propaganda im Netz tätig sind, verkehrten rund um diese kriminelle Vereinigung.“ Es ging dabei hauptsächlich um die Beschaffung von gefälschten Dokumenten.

meisten Fällen nichts voneinander, geschweige denn, dass sie alle ein gemeinsames Ziel außer demjenigen verfolgten, Afrikaner nach Europa zu bringen. Aber dazu wirken sie alle zusammen, ob sie wollen oder nicht. Fällt ein Teil aus, droht alles zusammenzubrechen.

Im Italienischen heißt der Migranten-Konzern „il business dell'accoglienza“, wobei das Geschäft mit der „accoglienza“ mit „Bewirtung“ oder „Aufnahme“ zu übersetzen ist. Daher hat die Autorin Francesca Totolo ein Buch über das „Bewirtungsgeschäft“ geschrieben. Darin spannt sie den Bogen noch weiter: „Die UN zählen auch zu den Akteuren des Einwanderungs-Geschäfts, wenn wir das in dem UN-Bericht 2000 enthaltene ‚Projekt Replacement Migration‘ betrachten. In diesem Bericht wurde angenommen, dass Massenmigration die alternde Bevölkerung Europas ersetzen sollte, mit besonderem Bezug zu Italien und Deutschland. Also ein gemeinsames Projekt der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der sogenannten Globalisten zur Senkung der Arbeitskosten und des Schutzes durch Gewerkschaften.“

Der erstaunliche Erfolg des italienischen Innenministers Salvini, der die Anzahl der ankommenden Illegalen um 80 Prozent gesenkt hat, erinnert an den Erfolg des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, der durch die Schließung der ungarischen Südgrenze die Balkanroute dauerhaft unpassierbar gemacht hat. Dass er dabei als einziger europäischer Staatsmann die Hand für den vielbeschworenen Schutz der Außengrenzen der EU erhoben hat, wird ihm nicht gedankt.

Ebenso erntet Salvini, der es Orbán nun gleichtut, vom offiziellen Brüssel und von den meisten nationalen Hauptstädten nur Hass und Häme. Allerdings befinden sich diese Kritiker angesichts der Beteiligten am Schleuser-Geschäft, in keiner guten Gesellschaft. Florian Stumfall



Das Wahlversprechen durchzusetzen, ist nicht leicht: Wahlkampfplakate von Salvinis Lega Nord

organisationen damit befasst. Der italienische Journalist Daniele Pozzati schreibt zum Geheimdienstbericht: „Die Aktionen krimineller Organisationen und Netzwerke erfassen alle Phasen des Geschäfts: Die Veröffentlichung des ‚Dienstleistungsangebots‘ in sozialen Netzwerken – samt Angabe von Strecken, Beförderern, Tarifen und Zahlungsme-

Nach den Ermittlungen des DIS besteht das Risiko, dass „illegale Einwanderungskanäle für den Transfer von Extremisten aus der Sahara nach Europa eingesetzt werden“. Diese Infiltration sei aber „sporadisch und nicht strukturell“.

Immerhin erwähnt das DIS die Entlarvung einer kriminellen Vereinigung aus Tunesien, Marokka-

Der Bogen des Migrations-Systems reicht also vom islamischen Extremismus über Mafia-Organisationen verschiedener Nationalitäten und die illegalen Schleuser bis hin zu den Gutmenschen, welche diese Schleuser mitfinanzieren, und sei es der Kardinal in München. Selbstverständlich wissen die vielen und verschiedenen Beteiligten in den

Reality-Show trifft wirkliches Leben

Petro Poroschenko droht die Ablösung: Der Komiker Wladimir Selenskij hat gute Chancen, neuer Präsident der Ukraine zu werden

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Der Termin für die Stichwahl in der Ukraine wurde auf Ostermontag festgelegt.

Zuvor werden sich die Kontrahenten Wladimir Selenskij, der rund 30 Prozent der Stimmen in der ersten Wahlrunde auf sich vereinen konnte, und der amtierende Präsident Petro Poroschenko, der weit abgeschlagen mit nur 18 Prozent hinter seinem Herausforderer lag, ein TV-Duell liefern. Das hatte Selenskij in einem Ultimatum an Poroschenko gefordert. Stattfinden wird der Schlagabtausch im Kiewer Fußballstadion, das 70 000 Zuschauer fasst. Darüber hinaus hatte der TV-Komiker und erfolgreiche Geschäftsmann verlangt, die Kandidaten müssten sich einem Bluttest auf Alkohol und Drogen unterziehen, und schritt im Beisein von Journalisten gleich selbst voran. Poroschenko kam der Forderung dann auch nach. Der Sieger wählt nun mal die Waffen, und Poroschenko hatte seinen Gegner bezichtigt, den Wahlkampf unter Drogen geführt zu haben.

Das Phänomen, dass ein Außen-seiter Wahlen gewinnt, ist nicht neu. Der 40. Präsident der USA, Ronald Reagan, war Schauspieler, und der Immobilienmogul Donald Trump nutzte vor zwei Jahren die Unzufriedenheit der Bürger mit dem Establishment für seine Wahl

zum Präsidenten. In Italien schaffte der Komiker Beppe Grillo mit seiner Fünf-Sterne-Bewegung den Sprung in die Politik.

Selenskij hat diesen Vorreitern eines voraus: Als Mime hat er bereits Erfahrung mit der Rolle des Präsidenten. In der Sendung „Diener des Staates“ spielt er einen einfachen Lehrer, der plötzlich zum Staatsoberhaupt ernannt wird. Er verkörpert in seiner Rolle einen ehrlichen Politiker, dem Großmannssucht und Lügen fremd sind. Die russischsprachige Sendung ist gegen Korruption, übersteigerten Nationalismus und die Verschwendungssucht von Politikern gerichtet. Selenskij meint es ernst: Auch im Wahlkampf betonte er, dass man anständig und ehrlich sein müsse. Offenbar kaufen seine Wähler ihm dies ab, und hier trifft Reality-Show auf das wirkliche Leben.

Selenskij gibt sich volksnah, scherzt mit den Menschen und genießt das Bad in der Menge. Vor allem junge Nutzer der sozialen Medien zwischen 18 und 25 Jahren vertrauen ihm. Er wirkt sympathisch, jung und dynamisch. Es scheint, als nutze mit ihm eine neue Generation ihre Chance. Allerdings haben ihn auch viele Ältere gewählt, und er hatte Unterstützung in allen Teilen des Landes, auch im Westen in Wolhynien und

im Karpaten-Vorland. Selenskij punktete – bei einer Wahlbeteiligung von insgesamt 63,52 Prozent – aber vor allem in seiner Heimat, dem Süden. Er sprach sich im Wahlkampf mehrfach für Verhandlungen mit Russland über das Schicksal der Ostukraine aus, ohne jedoch ein Putin-Freund zu sein. Am Westkurs der Ukraine hält auch er fest.

Ob der junge und als Politiker unerfahrene Selenskij in der zweiten Wahlrunde abermals den erfahreneren Poroschenko besiegen kann, wird das TV-Duell entscheiden. Beobachter trauen Selenskij nicht zu, sich gegen den redege-wandten Präsidenten durchzusetzen. Bislang habe Selenskij erschreckend wenig gesagt, und wenn, dann nur Oberflächliches. Im Wahlkampf ließ er seinen Beratern den Vortritt.

Die TV-Debatte könnte ihm



Sichtlich angeschlagen: Der amtierende Präsident Petro Poroschenko beugt sich der Forderung seines Herausforderers nach einem Bluttest

fährlich werden. Er hat noch keine einzige politische Rede gehalten. Selenskij's Thema im Wahlkampf war unter anderem die Gesundheitsreform. Außerdem will er für Dezentralisierung sorgen, das heißt, den Kommunen mehr Spielraum lassen. Viele sehen Selenskij als Chance: Er will den Bewohnern der Kriegsregionen zeigen, dass sie nicht vergessen sind, sie als Bürger der Ukraine betrachten. Seine drei

Prioritäten als Präsident lauten: Beendigung des Kriegs im Donbass, Bekämpfung der Korruption und die Reparatur von Straßen.

Das ukrainische Volk

scheint derweil immer noch gespalten. Zwar wollen 20 Prozent der Ukrainer eine stärkere Abgrenzung gegen Russland, aber die Mehrheit wünscht sich eine Normalisierung der Beziehungen zum Nachbarn. Die Beendigung des Kriegs und die Wiederherstellung des Friedens ist der größte Wunsch der Ukrainer.

Da dies mit dem amtierenden Präsidenten unwahrscheinlich ist, könnte die zweite Runde zu einem Referendum gegen Poroschenko werden. Dabei kann er als Präsident durchaus auf Erfolge verweisen. Das Bankensystem wurde saniert, die Landeswährung stabilisiert und mithilfe des Westens eine Armee aufgebaut, die das Land verteidigen kann. Die dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der einfachen Bürger konnte er nicht aufhalten. Das Durchschnittseinkommen liegt bei 300 Euro pro Monat, was die Abwanderung von Arbeitskräften befeuert.

Die Ukrainer verübeln ihrem Staatsoberhaupt, dass es die Korruption nicht besiegt hat. Die alten Seilschaften einiger weniger Oligarchen-Clans wirken fort: Da Poroschenko selbst genauso wie Julia Timoschenko aus der Riege der Oligarchen stammt, wird ihm

fehlender Wille zur Bekämpfung der Korruption unterstellt.

Poroschenkos martialisch klingendes Wahlkampfes „Armee, Sprache, Glaube“ dürfte ihn Wählerstimmen zugunsten Selenskij's gekostet haben. Ein unverzeihlicher Fehler war die Verdrängung der russischen Sprache aus der Öffentlichkeit mit Strafandrohung sowie eine repressiver werdende Innenpolitik immer dann, wenn die Umfragewerte schlecht waren. Während der Präsidentenwahl gab es Hinweise auf Stimmenkauf für Poroschenko und Timoschenko. OSZE-Beobachter registrierten insgesamt 2600 Verstöße gegen das Wahlgesetz. Mehrere ausländische Korrespondenten verweigerte der Geheimdienst SBU mit vorgeschobenen Gründen die Einreise.

Westliche Mainstream-Medien jubeln, in der Ukraine habe die Demokratie gesiegt, die es erst ermöglicht habe, dass ein Außenseiter siegt. Der populäre ukrainische Publizist Witalij Portnykow sieht die Lage seines Landes vermutlich klarer, wenn er sagt: „Bei dieser Wahl gibt es eigentlich nur zwei echte Kandidaten. Das sind Petro Poroschenko und Igor Kolomojskij. Natürlich gibt es auch andere Oligarchen, die ein Wort mitzureden haben. Aber sie scharen sich um den einen oder den anderen von beiden.“ M. Rosenthal-Kappi

Nicht nur Hubertus Heil widerspricht

Mit der »Normalität« sieht der Buchautor und Journalist Daniel Goffart den Mittelstand erodieren

Daniel Goffart hat mit der Präsentation seines Werks „Das Ende der Mittelschicht. Abschied von einem deutschen Erfolgsmodell“ eine Diskussion über den wirtschaftlichen Wandel ausgelöst. Mehrere Studien zu dem Themenkomplex widersprechen sich.

Die einheitliche Mittelschicht auf sicherem Boden sieht Daniel Goffart am Ende. Mieten und Immobilienpreise seien explodiert. Gesunken seien die Kaufkraft und die Fähigkeit, Vermögen anzusammeln. „Viele strampeln sich ab wie im Hamsterrad“, so Goffart. Hinzu komme nun die Digitalisierung.

Zur Mitte zählen Experten alle, deren Einkünfte um das mittlere Einkommen der Gesellschaft liegen – nämlich bei 80 bis 150 Prozent dieses Medians. Das waren 2015 für einen Single 1440 bis 2710 Euro netto im Monat. Fast jeder Zweite gehört demnach zur Mittelschicht – 47,5 Prozent der Bevölkerung, 32,9 Prozent liegen darunter, 19,5 Prozent darüber.

Korrespondierend mit dem Mittelstand sieht Goffart die „Normalität“ erodieren. „Die ‚Normalität‘ ist das Fundament des Mittelstands, doch diese Normalität bröckelt“, schreibt er in seinem Buch: „Zu verschwinden drohen die Normalarbeitsverhältnisse, die Normalbürger, die Normalbiografien, der Normalarbeitstag und der als ‚Otto Normalbürger‘ bezeichnete Durchschnittskonsument.“ Goffart glaubt, dass den Menschen in Deutschland nicht die ganze Wahrheit gesagt werde. „Sie vermuten völlig zu Recht, dass Politiker und Wirtschaftsführer uns über das wirkliche Ausmaß dieser angekündigten Zerstörung bewusst im Unklaren lassen“, schreibt er in seinem Buch.

Deutschlands größtem Wirtschaftsforschungsinstitut zufolge, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit Sitz in Berlin, haben heute deutlich weniger Menschen mittlere Einkommen als vor rund 20 Jahren. Die DIW-Forscher untersuchten, wer 77 bis 130 Prozent des mittleren

Einkommens verdient – und stellen fest, dass diese Schicht von 48 Prozent Ende der 90er Jahre auf 41,4 in den Jahren 2014/15 geschrumpft ist.

Ein Schrumpfen der Mittelschicht konstatiert auch eine aktuelle Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung (HBS). „Die Mittelschicht ist seit den 1990er-Jahren geschrumpft. Das ist eine Folge der auseinanderlaufenden Lohnentwicklung“, glaubt die Stiftung. Die Armut werde für

Stabilität der Gesellschaft habe ihr Fundament im „Gründungsversprechen der deutschen Demokratie, dass sich jede und jeder kraft eigener Leistung, flankiert von sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen, einen Platz in der Mitte der Gesellschaft sichern kann“, betont die Stiftung die Bedeutung ihres Befundes.

Wie wichtig die Regierenden in Berlin die aktuelle Debatte nehmen, zeigt sich daran, dass Bundesarbeitsminister Hubertus

werde. Er sei sich aber sicher, dass die Arbeit so bald nicht ausgehe, die Arbeit mit hilfsbedürftigen Menschen schon gar nicht. „Die Arbeitsfelder werden sich verändern, aber die Arbeit wird bleiben und damit auch die Mittelschicht“, sagte der Minister und warnte vor „zu schlechter Stimmung“.

Laut einer Allensbach-Umfrage zur „Generation Mitte“ ist die Stimmung eher gut als schlecht. 42 Prozent der 30- bis 59-Jähri-

gen in der Mittelschicht auf einem niedrigen Stand“, so die Forscherin.

„Die Mittelschicht stellt weiterhin eindeutig die größte Bevölkerungsgruppe in Deutschland“, lautet Niehues' Feststellung. „Im Zuge des ostdeutschen Aufholprozesses ist die Mittelschicht zunächst etwas größer geworden“, konstatiert sie, um die Jahrtausendwende habe der Anteil der Mittelschicht an der Bevölkerung zwar abgenommen – zeitgleich mit einem Anstieg der Ungleichheit – aber seit



Bei der Präsentation von Daniel Goffarts Buch „Das Ende der Mittelschicht. Abschied von einem deutschen Erfolgsmodell“: Der Buchautor sowie der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil (von links)

Bild: pa

immer mehr Menschen in Deutschland zu einer Art Dauerzustand. Lebten Anfang der 90er Jahre noch 3,1 Prozent der Bevölkerung in dauerhafter Armut, sind es laut der HBS-Studie aktuell schon 5,4 Prozent – eine Steigerung um 74 Prozent. Gut vier Millionen Menschen lebten und arbeiteten in Deutschland auf Dauer unter prekären Umständen, etwa Verkäufer in Billigshuhläden, Nachtpförtner oder alleinerziehende Krankenschwestern. Die

Heil bei der Buchvorstellung anwesend war und dem Autor auffallend oft widersprach. Bei der Industrie 1.0 habe es einen in Trier gebürtigen Philosophen namens Karl Marx gegeben, der „auch das Ende der Mittelschicht propagiert hat“, erklärte der SPD-Politiker. „Er ist dann historisch widerlegt worden.“ Der Minister räumt zwar ein, dass er der Kassierer im Supermarkt schon heute sagen könne, dass es ihren Job in einigen Jahren so wohl nicht mehr geben

gen ginge es heute nach eigenen Angaben besser als vor fünf Jahren, nur 18 Prozent schlechter. 21 Prozent rechnen mit weiteren Verbesserungen – sieben mit einer Verschlechterung.

Laut der Forscherin Judith Niehues vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sei die Angst vor einem Verlust des Arbeitsplatzes auf einem Tiefststand. „Auch die Sorgen um die wirtschaftliche Situation haben stark abgenommen und sind

2005 „ist sie wieder relativ stabil“. Laut Niehues ist allerdings eine Differenzierung vonnöten. „Die gespaltene Mitte“ lautet denn auch der Titel ihrer diesbezüglichen Studie. So sei es nicht die Mittelschicht in ihrer Gesamtheit, die „sich durch vergleichsweise wenig Sorgen und einen optimistischen Blick in die Zukunft“ auszeichne, sondern die „größere Gruppe, die etwa zwei Drittel der Mittelschicht ausmacht“.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Mercedes baut in Russland

Moskau – Im Beisein Wladimir Putins, des Daimler-Vorsitzenden Dieter Zetsche und Bundeswirtschaftsministers Peter Altmaier wurde vergangene Woche im Industriepark Jessipowo, 40 Kilometer nördlich von Moskau, die erste Mercedes-Fabrik in Russland feierlich eröffnet. Ab sofort werden Fahrzeuge der E-Klasse und SUV-Geländewagen in Russland gebaut. Trotz Sanktionen und sinkendem Realeinkommen der Russen hatte Mercedes 2018 1,8 Millionen Pkw und leichte Nutzfahrzeuge in Russland verkauft. Putin lobte die Investition von über 250 Millionen Euro und die Entstehung von 1000 Arbeitsplätzen. Pro Jahr sollen 25 000 Fahrzeuge gebaut werden. *MRK*

Baupreise steigen weiter

Wiesbaden – Die Preise für den Neubau von Wohngebäuden lagen im Februar 2019 um 4,8 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, gab es einen höheren Anstieg der Baupreise gegenüber dem Vorjahr zuletzt im November 2007. Im Vergleich zum November 2018 erhöhten sich die Preise im Februar 2019 um 1,7 Prozent. Die Preise für Rohbauarbeiten an Wohngebäuden stiegen von Februar 2018 bis Februar 2019 um 5,6 Prozent. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.913.062.306.688 €

Vorwoche: 1.913.119.161.676 €

Verschuldung pro Kopf:

23.106 €

Vorwoche: 23.107 €

(Dienstag, 9. April 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Neues Hoch bei Strompreis

Warum ein Ende der Preisspirale nicht zu erwarten ist

Nach Angaben der beiden Online-Vergleichsportale Verivox und Check24 haben die Strompreise für private Haushalte neue Höhen erreicht. Das Portal Verivox ermittelte einen durchschnittlichen Preis von 29,42 Cent je Kilowattstunde Strom. Bereits seit dem Jahresbeginn hat ein großer Teil der Grundversorger die Strompreise im Durchschnitt um fünf Prozent erhöht. Weitere Energieversorger haben bereits für die Monate April und Mai Preiserhöhungen angekündigt. Die für die Grundversorgung zuständigen Unternehmen nennen als Hauptgrund für die Preiserhöhungen stark gestiegene Großhandelspreise für Strom. Nach Angaben der Bundesnetzagentur lag der Großhandelspreis im Jahr 2018 im Schnitt 30 Prozent über dem Vorjahresdurchschnitt. Einen wesentlichen Anteil an den höheren Beschaffungskosten hat die Verteuerung der sogenannten Emissionszertifikate, für welche die Kraftwerksbetreiber bezahlen müssen.

Unterdessen wächst auch die Kritik an den hohen Stromkosten. Klaus Müller, der Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (VZBV), forderte gegenüber dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“: „Die Bundesregie-

rung muss endlich handeln und eine Strompreisreform angehen.“ Der Verbraucherschützer nannte als Kernpunkte einer Reform die weitgehende Abschaffung der Stromsteuer und sprach auch die bislang geltenden Sonderregelungen für bestimmte Industrieunternehmen an. Unternehmen, die sehr viel Strom verbrauchen, können sich von der Ökostromförderung teilweise befreien lassen. Als Folge wird mittlerweile auf fast ein Fünftel des deutschen Stromver-

Das Angebot wird sinken, die Nachfrage steigen

brauchs kaum noch eine Umlage gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gezahlt, die Kosten müssen die anderen Stromverbraucher tragen.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im März in einem Urteil diese deutsche Regelung bestätigt. Die EU-Kommission hatte im Jahr 2014 die Ökostromförderung nach dem EEG in der Fassung von 2012 als staatliche Beihilfe gewertet. Auch die Rabatte für industrielle Großverbraucher waren von der Brüsseler Behörde

als unzulässige Beihilfe gesehen worden. Der EuGH urteilte nun aber, dass es sich bei den mit der Ökostrom-Umlage eingenommenen Geldern um keine staatlichen Mittel handele. Mit dem Urteil kann sich die deutsche Bundesregierung bestätigt fühlen und auf eine Strompreisreform verzichten.

Generell müssen die Chancen für eine langfristige Entlastung bei den Strompreisen eher als gering eingeschätzt werden. Vielmehr besteht die Gefahr, dass die Strompreise in Zukunft weitere Rekordmarken reißen werden. Zum einen stehen in den nächsten Jahren wichtige Änderungen auf der Angebotsseite. So sollen bis zum Jahr 2022 alle Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden. Die sogenannte Kohlekommission hat sich zudem darauf geeinigt, schon bis zum Jahr 2030 die Kraftwerksleistung auf 17 Gigawatt Braun- und Steinkohlestrom zu verringern und damit mehr als zu halbieren. Auf der anderen Seite forciert die Politik ganz stark Pläne zur Elektromobilität. Sollten in einigen Jahren tatsächlich Hunderttausende E-Autos auf den deutschen Straßen unterwegs sein, dann wird dies die Nachfrage nach Elektroenergie noch beträchtlich steigen lassen. *Norman Hanert*

Preußische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland

Probeabo anfordern:
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

Prüffälle

Von Volker Wittmann

Ein zurzeit beliebter Vorwand, die Schule zu schwänzen, nennt sich „Fridays for Future“, kurz „FFF“. Auf Deutsch heißt das „Freitage für die Zukunft“, Denglisch „Freidä is for Fjutscher“. Statt büffeln ist demonstrieren angesagt. Es gilt, die Welt zu retten. Buchstabieren, wie man Kohlenstoffdioxid schreibt, lernen wir dann später. Politik und Medien haben die Blaumacher schon zu „Klimahelden“ ernannt. Unklar bleibt vorerst, wie sich Nothilfe für die Großwetterlage machen lässt.

Ungewisse Betriebsamkeiten dieser Art sind offenbar ganz nach dem Geschmack der Grünen. Die zogen schon vor 36 Jahren in den Bundestag ein, ohne der Erlösung der Erde merklich näher zu kommen. Parteichef Robert Habeck zeigte sich ganz begeistert von dem Gedöns der Gören. Der Teddybär für große Kinder erklärte vor seinen jubelnden Anhängern: „Die Schülerinnen und Schüler treten uns alle in den Hintern.“ Dabei sprach er von einem „großen politischen Akt“. Wer wollte ihm da widersprechen?

Aber „Fridays for Future“ ist vor allem ein Stabreim. Solche Wendungen stammen bekanntlich von den Germanen. Das waren doch jene Erzrassen um Hermann den Cherusker, die sich sogar mit Waffengewalt multikultureller Bereicherung durch die Römer widersetzt haben. So oder ähnlich klingt es jedenfalls aus grünem Munde, wenn es den Tugendwächtern zu deutsch wird, denglisch oder nicht. Somit ist FFF doch Nazikram, oder?

Ausgerechnet die Grünlinge, die sonst Populismus wittern bei allem, was mit „P“ anfängt, ob Pipifax oder Pumuckl, die

überhäufen dergleichen mit Lob. Zudem ist es im Alphabet von FF nicht mehr weit bis HH. Sind die noch zu retten? Nur GG liegt noch dazwischen, womöglich gar für Gender-Gaga. Unfassbar, was aus den Oberaufpassern geworden ist, dem einst so bewährten Bollwerk vor dem Untergang im braunen Sumpf.

Sogar Anetta Kahane, alias IM Victoria, und ihre Amadeu-Antonio-Stiftung, alias „Sprachstasi“, schweigen dazu. Was ist bloß in Deutschland los? Erst kürzlich haben die Genossen der Linken die mutmaßliche Kommunistin Sahra Wagenknecht als verkappte Nazibraut enttarnt. Von massenhaft geschmierten Hakenkreuzen an Büros der AfD ganz zu schweigen.

Wenn viele davon auch die Antifa gesprüht hat, um die Statistik rechtsradikaler Straftaten in die Höhe zu treiben: Ein schrecklicher Verdacht drängt sich auf. Sollten all die Saubermänner und -frauen ihren Persil-Eifer nur vorgeschützt haben? Wirkt die Faszination des Dritten Reichs immer noch fort, wo man es nie geahnt hätte?

Ständige Suche nach Anzeichen brauner Vergangenheit, um diese zu verdammen, ist auch eine Art, sich mit Hitler und Gefolge zu befassen. Ein gutes Wort dazu wäre schon verbotene Verherrlichung. Da bleibt als Ausweg nur der Standpunkt des entrüsteten Tugendbols. Solche Machenschaften kennt man doch von übereifrigen Feuerwehrleuten. Beim Löschen sind sie ganz vorne weg. Dabei haben sie den Brand selber gelegt.

Herr Haldenwang, bitte übernehmen Sie. Prüffälle noch und nöcher warten.

Für eine neue Renaissance

Von Hans Heckel

Bei der Flut von Würdigungen zum 100. Jahrestag des „Bauhaus“ fällt auf, dass kaum kritische Stimmen zu vernehmen sind. Fast scheint es, als wage kaum jemand, dem wohl brutalsten Einschnitt in der Architekturgeschichte mit Distanz zu begegnen – aus Furcht, deswegen als „Reaktionär“ oder Schlimmeres verrufen zu werden.

Mag der Bruch mit allen Traditionen des Bauens und der Aufbruch zu gänzlich neuen Formen und Ansprüchen von Architektur Anfang des 20. Jahrhunderts auch noch so berauschend und verheißungsvoll gewirkt haben. Heute, 100 Jahre später, fordert der Blick in unsere Städte eine weitaus durchwachsende Sicht auf die Wirkungen der Revolution von damals. „Das Schlimmste ist, dass wir als Architekten

nur den Würfelhusten gelernt haben“, moniert der Architekt und Stadtplaner Christoph Mäckler die Umsetzung des Bauhaus-Erbes in unserer Zeit. Er bezweifelt sogar, dass Bauhaus-Gründer Walter Gropius seine damaligen Konzepte heute überhaupt noch propagieren würde.

Damals habe man das Kaiserreich sowie dessen Stil und Baupraxis überwinden wollen, was Mäckler historisch angemessen findet. Doch heute benähmen sich die Planer und Architekten „immer noch so, als ob wir kurz hinter dem Kaiserreich stehen würden“. Diese Art der Bauhaus-Rezeption als eingefrorene Revolution, als erstarrter Gestus des

Fortschritts, der keiner mehr ist, hebt den eigenen, fortschrittlichen Anspruch gleichsam von selbst auf.

Die Bauhaus-Gründer von der Schuld an dieser Entwicklung gänzlich freizusprechen, mutet indes allzu gnädig an. Architekturkritiker Dankwart Guratzsch

erinnert: „Als Walter Gropius seine Professur in Harvard antrat, war seine erste Amtshandlung, die Architektur-Bibliothek in den Keller zu verbannen.“ Ein mehr als nur symbolischer Akt, der einen Kern enthüllt: Gropius wollte die Entwicklung der Architektur nicht bloß einen großen Sprung voranbringen, er wollte diese Entwicklung praktisch be-

enden. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn Form und Ästhetik des Bauens seit Jahrzehnten in einer Art Zeitschleife gefangen zu sein scheinen. Die Ödnis der schmucklosen „Würfel“-Architektur spiegelt nicht bloß äußerlich Leblosigkeit wider. Diese Leblosigkeit deckt ihr innerstes Wesen auf, denn wo es keine Entwicklung mehr gibt, da ist auch das Leben fort.

Was Not täte, wäre ein radikaler, mutiger Schnitt. Eine neue „Renaissance“, die, ganz nach dem Konzept ihres historischen Vorgängers, das Alte, die in Jahrtausenden hervorgebrachten Traditionen aufgreift, um daraus etwas Neues zu formen. Nicht als laues Aufwärmen alter Muster, sondern als deren kritische Weiterentwicklung zu einem neuen Stil.

Das Bauhaus ist im »Würfelhusten« erstarrt



Würde zum Inbegriff des Hässlichen: Die nach dem Bauhaus-Gründer Walter Gropius benannte Berliner „Gropiusstadt“

Bild: Imago

Die Zerschlagung des menschlichen Miteinanders weltweit steht kurz bevor. Eingefädelt vor Jahrzehnten, erreichen die vernichtenden Maßnahmen der globalen Akteure jetzt den Höhepunkt: Durch inzwischen weltberühmte Protagonisten wie die 16-jährige Greta Thunberg werden junge Generationen auf der ganzen Erde mobil gemacht, um sich jetzt gegen ihre Eltern und Großeltern aufzulehnen. Benutzt werden bestehende Tatsachen, die mit Verdrehungen und Unwahrheiten verknüpft zu Totschlagargumenten hinfrisirt werden. Jegliche Gegenargumentation wird unmöglich, bleibt zwecklos. Ein interfamiliärer Klassenkampf brennt sich in die ganze Welt, unversöhnlich stehen sich die Generationen gegenüber: wütend, kampfbereit die Jungen, zunehmend hilflos die Alten. Die letzte Schlacht hat begonnen.

Doch der Reihe

nach. Allerlei Kampfparten wurden unserer westlichen Zivilisation in den letzten Jahrzehnten zugemutet, um das Miteinander der Gesellschaft nachhaltig zu zerstören: Unversöhnlichkeit zwischen Mann und Frau, hauptsächlich ausgelöst durch den seit den 60er Jahren politisch-medial forcierten Feminismus, der ganz pauschal Frauen fördert und noch pauschaler Männer benachteiligt. Ebenso trägt die frühe Trennung der Mütter von ihren kleinen Kindern durch das mantrahafte Herbeibeten vermeintlicher Karrieren seit etwa einem halben Jahrhundert zu einer fortschreitenden Bindungslosigkeit bei: Kleinkinder werden viel zu jung aus den Familien gerissen, werden von fremden Leuten in überfüllten Betreuungsanstalten „erzogen“, anstatt daheim die notwendige Erfüllung ihrer natürlichen Bedürfnisse zu finden. Doch der ist längst nicht alles, obwohl doch schon fatal genug, denn alleine

Frei gedacht



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

durch diese politisch motivierten Kampagnen wurde die kleinste und gleichzeitig wichtigste Zelle, die unsere Gesellschaft bis vor Kurzem noch zusammenhielt, bereits im Kern gebrochen.

Doch schauen wir weiter, denn seit Kurzem geht es richtig zur Sache: Man greift sich jetzt die ohnehin oft schon bindungsgestörten jungen Menschen, um sie gänzlich abzuschneiden von allem herkömmlich „Normalen“. Da ist Gender Mainstreaming, ein inzwischen weltweit fast überall im Gesetz verankertes Programm. Nach diesem Dogma ist jeder Mensch bei der Geburt geschlechtsneutral, er soll und kann jederzeit sein Gender (moderner Begriff für Geschlecht) wechseln. Was wie ein Albtraum klingt, ist längst überall Realität. Auch die Kinder werden in diese Ideologie hineingezogen, an den Schulen und Universitäten ist Gender Mainstream inzwischen fast überall ein selbstverständlicher Bestandteil des Lehrplans.

Neben dieser Vernichtung des notwendigen Bewusstseins über das männliche und weibliche Prinzip gelingt es mehr und mehr, dem Miteinander im Rahmen der Naturgesetze einen Strich durch die Rechnung zu machen: Jeder kann jetzt einem sogenannten Dritten Geschlecht angehören, wenn er es so wünscht. Zum jetzigen Zeitpunkt bietet die internationale Liste

Es wird ein Krieg der Generationen werden

Von EVA HERMAN

der hochbezahlten Genderprofessoren mehr als 70 Optionen für den modernen Menschen, darunter Lebensformen wie Drag, Zwitter, Hermaphrodit, Butch oder transmaskulin.

Als würden aber diese Maßnahmen nicht schon ausreichen, um unsere Welt zu einem Ort der Verirrung und Verwirrung zu machen, treten nun plötzlich Jugendliche auf den Plan, die dem Establishment gehörig einheizen. Wir wollen Greta Thunberg herausgreifen, inzwischen weltberühmt und mit immensen Einflussmöglichkeiten auf junge Menschen ausgestattet.

Es ist mir wichtig, Folgendes hier klarzustellen: Jawohl, jeder Mensch muss sich umweltfreundlich verhalten. Das ist angesichts der aktuellen Lage auf unserer Erde dringendes Gebot. Das heißt: Unsinnige Transporte ab sofort vermeiden, so wenig Plastik wie möglich nutzen, keinen Abfall ungetrennt entsorgen, nichts in die Natur schmeißen. Und so vieles mehr, was wir als aufgeklärte Bürger eigentlich alles wissen. Ich bin absolut überzeugt davon, dass menschliches Eingreifen in der zurückliegenden Zeit unsere Erde ruiniert hat. Wer alleine an die kilometerbreiten Plastikseen in den Weltmeeren denkt, muss völlig verzweifeln. Die Zerstörung unseres Planeten jedoch währt nicht erst seit gestern, sondern seit Jahrhunderten. Nehmen wir nur die Kolonialisierung der ganzen Welt durch imperialistisch geprägte, machthungrige Europäer, die fremde Kontinente

christianisierten und diese sich unterwarfen. Das Ziel war meist die Ausbeutung der Rohstoffe und Ressourcen, die die Natur zur Verfügung stellte. Das ist bis heute so geblieben.

Durch die Umverteilung von fleißig nach reich, durch gewissenlose Machenschaften einflussreicher Kapitalsammelbecken, natürlich auch durch die fehlende Verbindung des einzelnen Menschen zu Natur und Umwelt, durch mangelnde Demut vor dem Schöpfer, stehen wir heute vor einem riesigen Schutthaufen. Doch anstatt endlich gemeinsam wirksame Maßnahmen zu ergreifen, werden nun die Generationen gegeneinander aufgehetzt. Vielleicht ist es ja auch einfach die letzte

Maßnahme, um dieser eingebildeten Menschheit endlich den entscheidenden Schlag zu versetzen, damit sie vielleicht noch in die Gänge kommt. Greta Thunberg, die schwedische „Klimaaktivistin“, die vor einem Jahr plötzlich auf der Weltbühne erschien, wird ihre Wirkung nicht verfehlen, dafür sorgen schon die einflussreichen Leute hinter ihr. Dass diese Aktion ein cleveres Programm ist, bleibt auch dem ungeübten Auge nicht verborgen. Es bringt auf jeden Fall Bewegung, und die ist besser als Stillstand.

Greta, die es selbst bestimmt ehrlich meint, vermischt jedoch ohne Not die un-

strittige globale Umweltkrise mit der politisch dogmatisierten „Klimakatastrophe“, die angeblich von Menschen gemacht sein soll, obwohl seriöse Wissenschaftler längst von einer natürlichen Klimaveränderung sprechen, wie es sie schon seit Jahrmillionen gibt: Wechsel von Eiszeiten und Hitzeperioden. Unter dem Segel einer erfolgreichen skandinavischen Familie liest das ernste Kind der ganzen Welt eindrucksvoll die Leviten: Ihr seid Schuld! Wir lassen uns eure Ausreden nicht mehr gefallen! Ihr habt versagt! Und Ihr sollt Angst kriegen, ja, wir werden jetzt ungemütlich!

Greta hat Millionen Nachahmer: Weltweit schwänzen die Kinder seit Neuestem freitags die Schule: Fridays for Future! Ein Slogan von globaler Bedeutung! Und alle Regierungschefs lassen es geschehen. Niemand greift ein: Die Kinder retten jetzt nämlich unseren Planeten. Und erst die Vertreter des Systems stehen stramm: Promis, Politiker, Vertreter von Presse und TV. Als hätten sie schon immer auf Gretas Zorn gewartet. Die Medienmaschine brummt, der Klimazug nimmt an Fahrt auf. So diskutieren sich die Promis jetzt aufgeschlossen und lobend durch die

Talkshows, zu denen sie mit dem Flieger kommen oder in fetten Limousinen hergefahren werden: Sie geben sich ganz offen – und lassen sich durch die Manege

führen. Gebt den Kindern das Kommando: Sie werden immer selbstbewusster, immer wütender auf die Alten, die alles kaputtgemacht haben. Nein, die Krise soll und wird nicht mehr friedlich geregelt werden, es wird ein Krieg werden, ein Krieg zwischen den Generationen. Der schon lange vorbereitet wurde. Es wird interessant werden, wer den Alten noch die Rente bezahlen will.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Mozart auf der Reise nach Berlin

Hoffen auf Aufträge – Zwei Jahre vor seinem Tod besuchte Mozart den Preußenkönig Friedrich Wilhelm II.

Vom Dichter Eduard Mörike stammt die Erzählung „Mozart auf der Reise nach Prag“. Dabei ist auch Mozarts Reise nach Berlin und Potsdam vor 230 Jahren eine eigene Erzählung wert. Am Morgen des 8. April 1789 fuhr er von Wien aus über Prag, Dresden und Leipzig nach Berlin, wo er Friedrich Wilhelm II. treffen wollte. Den traf er aber erst in Sanssouci an. In Potsdam erinnert ein Haus am Bassinplatz 10 daran, dass Mozart dort gewohnt haben soll.

„... und ich muß hier auf eigene Kosten zehren“, schrieb Mozart im Frühjahr 1789 aus der Stadt in Brandenburg an seine Frau Constanze. Joannes Chrysostomus Wolfgangus Theophilus (lat. Amadeus) Mozart hatte sich zwei Jahre vor seinem Tod auf eine Reise in den Norden begeben. Er fuhr mit seinem Freund und Schüler, dem Fürsten Karl Lichnowsky. Dieser musste sowieso nach Berlin und bat seinen Lehrer, ihn zu begleiten.

Dem ewig von Geldsorgen gebeutelten Komponisten war längst bekannt, dass Preußens König ein Musikliebhaber war, ja selbst ein guter Cello-Spieler. Auch wusste Mozart, dass Friedrich Wilhelm II., der Nachfolger Friedrichs des Großen, sich des Öfteren lobend über den „Compositeur“ aus der Kaiserstadt geäußert hatte. Zudem saß dem jetzigen König auf Preußens Thron der Geldbeutel recht locker, zumindest im Hinblick auf begabte Musiker.

Nach beschwerlicher Fahrt waren die Reisenden im April 1789 in Berlin eingetroffen. Da „Königs“ nicht zu Hause weilten, sondern sich in ihren Schlössern in Potsdam tummelten, setzte sich



die Kutsche unverzüglich in diese Richtung in Bewegung. Mozart, der „sich beym Einpaßieren für einen Capell-Meister aus Wien angegeben hat“, wurde dem Herrscher vorgestellt, natürlich erst nach einem Tag des Wartens. Er durfte vorspielen. Was Seine Majestät dazu zu sagen geruhen, ist nicht überliefert.

Fest steht, dass Mozart beauftragt wurde, für die Prinzessin Friederike von Preußen sechs leichtere Klaviersonaten zu komponieren. Warum von diesen Sonaten später nur eine entstanden ist, seine letzte Klaviersonate

im Juli 1789 in D-Dur, Köchelverzeichnis 576, ist nicht ganz klar. Ungewiss ist ebenfalls, ob der gebürtige Salzburger auch hier eine „Ironie des Überlegenen“ zeigt, wie es Wolfgang Hildesheimer in seiner Mozart-Biografie zum Ausdruck bringt. Nach Meinung des Schriftstellers und Biografen vergaß das Genie bei seinen Kompositionen nämlich sehr häufig den Zweck und den Empfänger. So wäre bei der geforderten, aber keineswegs leichten Klaviersonate die preußische Prinzessin wohl daran gescheitert, die Sechzehntel-Läufe des Allegretto

mit der linken Hand so zu spielen, wie sie zu spielen seien. Selbstbewusst behauptet die Tafel über der Eingangstür am Bassinplatz 10 in Potsdam, dass Mozart dort gewohnt habe. Aber, hat er wirklich dort seine Unterkunft gehabt? Hat er die Klinken, die durchaus noch aus der Zeit der Französischen Revolution stammen könnte, tatsächlich mehrmals heruntergedrückt, um hinein- und hinauszugehen? Beim angegebenen Wohnort des großen Komponisten soll es sich um einen historischen Irrtum handeln. Andere wiederum behaupten, dass die Informationen über Mozarts Logis sicher seien. Er habe bei einem Bekannten aus Pariser Tagen, dem Waldhornisten Karl Türschmidt, im Holländischen Viertel am Bassinplatz gewohnt und als geringsehener Gast in den Häusern namhafter Künstler verkehrte. Aber wo? Am



„Hier wohnte Mozart“: Haus am Bassinplatz in Potsdam (l.). Oben: Mozart in den 1780ern

mit der linken Hand so zu spielen, wie sie zu spielen seien.

Selbstbewusst behauptet die Tafel über der Eingangstür am Bassinplatz 10 in Potsdam, dass Mozart dort gewohnt habe. Aber, hat er wirklich dort seine Unterkunft gehabt? Hat er die Klinken, die durchaus noch aus der Zeit der Französischen Revolution stammen könnte, tatsächlich mehrmals heruntergedrückt, um hinein- und hinauszugehen?

Beim angegebenen Wohnort des großen Komponisten soll es sich um einen historischen Irrtum handeln. Andere wiederum behaupten, dass die Informationen über Mozarts Logis sicher seien. Er habe bei einem Bekannten aus Pariser Tagen, dem Waldhornisten Karl Türschmidt, im Holländischen Viertel am Bassinplatz gewohnt und als geringsehener Gast in den Häusern namhafter Künstler verkehrte. Aber wo? Am

Bassinplatz? Und wenn ja, war es dort das Haus Nummer 10? Wir werden es möglicherweise nie erfahren.

Sicher ist, dass Mozarts Hoffnungen finanzieller Art sich nicht erfüllten. Anfang Mai des Jahres befand er sich wieder in Leipzig und gab ein Konzert im Gewandhaus. Am 19. Mai kehrte er allein nach Berlin zurück. An diesem Tag wurde im Nationaltheater am Gendarmenmarkt sein Singspiel „Die Entführung aus dem Serail“ aufgeführt. Unerkannt schlich sich Mozart in die Vorstellung. Der ebenfalls anwesende Dichter Johann Ludwig Tieck erblickte einen ihm unbekanntem kleinen Mann: „rasch, beweglich und blöden Auges, eine unansehnliche Figur im grauen Überrock“. Nach einer Zeit des Zuhörens ließ diese optisch so unattraktive Erscheinung es sich nicht nehmen, die Streicher des Orchesters lautstark anzublaffen: „Verflucht! Wolt's Ihr D greifen!“ Nun erkannt, holte man ihn auf die Bühne.

Am 26. Mai durfte das Genie, das wegen seiner überdimensionierten Nase von einer damaligen Zeitung einmal als „enorm benasteter Mozart“ bezeichnet wurde, noch ein Konzert bei Hofe geben. Doch damit endete sein Berlin-Potsdamer Intermezzo.

Akribisch festgehalten hat er Anzahl und Daten der abgesandten Briefe an sein „theuerstes Weibchen“: am 28. April und 5. Mai von Potsdam; 19., 20., 22., und 23. Mai von Berlin. Sind die Potsdamer Briefe am Bassinplatz 10 geschrieben worden? Eine gewisse Ehrfurcht bleibt, wenn man vor dem Gebäude steht und der Phantasie freien Lauf lässt: „Hier wohnte Mozart im Frühjahr 1789.“
Silvia Friedrich

MELDUNGEN

David Garrett geht auf Tournee

Berlin – Star-Geiger David Garrett tourt im Mai mit der Neuen Philharmonie Frankfurt durch Deutschland. Garrett ist bekannt dafür, radikal und ohne Kompromisse vermeintliche Genre Grenzen zu überschreiten. Seine vorangegangene Welttournee wurde von 400 000 Menschen in 20 Ländern besucht. Zu etlichen neuen Stücken wird es jetzt ein Wiederhören mit seinen Hits der letzten zehn Jahre geben, darunter „Smooth Criminal“, „Nothing Else Matters“, „He's a Pirate“, „Viva la Vida“ und „Thunderstruck“. Einige seiner besten Stücke wurden neu arrangiert, außerdem wird es manches „unplugged“ geben. Termine: Chemnitz (4.5.), Erfurt (5.5.), Berlin (7.5.), Dortmund (10.5.), Oberhausen (11.5.), Köln (12.5.), Stuttgart (15.5.), Hannover (17.5.), Braunschweig (18.5.), Leipzig (19.5.), Bremen (21.5.), Schwerin (22.5.), Kiel (24.5.), Hamburg (25.5.), Mannheim (27.5.), Frankfurt (28.5.), München (29.5.) und Wien (31.5.).
A.G.

1001-Nacht, Grimm und Co.

Berlin – Vom 18. April bis 18. August erkundet das neue Museum auf der Berliner Museumsinsel mit „Cinderella, Sindbad & Sinuhe. Arabisch-deutsche Erzähltraditionen“ die wechselseitigen Einflüsse von Märchen und Geschichten von Aladdin bis Aschenputtel. Die Bandbreite der dreisprachigen Schau (Deutsch/Englisch/Arabisch) reicht von altägyptischen Papyri bis modernen Comics.
tws

Müllers Lust

Schaulaufen mit dem Ex – Eine Kulturgeschichte des Wanderns

Als „typisch deutsch“ beurteilt Claudia Selheim das Wandern. Sie kuratiert im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg die erste kulturhistorische Schau über die von 40 Millionen Deutschen geteilte Wanderleidenschaft. Von der erzählen rund 400 Kunstwerke, Wanderbücher und -karten, Wegweiser, Filmausschnitte und Gesangsdarstellungen aus den vergangenen 200 Jahren.

Wandern stärkt Körper und Seele, vermittelt Naturerlebnisse und führt zu Sehenswürdigkeiten. Aber: „Wandern ist immer auch Geschäft“, wie Selheim angesichts von touristischen Werbeplakaten und kostspieliger Wanderausstattung anmerkt. Mit dem Wandertourismus sind 144 000 Arbeitsplätze verbunden. Auf ihren Touren geben die Wanderer pro Jahr 7,5 Milliarden Euro aus und wenden obendrein für ihre Ausrüstung 3,7 Milliarden Euro auf. Anderes ist unbezahlbar: Wegzeichen und Ruhebänke weisen auf den großen ehrenamtlichen Einsatz des 600 000 Mitglieder zählenden Deutschen Wanderverbandes bei der Erschließung der Landschaft durch ein 200 000 Kilometer langes Netz von Wanderwegen hin.

Wiederholt treffen wir auf Ausrüstungsgegenstände prominenter Wanderfreunde. Da stehen zum Beispiel die Wanderschuhe des Bundespräsidenten Karl Carstens, der zwischen 1979 und 1981 an 60 Tagen in Begleitung der Mitglieder örtlicher Wandervereine Deutschland von der Ostsee bis zu den Alpen durchquerte

– und sich damit große Popularität erwarb.

Das „Schaulaufen“ hat eine lange Tradition. Eine Druckgrafik zeigt die Wanderung der preußischen Königsfamilie am 15. Juni 1830 auf die Schneekoppe im Riesengebirge. Das war ein öffentliches Ereignis. Tausende von Schaulustigen hatten sich vor Schloss Fischbach versammelt, um den Aufbruch der hohen Herrschaften zu beobachten.



Echte Stinkstiefel nach 60 Tagen Wanderschaft: Die Wanderschuhe von Karl Carstens

Bild: Thiede

Der kulturhistorische Rückblick setzt der Deutschen Wanderlust mit Heimatverbundenheit und Vaterlandsiebe in Beziehung, die in schlimmen Fällen in groben Nationalismus ausarteten. Tiefpunkt des auf ideologische Abwege geratenen Wanderns war die Zeit des Nationalsozialismus. Die Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ warb 1936 mit einem Foto Adolf Hitlers für Wanderreisen. Bildunterschrift: „Auch der Führer wandert.“ Daniel Hess, der künftige Generaldirektor des Ger-

manischen Nationalmuseums, kommentiert: „Es graust einen zuweilen, in welche Abgründe man blickt.“

Zu den Höhepunkten der Ausstellung zählen künstlerische Beiträge. Caspar David Friedrichs Aquarell „Feldstein bei Rathen“ (1828) hält ein Stück unberührter Natur in der Sächsischen Schweiz fest. Stolz ragt in der Ferne die zerklüftete Felsformation gen Himmel. Später erhielt der 50

Meter hohe „Feldstein“ den Namen „Jungferstein“, weil es unmöglich schien, ihn zu erklettern. Heute heißt die 1874 erstmals bestiegene Formation „Tälwächter“ und ist einer der beliebtesten Kletterfelsen im Elbsandsteingebirge. Veit-Mario Thiede

Bis 28. April im Germanischen Nationalmuseum, Kartäusergasse 1, Nürnberg, geöffnet von Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 21 Uhr, Eintritt: 8 Euro: www.gnm.de

Liebe im Doppelpack

Nach fünf Jahren erscheinen neue Lieder von Annett Louisan

Entweder mag man ihre Stimme, oder man mag sie nicht. Die nicht nur wegen ihrer Größe kindlich anmutende Pop- und Chansonsängerin Annett Louisan zeigt sich in ihrem Doppelalbum von einer erwachsenen Seite. Die Liedtexte muten sogar autobiografisch an.

Die aus Havelberg in Sachsen-Anhalt stammende Sängerin verarbeitet die kleine und die große Liebe in ihrem neuen Doppel-

Textbuch mit den jeweiligen Liedtexten. So kann man die hitverdächtigen Melodien wie das titelgebende „kleine große liebe“ auf der schwarz-weißen oder „bel-mondo“ auf der bunten Seite direkt mitsingen.

Sie selbst spricht davon, sich nicht weiterhin in ihrer gelernten Rolle gefallen zu wollen, sondern etwas Neues zu wagen: „Weniger mit Charakteren und Figuren kokettieren, weniger die Grauzo-

Geheimtipp unter vielen Chanson-Freunden.

Louisan hatte schon immer, wie sie selbst sagt, „eine sehr spezielle Stimme und eine saubere Artikulation“, mit der sie sich einen festen Namen auf der deutschsprachigen Musikbühne verschaffte. Ihrer musikalischen Mischung aus Pop und Chansons blieb sie treu, auch wenn in den fünf folgenden Alben eher die Popmusik dominierte, für die die Künstlerin nicht nur mehrere Echo-Preise und Goldene Stimmgabeln, sondern auch viele weitere Auszeichnungen erhielt. Mit ihren Liedern landete sie immer wieder in den deutschen Charts, doch zum internationalen Durchbruch hat es noch nicht gereicht. Vielleicht gelingt es ihr mit ihrem neuen Doppelalbum, das fünf Jahre nach ihrer CD „Zu viel Information“ erschienen ist.

Das lange Warten hat sich gelohnt und wird mit mehr als 30 Konzerten in diesem Sommer und Herbst belohnt. Ein besonderer Höhepunkt wird dabei das Konzert am 8. September in ihrer Wahlheimat Hamburg sein, für das die Elbphilharmonie gebucht ist.

Die Sommer-Freiluftkonzerte mit Louisan finden statt in Weibelfels (19.7.), Rathenow (20.7.), im österreichischen Latschach (25.7.), Zwickau (27.7.), Bad Hersfeld (29.7.), Friedrichshafen (30.7.), Calw-Hirsau (31.7.) und in Bad Elster (2.8.). Karten gibt es bei den bekannten Vorverkaufsstellen.

Christiane Rinser-Schrut

Internet: www.annettlouisan.de



Geheimtipp unter Chansons-Freunden: Annett Louisan

album „kleine große liebe“, das in einer Doppelkartontasche jetzt im Handel erschienen ist. Die eine CD erhielt den Titel „kleine liebe“, die andere „große liebe“.

Die beiden CDs unterscheiden sich nicht nur optisch, sondern auch musikalisch. Während Louisans „kleine liebe“ in Schwarz-Weiß daher kommt und eher die Chansonette hervorhebt, lebt die 42-Jährige in „große liebe“ nicht nur Farbe, sondern auch ihre Herkunft aus der Popmusik her. Beide Alben enthalten ein eigenes

nen zwischen ‚ich‘ und der jeweiligen ‚Rolle‘ ausleuchten, aber dafür mehr Wahrheit, mehr Wahrfähigkeit wagen.“

Mit 27 Jahren und ihrer Auskopplung „Das Spiel“ ihres ersten Albums „Bohème“ landete Annett Louisan sogleich auf Platz fünf der Deutschen Charts. Vor allem durch ihr Kokettieren mit ihrem kindlich anmutenden Äußeren, gepaart mit einem Schlafzimmersblick, wenn sie singt „Weil du's mit mir tust ... Ich will doch nur Spielen“, wurde die Sängerin zum

Ein »zutiefst beschämendes Ereignis«

Beim Massaker von Amritsar erschossen britische Truppen vor 100 Jahren wehrlose Männer, Frauen und Kinder

Während die Bundesrepublik über eine Entschuldigung hinaus sogar bereit ist, wegen der Niederschlagung von gewaltsamen Aufständen in ehemaligen deutschen Kolonien Entschädigungen zu zahlen, hat Großbritannien sich noch nicht einmal für das Massaker von Amritsar entschuldigt, dessen Opfer wehrlose Zivilisten waren.

Anfang April 1919 herrschte in der Provinz Punjab im Nordwesten der Kolonie Britisch-Indien eine höchst explosive Situation. Verantwortlich hierfür war zum Ersten der im Vormonat in Kraft getretene Rowlatt Act. Dieses Gesetz erlaubte es den Briten, jede des „Terrorismus“ verdächtige Person auf indischem Boden ohne Gerichtsverfahren zu inhaftieren. Was dann im Falle von Saifuddin Kitchlew und Satya Pal auch geschah. Die beiden Anführer der Nationalbewegung im Punjab beziehungsweise der Stadt Amritsar, dem spirituellen Zentrum der Religionsgemeinschaft der Sikhs, verschwanden am 10. April hinter Gittern, was zu großen Protestdemonstrationen und Massenstreiks führte.

Zum Zweiten drohte ein Einmarsch von Truppen aus dem westlich angrenzenden unabhängigen Emirats Afghanistan, der dann tatsächlich auch am 6. Mai 1919 begann.

Und zum Dritten kam es immer wieder zu Anschlägen auf Behörden, Banken, Bahnhöfen und Telegrafstationen. Hierbei gab es auch Verletzte und Tote unter britischen Zivilisten und Soldaten. Daher befürchteten viele Militärs, dass ein ähnlich großer Aufstand wie 1857 bevorstehe, in dessen Verlauf rund 6000 Europäer getötet worden waren.

Vor diesem Hintergrund verhängte der britische Vizegouverneur des Punjab, Michael O'Dwyer, am Morgen des 13. April 1919 das Kriegsrecht über die Un-

ruheprovinz und beauftragte Brigadegeneral Reginald Dyer, im besonders rebellischen Amritsar für Ruhe und Ordnung zu sorgen: „Es werden keine Provokationen oder Menschaufmäufe erlaubt. Alle Versammlungen sind zu beschließen.“ Nun hatten Anhänger von Kitchlew und Pal aber wenige Stunden zuvor zu einer großen Protestdemonstration im Jallian-

wala-Bagh-Park aufgerufen, die um 16.30 Uhr beginnen sollte. Das wurde Dyer auch alsbald durch seine Spitzel im Volke zugetragen. Daraufhin beschloss er, ein Exempel zu statuieren.



Im Land der Opfer unvergessen: Junge Inder in Amritsar vor einer Darstellung des auf britischen Befehl angerichteten Massakers, bei dem es nach offiziellen Angaben 379 Tote gab, in Wirklichkeit aber wohl eher mindestens 1000

Bild: Imago

währenddessen strömten mehrere tausend Sikhs, Muslime und Hindus in die Gartenanlage, die rund 200 mal 200 Meter groß und von sechs Meter hohen Mauern mit einigen relativ schmalen Ein-

wala-Bagh-Park aufgerufen, die um 16.30 Uhr beginnen sollte. Das wurde Dyer auch alsbald durch seine Spitzel im Volke zugetragen. Daraufhin beschloss er, ein Exempel zu statuieren.

Dyer entsandte ein Flugzeug, um die Lage im Jallianwala Bagh zu sondieren und setzte dann ein

kleines Truppenkontingent in Marsch. Dieses bestand aus 90 Angehörigen der 8. Jalandhar-Brigade, sämtlich Inder oder Nepalesen, die in der britischen Kolonialarmee dienten. Dazu kamen zwei Lastwagen mit aufmontierten Maschinengewehren, die jedoch nicht durch die Tore des Parks passten, so eng waren diese. Nachdem Dyer den Hauptzugang hatte blockieren lassen, erteilte er gegen 17.30 Uhr

den Befehl, ohne vorherige Warnung in die Menge zu feuern, wo sie am dichtesten war. Anschließend gaben seine Untergebenen innerhalb von zehn Minuten 1650 Schüsse ab – bis ihre Munition komplett verbraucht war.

Nach offiziellen Angaben wurden bei der Aktion 379 Menschen getötet und 1500 verletzt, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, ei-

nes davon nur sieben Monate alt. Tatsächlich kamen aber wohl eher 1000 oder noch mehr Inder ums Leben. Viele wurden auch in der einsetzenden Massenpanik zertrampelt oder starben an ihren Verletzungen, weil sie wegen der nachfolgend verhängten Ausgangssperre nicht medizinisch behandelt werden konnten.

Im Anschluss an das Massaker behauptete Dyer gegenüber sei-

nes davon nur sieben Monate alt. Tatsächlich kamen aber wohl eher 1000 oder noch mehr Inder ums Leben. Viele wurden auch in der einsetzenden Massenpanik zertrampelt oder starben an ihren Verletzungen, weil sie wegen der nachfolgend verhängten Ausgangssperre nicht medizinisch behandelt werden konnten.

Im Anschluss an das Massaker behauptete Dyer gegenüber sei-

nes davon nur sieben Monate alt. Tatsächlich kamen aber wohl eher 1000 oder noch mehr Inder ums Leben. Viele wurden auch in der einsetzenden Massenpanik zertrampelt oder starben an ihren Verletzungen, weil sie wegen der nachfolgend verhängten Ausgangssperre nicht medizinisch behandelt werden konnten.

Im Anschluss an das Massaker behauptete Dyer gegenüber sei-

nes davon nur sieben Monate alt. Tatsächlich kamen aber wohl eher 1000 oder noch mehr Inder ums Leben. Viele wurden auch in der einsetzenden Massenpanik zertrampelt oder starben an ihren Verletzungen, weil sie wegen der nachfolgend verhängten Ausgangssperre nicht medizinisch behandelt werden konnten.

Im Anschluss an das Massaker behauptete Dyer gegenüber sei-

nes davon nur sieben Monate alt. Tatsächlich kamen aber wohl eher 1000 oder noch mehr Inder ums Leben. Viele wurden auch in der einsetzenden Massenpanik zertrampelt oder starben an ihren Verletzungen, weil sie wegen der nachfolgend verhängten Ausgangssperre nicht medizinisch behandelt werden konnten.

Im Anschluss an das Massaker behauptete Dyer gegenüber sei-

nes davon nur sieben Monate alt. Tatsächlich kamen aber wohl eher 1000 oder noch mehr Inder ums Leben. Viele wurden auch in der einsetzenden Massenpanik zertrampelt oder starben an ihren Verletzungen, weil sie wegen der nachfolgend verhängten Ausgangssperre nicht medizinisch behandelt werden konnten.

Im Anschluss an das Massaker behauptete Dyer gegenüber sei-

nes davon nur sieben Monate alt. Tatsächlich kamen aber wohl eher 1000 oder noch mehr Inder ums Leben. Viele wurden auch in der einsetzenden Massenpanik zertrampelt oder starben an ihren Verletzungen, weil sie wegen der nachfolgend verhängten Ausgangssperre nicht medizinisch behandelt werden konnten.

Im Anschluss an das Massaker behauptete Dyer gegenüber sei-

nes davon nur sieben Monate alt. Tatsächlich kamen aber wohl eher 1000 oder noch mehr Inder ums Leben. Viele wurden auch in der einsetzenden Massenpanik zertrampelt oder starben an ihren Verletzungen, weil sie wegen der nachfolgend verhängten Ausgangssperre nicht medizinisch behandelt werden konnten.

Im Anschluss an das Massaker behauptete Dyer gegenüber sei-

nes davon nur sieben Monate alt. Tatsächlich kamen aber wohl eher 1000 oder noch mehr Inder ums Leben. Viele wurden auch in der einsetzenden Massenpanik zertrampelt oder starben an ihren Verletzungen, weil sie wegen der nachfolgend verhängten Ausgangssperre nicht medizinisch behandelt werden konnten.

spött der indischen Massen geworden.

Das brutale Gemetzel von Amritsar beflügelte die Unabhängigkeitsbewegung nicht nur im Punjab, sondern in der gesamten Kolonie und verschaffte Mohandas Karamchand Gandhis späteren Aktionen des zivilen Ungehorsams enormen Zulauf. Insofern leitete es den Anfang vom Ende der britischen Herrschaft in Indien ein.

O'Dwyer wurde gut zwei Jahrzehnte nach dem Massaker, am 13. März 1940, von den Ereignissen eingeholt. An jenem Tag gab der Sikh Uddham Singh, ein Augenzeuge des Massakers, während einer Zusammenkunft der Ostindischen und Zentralasiatischen Gesellschaft in der Londoner Caxton Hall zwei Herzschnüsse auf den Mann ab, den er als den eigentlichen Drahtzieher des Massenmordes bezeichnete. Singh, der für seine Tat zum Tode verurteilt und am 31. Juli 1940 im Pentonville-Gefängnis gehängt wurde, gilt heute als Nationalheld Indiens und „König der Märtyrer“.

Zu einer Entschuldigung für das Massaker hat sich das einstige Mutterland Indiens bis heute nicht durchgerungen. Zwar legte Königin Elizabeth II. am 14. Oktober 1997 einen Kranz am Mahnmahl im Jallianwala Bagh nieder, äußerte dabei aber lediglich, dass sie damit „einer schwierigen Episode“ in der britischen Geschichte gedenken wolle. Und Premierminister David Cameron ging bei seinem Staatsbesuch im Februar 2013 auch nur so weit, von einem „zutiefst beschämenden Ereignis“ zu sprechen. Aber vielleicht führt die gegenwärtig stattfindende Debatte im Londoner House of Lords über das Massaker von Amritsar ja nun, 100 Jahre nach dem Verbrechen, schließlich doch noch zu einer Entschuldigung.

Wolfgang Kaufmann

Gefolgsmann des Führers bis in den Tod

In der Partei war Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß »der Puritaner«

Warum machte Adolf Hitler ausgerechnet Rudolf Heß zu seinem Stellvertreter? Einen Mann, der in der öffentlichen Wahrnehmung blass und ungeschickt wirkte? Möglicherweise gerade wegen dieser Eigenschaften! Der vor 125 Jahren, am 26. April 1894, in Alexandria Geborene erwies sich als bedingungsloser Gefolgsmann Hitlers bis in den Tod.

Die erste Begegnung mit Hitler hatte Heß 1920 während einer Versammlung der NSDAP-Vorläuferorganisation Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Voller Bitterkeit über den verlorenen Krieg, in den er als Freiwilliger gezogen war, studierte er mittellos in München. Dort schloss er sich nationalgesinnten Kreisen an, beteiligte sich im Freikorps des Franz Ritter von Epp an der Niederschlagung der Räterepublik (siehe PAZ Nr. 14 vom 5. April) und lernte Ernst Röhm wie Heinrich Himmler kennen. Und eben auch Adolf Hitler. Von dem war Heß vom ersten Augenblick an fasziniert. Wenig später trat er der Partei bei und gründete den „1. Münchner NS-Studentensturm“.

Heß' früh erkennbare Ergebnis gegenüber Hitler wurde vielfach aus seiner Kindheit gedeutet. Er habe in Hitler eine väterliche Ersatzfigur gesehen. Sein Verhältnis zu seinem dominanten Vater soll problematisch gewesen sein. Der Vater leitete Importunternehmen. Vom Sohn wurde erwartet,

dass er in das Geschäft einsteigen werde. Dem entzog sich dieser, als er sich als Kriegsfreiwilliger meldete.

Seine Bewunderung für Hitler wurde deutlich, als Heß für ein Preisausschreiben 1921 beschrieb, wie ein Mann beschaffen sein müsse, der Deutschland wieder in die Höhe führe. Er schilderte einen Diktator voller Selbstlosigkeit und Leidenschaft – und gewann den ersten Preis.

Doch trotz dieser geistigen Nähe war Heß beim Sturm auf die Feldherrnhalle 1923 nicht mit dabei. Dennoch wurde er per Steckbrief gesucht. Verurteilt zu 18 Monaten Festungshaft in Landsberg, begegnete er dort Hitler wieder. Dessen Buch „Mein Kampf“ wurde zum gemeinsamen Projekt. Hitler las aus dem Manuskript vor, Heß redigierte den Text und tippte ihn ab. Auf den Inhalt nahm er keinen Einfluss.

Bei solcher gemeinsamen Arbeit kam man sich noch näher. Nach der Haftentlassung gab Heß das Studium auf und stellte sich als Sekretär ganz in den Dienst Hitlers. Dabei baute er den Vorläufer der späteren Parteikanzlei auf.

Heß arbeitete weitgehend von der Öffentlichkeit unbemerkt. Das änderte sich, als er 1932 nach dem Sturz des Reichsorganisationsleiters Georg Strasser den Vorsitz der politischen Zentralkommission der NSDAP übernahm. Damit war er in der Parteihierarchie der mächtigste Mann nach Hitler. Im

April 1933 ernannte Hitler Heß zu seinem Stellvertreter in der NSDAP. Als solcher nahm er an den Sitzungen des Kabinetts teil, dem er schließlich als Reichsminister ohne Geschäftsbereich angehörte. Sein Einfluss blieb gering, in

der Partei galt er als „der Puritaner“, der wiederholt „protzenhaftes, überhebliches und undiszipliniertes Auftreten“ beklagte. In seiner Begeisterung für Hitler formulierte er: „Unser aller Nationalsozialismus ist verankert in kritikloser

Gefolgenschaft, in der Hingabe an den Führer ...“

Das Tagesgeschäft überließ Heß seinem ehrgeizigen Mitarbeiter Martin Bormann, Chef des Stabes des Stellvertreters des Führers. Bormann verwaltete Hitlers Ver-

Bild: Bundesarchiv, Bild 183-1987-0313-507 / CC-BY-SA 3.0



mögen, eine Aufgabe, die zuvor Heß wahrgenommen hatte. Er organisierte den Ausbau des Führerdomizils am Obersalzberg. Gleichwohl wuchsen das Amt und mit ihm Heß. 1936 hatte seine Dienststelle 172 Mitarbeiter. Damit war

allerdings auch der Höhepunkt erreicht. Hitler schaltete sich zunehmend in die Außenpolitik ein, Heß wurde weniger gebraucht. Darunter litt er.

Am 10. Mai 1941 trat der stets Dienende aus dem Schatten seines Führers. Er flog mit einer Messerschmitt Bf 110 während eines der schwersten Angriffe auf London nach Schottland, stieg mit dem Fallschirm aus und ließ das Flugzeug abstürzen. Auch bei diesem von langer Hand geplanten Unternehmen wollte er dem Führer dienen. Hitler hatte schon seit längerer Zeit Friedensbotschaften nach London gesandt, die aber ohne Reaktion blieben. Heß wollte mit Douglas Douglas-Hamilton verhandeln. Den 14. Duke of Hamilton und 11. Duke of Brandon kannte er von den Olympischen Spielen in Berlin. Heß war nie zuvor an einem Fallschirm ausgestiegen. Ein Landarbeiter fand ihn mit verstauchtem Knöchel. Die Mission wurde zum Desaster. Die Briten nahmen Heß gefangen, der Herzog erklärte, den Gefangenen niemals zuvor gesehen zu haben. Hitler, durch ein Schreiben informiert, erklärte – verklausuliert – seinen Stellvertreter für geistig umnachtet. Umgehend änderte er die Verfügung von 1939, nach der er für den Fall seines Todes nach Hermann Göring Rudolf Heß zu seinem Nachfolger bestimmt hatte.

Nach London verlegt, konnte Heß nur sagen, was man bereits von Hitler gehört hatte, es blieb bei

Allgemeinplätzen. Daran änderte auch die ständige Überwachung durch den Geheimdienst MI6 nichts.

Erst nach dem Krieg kehrte der Gefangene nach Deutschland zurück. Er wurde in den Nürnberger Prozessen angeklagt und wegen der Planung eines Angriffskrieges und Verschwörung gegen den Weltfrieden zu lebenslanger Haft verurteilt. Die verbüßte er im alliierten Militärgefängnis Berlin-Spandau. Das von den vier Siegermächten gemeinsam betriebene Gefängnis hatte ab 1966 nur noch einen Insassen: Rudolf Heß. Albert Speer und Baldur von Schirach waren entlassen worden. Mehrfach setzten sich Politiker für die Freilassung des ranghöchsten bestraften Nationalsozialisten ein, scheiterten aber am „Njet“ der Sowjets. Ein Wachsoldat fand am 17. August 1987 Rudolf Heß tot. Der 93-jährige hatte sich nach Angaben der Gefängnisleitung mit einem Verlängerungskabel an einem Fensterkreuz erhängt. Es gibt Stimmen, die Zweifel an der offiziellen Todesursache vorbringen.

Vorfahren von Rudolf Heß hatten in Wunsiedel gelebt, dort wollte er begraben sein. Sein Grab wurde zur Kultstätte, an der es regelmäßig zu Gedenkmärschen kam. 24 Jahre nach der Beisetzung kündigte die Kirchengemeinde die Grabstätte. Die verbrannten Überreste wurden auf See beigesetzt. Die Aufzüge aber fanden weiter statt.

Klaus J. Groth

Wie das Memelland wieder deutsch wurde

Vor 80 Jahren gab Litauen das Memelgebiet zurück – Im Hintergrund stand ein massiver litauisch-polnischer Konflikt

Noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, am 22. März 1939, wurde zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Litauen ein Staatsvertrag geschlossen, der die Rückgabe des Memelgebiets an das Reich regelte. Damit wurde eine der ältesten Grenzen Europas nach 20 Jahren Unterbrechung wiederhergestellt.

Der deutsch-litauische Staatsvertrag geht auf eine grundlegende Änderung der Außenpolitik Litauens im März 1938 zurück. Die Gründe dafür waren zum einen der Anschluss Österreichs, der vor aller Welt zeigte, dass das Versailler System zu Ende ging, zum anderen aber – und wichtiger – ein polnisch-litauischer Grenzzwischenfall, bei dem Polen wegen der Erschießung eines polnischen Grenzsoldaten scharfe Maßnahmen gegen Litauen ankündigte. In einer polnischen Protestversammlung in Wilna wurden damals die Worte laut: „Wir wollen nach Memel.“ Die nationalistische Opposition in Polen forderte nicht weniger als einen Marinestützpunkt in den beiden (damals) litauischen Häfen Memel oder Polangen – der Preis wäre die völlige Abhängigkeit des Kleinstaates von Polen gewesen.

Um nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, bereitete die Reichsregierung für den Fall eines polnisch-litauischen Konfliktes die militärische Besetzung des Memellandes vor. Zugleich aber trat sie mit Polen in Verbindung und stützte die polnischen Forderungen an Litauen, die auf den Erhalt des territorialen Status quo zwischen beiden Ländern hinausliefen, während Litauen nicht bereit war, die bestehende Grenze mit Polen anzuerkennen, sondern Ansprüche auf Wilna (litauisch Vilnius) erhob.

Bei der litauischen Regierung hinterließ die Märzkrise des Jahres 1938 den unangenehmen Eindruck, politisch isoliert dazustehen. Die Hoffnung auf Russland erwies sich als trügerisch. Von

England und Frankreich war keine Unterstützung zu erwarten. So musste Litauen dem konzertierten deutsch-polnischen Druck nachgeben. Zwar versuchte Kaunas nolens volens auch eine Verständigung mit Polen, doch dessen Position war hart: Warschau nutzte das Vorfühlen Litauens zu dem Versuch, das kleine Nachbarland in seine Abhängigkeit zu bringen, um dann mit diesem

So erbat der litauische Botschafter in Berlin, Jurgis Šaulys, am 18. März 1938 im Auswärtigen Amt eine Beschwerdeliste hinsichtlich des Memelgebiets. Der eine Woche später von den Deutschen übergebene Katalog umfasste elf Punkte, von der Aufrechterhaltung des Kriegsrechts seit 1926 bis hin zur Verhinderung der gesetzgeberischen Tätigkeit des an sich autonomen Landtags.

Schweigen zu. Artikel 99 des Versailler Vertrages, wonach das Memelland zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte abgetrennt wurde und damit nicht mehr Teil des Deutschen Reichs war, wurde damit faktisch widerrufen.

„Der Deutsche Reichskanzler und der Präsident der Republik Litauen haben sich entschlossen, durch einen Staatsvertrag die

Das Vertragswerk wurde nach Zustimmung des Ministerrats und der litauischen Regierung, vom litauischen Parlament „Seimas“ einstimmig gebilligt. Großbritannien erteilte seine Zustimmung und die drei übrigen Signatarmächte der Memelkonvention fochten es zumindest nicht an. Seine völkerrechtliche Gültigkeit hat der Vertrag bis heute behalten, denn er wurde später nie aufgehoben oder

und der Dankbarkeit, wieder deutsch sein zu dürfen, herrschte vor – obwohl ein großer Teil der Menschenrechtsverletzungen des Dritten Reiches von der Einrichtung der KZ über den Röhmputsch bis zu Euthanasie und Kristallnacht bekannt waren. Der Jubelstimmung folgte der politische Alltag mit seinen Umstellungen und Anpassungen an das nationalsozialistische System. Während die Jugend sich zum größten Teil unkritisch mit den neuen Verhältnissen abfand, wurden viele Ältere bald nachdenklich.

Auch ist anzuführen, dass aufgrund von Denunziation und Neid selbst manche Memelländer, die während der Abtrennungszeit für den Erhalt der deutschen Kultur eingetreten waren und sich für den Anschluss an das Deutsche Reich eingesetzt hatten, nach der Rückgliederung persönliche Nachteile hinnehmen mussten. Das reichte vom Ämterverlust und der Ersetzung durch Personen aus dem Reich bis zu Inhaftierungen. Mit Unterstützung beziehungsweise auf Betreiben von Parteistellen versuchten manche, „offene Rechnungen“ bis hin zum Volksgerichtshof zu begleichen. So fanden 1940 Prozesse gegen Memeldeutsche statt, die angeklagt waren, mit Litauen und Litauern kooperiert, ja paktiert zu haben. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ein halbes Jahr nach der Rückgliederung des Memelgebiets an das Deutsche Reich brachte dann einschneidende Veränderungen in allen Familien wie überall in Deutschland.

Seit der Rückgliederung sind mittlerweile 80 Jahre vergangen, in denen sich das Rad der Geschichte weitergedreht hat. Heutzutage leben im Memelland schätzungsweise nur noch rund 1200 Deutsche beziehungsweise Deutschstämmige. In der seit dem 11. März 1990 unabhängigen Republik Litauen unabhängigen Republik Litauen lebten sie, ebenso wie größere (zugezogene) Volksgruppen, Minderheitenschutz. *Hans-Jörg Froese*



Unterzeichnung des Staatsvertrags im Auswärtigen Amt am 22. März 1939: Litauens Außenminister Juozas Urbšys (links) und sein deutscher Amtskollege Joachim von Ribbentrop

Bild: pa

Ostpreußen zu umfassen. Dahinter standen letztlich alte polnische Vorstellungen, dass das katholische Litauen angesichts der jahrhundertelangen Real- und Personalunion beider Länder eigentlich zu Polen gehöre. Um diesen drohenden Souveränitätsverlust abzuwehren, suchte Kaunas schließlich den Ausgleich mit Deutschland – der Preis waren Zugeständnisse in punkto Memelland.

Die nächsten Monate waren von zunehmender Kooperation beider Seiten gekennzeichnet. Auf eine Anfrage Litauens bei den Signatarmächten der „Konvention über das Memelgebiet“ (kurz: Memelkonvention) bezüglich möglicher Einwände gegen eine Souveränitätsübertragung an Deutschland, erklärten England und Frankreich im März 1939 freie Handlungsmöglichkeit, Italien und Japan stimmten durch

Wiedervereinigung des Memelgebietes mit dem Deutschen Reich zu regeln, hiermit die zwischen Deutschland und Litauen schwebenden Fragen zu bereinigen und so den Weg für eine freundschaftliche Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu eröffnen ...“ So lautet der Beginn und auch die Kernaussage des vor 80 Jahren im Auswärtigen Amt unterzeichneten deutsch-litauischen Staatsvertrages.

geächtet; auch das Zwei-plus-vier-Vertragswerk von 1990 lässt das ganze Thema unerwähnt. Durch Reichsgesetz vom 23. März 1939 wurde das Memelgebiet mit Wirkung vom 22. März 1939 Bestandteil des Deutschen Reiches und „in das Land Preußen und in die Provinz Ostpreußen eingegliedert“. Zwischen der Memel und der wiederhergestellten Staatsgrenze waren Jubel und Begeisterung groß; ein Gefühl der Genugtuung

Watergate machte ihn zur Unperson

Als Außenpolitiker war Richard Nixon derart erfolgreich, dass er seine letzte Präsidentschaftswahl haushoch gewann

Unter den bisherigen US-Präsidenten galt er als besonders skrupelloser Finsterling. In Erinnerung ist Richard Nixon der Nachwelt vor allem wegen der von ihm zu verantwortenden Watergate-Affäre geblieben. Als bislang einziger Präsident der Vereinigten Staaten war er zu einem vorzeitigen Rücktritt gezwungen, um einem gegen ihn eingeleiteten Amtsenthebungsverfahren zuvorzukommen.

Kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs, am 9. Januar 1913, wurde Richard Milhous Nixon im südkalifornischen Yorba Linda in eine deutsch- und englischstämmige Familie hineingeboren, welche der evangelikalen Erweckungsgemeinschaft der Quäker angehörte. Durch die sittenstrenge Erziehung und die ärmlichen Verhältnisse, in denen er aufwuchs, entwickelte der junge Richard schnell ein hohes Maß an Ehrgeiz und Selbstdisziplin. Schulzeit und Jurastudium schloss er mit Bestnoten ab.

Nach verschiedenen beruflichen Stationen in einer Anwaltskanzlei und im Staatsdienst bewarb sich Nixon wenige Monate nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg für den Offiziersdienst in der US-Marine. Dies ist durchaus bemerkenswert, denn er hätte sich sowohl aufgrund seiner Religionszugehörigkeit, als auch wegen sei-

ner Tätigkeit als Verwaltungsbeamter vom Wehrdienst befreien lassen können. Während des Krieges war Nixon vornehmlich mit Logistikaufgaben für die US-amerikanische Pazifikflotte betraut.

1946 verließ er die Marine, um sich ganz seiner politischen Karriere widmen zu können. Noch während seiner Offizierstätigkeit hatte er wichtige Kontakte zu führenden Mitgliedern der republikanischen Partei in Kalifornien geknüpft. Diese nominierte ihn für die Kongresswahlen im November, wo er sich gegen den seit 1937 im Repräsentantenhaus sitzenden Demokraten Jerry Voorhis durchsetzen konnte. Ein Sieg der Republikaner galt eigentlich als unmöglich, da der zwölfte Wahlbezirk seit seinem Bestehen fest in demokratischer Hand gewesen war. Doch mit der gezielten öffentlichen Verdächtigung, sein Gegenkandidat stehe mit kommunistischen Gruppen im Bunde, minimierte Nixon die Chancen des Konkurrenten.

Beflügelt vom Erfolg dieser denunziatorischen Intrige engagierte sich der neugewählte Abgeordnete ab 1947 im Komitee für unamerikanische Umtriebe. Hier machte er Jagd auf vermeintliche Kommunisten und gewann so auf nationaler Ebene rasch an politischer Bedeutung. 1950 ließ sich Nixon in den Senat wählen. Auch dort besiegte

er seine demokratische Gegenkandidat mit einer Schmutzkampagne, indem er diese bezichtigte, dem Kommunismus Vorschub zu leisten. Für die von ihm zum Einsatz gebrachten Methoden erwarb er sich schließlich den zweifelhaften Spitznamen „Tricky Dick“.

Als der Weltkriegsveteran Dwight D. Eisenhower (siehe PAZ Nummer 12 vom 22. März) 1952 für das Amt des US-Präsidenten kandidierte, war Nixon dessen Kandidat für das Amt des US-Vizepräsidenten. Weder schätzte der Fünf-Sterne-General den Emporkömmling aus Kalifornien noch hielt er ihn für charakterlich geeignet für das Amt, doch beugte er sich in dieser Frage dem Druck aus seiner Partei. Die Vizepräsidentschaft unter Eisenhower nutzte Nixon dann, um seine eigene Kandidatur vorzubereiten. Zwar wurde er von seiner Partei für das höchste Staatsamt in den Wahlen 1960 nominiert, doch konnte er sich gegen den Charme seines Herausforderers John F. Kennedy nicht durchsetzen. Kennedy fiel jedoch bereits 1963 in Dallas einem tödlichen Attentat zum Opfer und sein Nachfolger, sein bisheriger Stellvertreter Lyndon Baines Johnson, verstrickte sich derart tief in den Vietnamkrieg, dass er 1968 auf eine Kandidatur für eine weitere Amtszeit verzichtete. An seiner Stelle zog

sein Vize, Hubert Horatio Humphrey, als Kandidat der Demokraten in den Kampf um das Präsidentenamt, vergebens.

Statt Humphrey gelang Nixon 1968 der Einzug als Hausherr in das Weiße Haus mit dem Versprechen, einen „Frieden mit Ehre“ auszuhandeln. Nach seiner Regierungsübernahme versuchte er, den



Richard Nixon

militärischen Druck auf die Nordvietnamesen zunächst aufrechtzuerhalten, um bei den bereits laufenden Friedenskonsultationen einen größtmöglichen Verhandlungserfolg herbeizuführen. Diese Strategie führte nicht nur zu einer Verlängerung des Krieges, sondern beschädigte auch die Glaubwürdigkeit des Präsidenten.

1969 ordnete er sogar eine Ausweitung des Krieges durch massive Bombenangriffe auf Vietnam neutrale Nachbarn Laos und Kambodscha an, über deren Territorium ein Teil des Ho-Tschi-minh-Pfades, des Nachschubwegs der Nordvietnamesen und der mit ihnen verbündeten Nationalen Befreiungsfront (NLF), verlief. Nachdem der Kongress den Einsatz von Truppen immer mehr beschränkt hatte, drohte Nixon schließlich mit dem Einsatz von Atomwaffen.

Die Niederlage verhinderte dies nicht. 1973 zogen die letzten Soldaten der USA aus ihrem südostasiatischen Vasallenstaat ab und überließen das Marionettenregime in Saigon seinem Schicksal. „Vietnamisierung“ nannte sich das.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein von Nixons Außenpolitik war die sogenannte Ping-Pong-Diplomatie. Über Kontakte US-amerikanischer und festlandchinesischer Sportfunktionäre im Tischtennis kam es zu intensiven diplomatischen Verhandlungen zwischen beiden Staaten, die 1972 in einem Treffen zwischen Nixon und Mao Tse-tung mündeten. Der Präsident hatte dabei vor allem die Absicht, das sozialistische Lager aufzuspalten und die Volksrepublik China aus der Einflussphäre Moskaus herauszulösen. Aber auch mit der Sowjetunion konnte er wichtige

Abkommen zur Rüstungsbegrenzung schließen.

Gerade diese außenpolitischen Erfolge verhalfen Nixon 1972 zu einem furiosen Wahlsieg. Er gewann in 49 der 50 Bundesstaaten eine Mehrheit und erzielte insgesamt 60,7 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Doch dieser Triumph hatte sich im Vorfeld nicht absehen lassen. Über ein Untersuchungskomitee ließen der Präsident und sein Berater Henry Kissinger eine kleine Truppe zu allem entschlossener Geheimdienstagenten finanzieren, die kompromittierende Informationen über den politischen Gegner beschaffen sollten, die für die eigene Kampagne wertvoll sein könnten. Beim Eindringen in den Watergate-Gebäudekomplex (Watergate Complex), in dem die Demokratische Partei eine Zeitlang ihr Hauptquartier hatte, wurden mehrere dieser Männer gefasst und der Skandal flog auf. Bis zu seinem Tod, am 22. April des Jahres 1994, hat Nixon stets bestritten, die Aktion angeordnet zu haben. Auch wenn bis heute viele Einzelheiten der Affäre nach wie vor im Dunkeln liegen, lässt sich konstatieren, dass es vor allem seine Machtbesessenheit, seine Paranoia und sein Hang zu unlauteren Methoden waren, die ihn schließlich zu Fall brachten. *Dirk Pelster*

Der Mann hinter Haldenwang

Um den Vizechef des Verfassungsschutzes, Sinan Selen, ranken sich Gerüchte

Während Thomas Haldenwang als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) beständig im Blickfeld der Medien und der Öffentlichkeit steht, erscheinen seine beiden neuernannten Stellvertreter Michael Niemeier und Sinan Selen sehr viel seltener im Rampenlicht.

Dabei handelt es sich zumindest im Falle von Selen um eine

Kam mit vier Jahren aus Istanbul nach Deutschland

durchaus interessante Personalie. 1972 in Istanbul geboren, kam er vier Jahre später mit seinen Eltern, zwei Journalisten, nach Deutschland. Später studierte der Immigrantensohn, der inzwischen keinen türkischen Pass mehr besitzen soll, Rechtswissenschaften.

Dann machte er ab 2000 Karriere im Bundeskriminalamt (BKA) sowie im Bundespolizeipräsidium (BPOLP) und dem Bundesministerium des Innern (BMI). So be-

kleidete er unter anderem folgende Posten: Referatsleiter Ausländerterrorismus und -extremismus im BMI (2006–2009), Ständiger Vertreter des Abteilungsleiters Kriminalitätsbekämpfung im BPOLP (2009–2012) und Mitarbeiter in der Abteilung Öffentliche Sicherheit im BMI (2012–2016). Als Chef einer Ermittlergruppe des BKA war Selen 2006 an der Dingfestmachung von zwei radikalen Moslems beteiligt, die Kofferbomben in Regionalzügen platziert hatten, welche aber glücklicherweise nicht explodiert waren. Außerdem gehörte er zur Sonderkommission des BKA zur Untersuchung der Aktivitäten der Todespiloten des 11. September 2001 auf deutschem Boden.

Insofern scheint Selen tatsächlich der geeignete Mann für den Posten zu sein, den er am 21. Januar 2019 antrat, denn ihm soll das operative Geschäft des Verfassungsschutzes obliegen, während sich Haldenwang vorrangig um politische Fragen kümmert.

Trotzdem aber wurden im Vorfeld seiner Ernennung kritische Stimmen laut. Manche unterstellten ihm sogar, Agent des türkischen Geheimdienstes MIT zu

sein und nun als „Trojanisches Pferd“ wichtige Interna des Verfassungsschutzes zu verraten. Für eine solche Maulwurfstätigkeit ist Selen Position freilich viel zu exponiert.

Aber ein Signal an die Adresse Ankaras könnte seine Ernennung schon darstellen. Immerhin gehörte der türkische Muttersprachler auch zu den Beauftragten der Bundesregierung, die anlässlich der Aushandlung des Asyldeals zwischen der EU und Ankara an Beratungen über Maßnahmen zur gemeinsamen Terrorabwehr teilnahmen – seither kennt und schätzt man Selen in der Türkei.

Außerdem wäre da noch seine Auszeit vom Verfassungsschutz zwischen 2016 und 2018, in der er als Sicherheitsbeauftragter des weltgrößten Touristikonzerns TUI fungierte: TUI-Urlauber sind wichtige Devisenbringer für Ankara, wo man mit großer Erleichterung registrierte, dass die Buchungszahlen in jüngster Zeit wieder stark angestiegen sind, weil die Reisenden die Türkei offenkundig für sicherer halten als in den Jahren zuvor.

Jedenfalls jubelte nun die Zeitung „Daily Sabah“, ein Sprach-

rohr der Erdogan-Partei AKP: „Nach den Skandalen um den Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen ... wird Selen Ernennung zum Vize als wichtiger Schritt betrachtet.“ Und damit kam ein weiterer entscheidender Punkt zur Sprache: Maaßen gilt im Gegensatz zu Selen als harscher Kritiker der Türkei – insbesondere geißelte er deren zunehmende Islamisierung, die

Türkisches Blatt jubelte über »wichtigen Schritt«

das Land immer mehr zu einer Basis für diverse Terrororganisationen mache.

Darüber hinaus ist der frühere BfV-Chef in Ankara verhasst, weil er die Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes in der Bundesrepublik aufgedeckt hatte. Ist die Berufung von Selen im Nachgang zu Maaßens Entmachtung also ein Anbiederungsversuch gegenüber dem „Sultan vom Bosphorus“?

Wolfgang Kaufmann



Moment der Woche

Jämmerliche 155 Zuschauer in 86 Häusern lockte der Film „Head full of Honey“ am letzten Märzwochenende in die deutschen Kinos. Ein Flop mit Ansage:

Zuvor war die amerikanische Neuverfilmung der Alzheimer-Tragikomödie „Honig im Kopf“

(mit Dieter Hallervorden) in den USA komplett durchgefallen.

Der Gipfel: Der Streifen von Regisseur Til Schweiger erhielt mehr als 4,6 Millionen Euro deutsche Filmförderung, obwohl er weder in Deutschland spielt

noch deutsche Hauptdarsteller aufbietet oder irgendetwas mit Deutschland zu tun hat.

Die Filmförderung ist allerdings der Grund, warum das

Deutsches Geld für schlechtes US-Kino

Werk dennoch in die deutschen Kinos gelangte, nachdem es in den USA bereits gescheitert war und nur klägliche 12 350 Dollar einspielte. Denn der Kinostart in Deutschland ist

Bedingung für die staatliche Förderung. Nun fragen sich Branchenkritiker jedoch, was die deutsche Förderung treibt. H.H.

Der Fehler liegt im System

Charakterköpfe kommen in der Politik kaum noch nach oben – Der aufgeblähte Parteienstaat lässt das nicht mehr zu

Wenn das Gespräch auf alte Hauden der politischen Szene wie Franz Josef Strauß oder Herbert Wehner kommt, verfallen viele Zeitgenossen in Nostalgie. Die Frage ist: Was hat den Abstieg von den einstigen Charakterköpfen zu den rundgeschliffen Opportunisten von heute bewirkt? Eine Ursachensuche im deutschen Parteienstaat bringt Licht ins Dunkel.

In einem Interview zum Thema Angst und Politik in der Zeitschrift „Cicero“ schilderte die Familientherapeutin Gabriele Baring 2016 ihre Eindrücke, die sie einige Tage zuvor von den damaligen Ministern Peter Altmaier und Sigmar Gabriel während einer Plenarsitzung im Bundestag gewonnen hatte. Sie sprach von zwei Kindergesichtern auf gewaltigen Körpern, die deutlich zeigten, dass sie zur Welt einen gewissen Abstand halten.

Baring drückt damit ein Gefühl aus, dass sich mittlerweile bei vielen Deutschen – wenn auch oft nur unbewusst – festgesetzt hat. Es ist der Eindruck, dass wir von einer politischen Klasse regiert werden, deren offensichtliche Weltferne und Eigenschaftslosigkeit sich bereits in der Physiognomie niederschlägt. Das Fehlen von fassbaren Charakterzügen überspielen die Repräsentanten allenfalls noch notdürftig durch einen gekünstelt zur Schau getragenen Moralismus.

Wer heute aufmerksam die Leserbriefe in Zeitungen oder die Kommentarspalten von Online-Medien studiert, der wird immer häufiger auf Beiträge stoßen, in denen die Verfasser mit einer gewissen Wehmut an profilierte Köpfe wie Herbert Wehner oder Franz Josef Strauß erinnern. Nicht selten bekommt man den Eindruck, dass die Trunkenheitsfahrten, Ehebrüche und Pöbeleien bundesdeutscher Volksvertreter vergangener Tage wenigstens noch den Rückschluss auf das Vorhandensein menschlicher Schwächen erlaubten, wohingegen der Typus des modernen Politikers eher anmutet, als sei er in einem Windkanal konzipiert worden.

Zum Mangel an persönlichen Eigenschaften gesellt sich gern ein ebenso großes Defizit an notwendigem Fachwissen. Viele Berufspolitiker zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie keinen anderen Beruf erlernt oder längere Zeit ausgeübt haben. Scheinbar wahllos schieben die Parteien ihr Personal zwischen unterschiedlichen Fachausschüssen und Ministerien über die verschiedenen Ebenen des staatlichen Systems hin und her, ohne dass erkennbar wäre, was den einzelnen Mandatsträger überhaupt für seine Aufgabe qualifiziert. Sieht man sich die Werdegänge der meisten Vertreter der politischen Elite in der Bundesrepublik näher an, so muss man konstatieren, dass es sich bei diesen Personen eben gerade nicht um eine Elite im besten Sinne dieses Wortes handelt, sondern tatsächlich eher um eine Form der Negativauslese. Die Ursachen für dieses Dilemma auf

bloß einen einzigen Grund zurückzuführen, würde letztlich zu verkürzten Ergebnissen führen.

Doch neben allgemeinen gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen wäre das beschriebene Phänomen ohne die gerade in Deutschland ausufernde Macht der politischen Parteien nicht zu verstehen. Während die Weimarer Reichsverfassung Parteien überhaupt nur an einer Stelle erwähnte, an der sie festhielt, dass Beamte Diener der Gesamtheit und nicht einer speziellen Partei seien sollen, wies das 1949 in Kraft getretene Grundgesetz ihnen erstmals eine aktive Rolle bei der Willensbildung des Volkes zu und wertete sie damit auch staatsrechtlich auf.

Diese bloße Mitwirkungsfunktion wurde später von der Verfassungsrechtsprechung in ein sogenanntes „Parteienprivileg“ umgedeutet und bildete damit die Rechtsgrundlage für die immer

weitergehenden Ansprüche dieser speziellen politischen Organisationsform. Viel entscheidender für die Etablierung des Parteienstaates war jedoch die Ausgestaltung des Wahlrechts. Das Grundgesetz selbst gibt nur wenige Vorgaben, wie sich die Abstimmungen zum Deutschen Bundestag vollziehen sollen. Theoretisch war und ist es möglich, auf eine Vorauswahl der Kandidaten durch die Parteien gänzlich zu verzichten, denn gefordert ist nur eine allgemeine, gleiche und geheime Wahl der einzelnen Abgeordneten und nicht die von Parteien. Doch tatsächlich wies der Gesetzgeber den Parteien eine Schlüsselrolle bei der Nominierung von Bewerbern zu. Mit dem Bundeswahlgesetz von 1956 wurde dann noch eine bundesweite Fünf-Prozent-Hürde eingeführt, die bis heute zu einem wirksamen Kartellschutz für die bereits im Parlament vertretenen Kräfte wurde.

Mit diesem Mechanismus schirmten und schirmen sich die etablierten Parteien weitgehend wirksam gegen neue politische Herausforderer ab. Da das Grundgesetz – außer bei einer Neugliederung des territorialen Zuschnitts einzelner Bundesländer – keine direktdemokratischen Beteiligungsrechte kennt, kann ein Rückbau des Parteienstaates praktisch nur durch eine Revolution oder eben durch die Parteien selbst erfolgen, die hieran jedoch naturgemäß wenig Interesse haben. Stattdessen blähten die Parteien ihre Apparate durch die Einführung einer millionenschweren Staatsfinanzierung und eigener Stiftungen zulasten des Steuerzahlers auf. Zugleich kappten sie hiermit weitgehend auch die Abhängigkeit von ihren eigenen Mitgliedern.

Zwar haben einzelne Angehörige politischer Parteien in Deutschland de jure ganz erhebliche Mitwirkungsrechte, allerdings können die Führungen der staatsfinanzierten Parteien einer allzu rebellischen Mitgliedschaft immer noch ihren Apparat an hauptamtlichen und weisungsgebundenen Mitarbeitern entgegenzusetzen. Programme und Positionspapiere werden daher auch nicht von einer engagierten Basis erarbeitet, sondern von einer vollalimentierten kleinen Clique aus Parteioligarchen. Allenfalls, wenn es um die Einrichtung einer Tempo-30-Zone in der eigenen Gemeinde geht, kann innerparteiliche Demokratie heute noch halbwegs funktionieren.

Wer also in der Politik mitmischen will, muss sehen, dass er selbst in der Parteihierarchie nach oben aufsteigt. Hier schließt sich dann der Kreis, denn Eigenschaften wie Pragmatismus, selbstständiges Denken oder Authentizität können dabei ebenso rasch zu einem Karrierekiller werden wie ein allzu offenes Wort. Da sich der politische Aufstieg im Spannungsfeld zwischen den Loyalitätsanforderungen der Parteigranden und den politischen Erwartungen der Basis vollzieht, können hier vor allem Kandidaten reüssieren, die zu hohen Anpass-

ungsleistungen bereit und in der Lage sind. Denn einerseits will man von denen da oben niemandem auf die Füße treten, andererseits muss man von denen da unten trotzdem noch gewählt werden.

Überdies herrscht in den meisten Parteien ein sehr eigenwilliges Verständnis von Qualifikation vor. Gerade wenn es um die Besetzung bezahlter öffentlicher Ämter geht, entscheidet man sich meist nicht für einen Bewerber, der den gestellten Aufgaben am besten gerecht wird, sondern für eine Person, die sich in der Vergangenheit in besonderer Weise um die Partei verdient gemacht hat. Besonders geeignet für eine schnelle politische Karriere sind dabei Kandidaten, die ihre Loyalität bereits in einem Angestelltenverhältnis zur Partei, deren

Hauptamtliche Funktionäre sind klar im Vorteil

Fraktion oder einem ihrer Abgeordneten unter Beweis stellen konnten.

In diesen Positionen lassen sich leicht Netzwerke und nützliche Kontakte zu führenden Entscheidungsträgern knüpfen. Anders als normale Parteimitglieder, die nebenbei noch einer regulären Erwerbsarbeit nachgehen müssen, lässt sich so ein Großteil der Tageszeit nicht nur in den Dienst der Partei, sondern auch in den des eigenen Aufstiegs stellen.

Der eigenschaftslose Kofferträger ist daher heute zum vorherrschenden Politikertypus geworden. Durch die von den Parteien üppig ausgeweitete Alimentierung öffentlicher Wahlämter wurden zudem zusätzliche Fehlansätze für solche Parteikarrieristen geschaffen, die angesichts ihrer fehlenden persönlichen und beruflichen Qualifikationen niemals vergleichbare Einkommen in der freien Wirtschaft oder im regulären Staatsdienst erzielen würden. Dirk Pelster



Beherrscht von einer kleinen Clique: Jubelnde Parteimitglieder

Bild: Imago



MELDUNGEN

Zuschuss für Stadtmauer

Pr. Holland – Für die Verstärkung und Konservierung der Stadtmauer auf einer Länge von etwa einem Kilometer erhält die Stadt Pr. Holland eine EU-Förderung in Höhe von umgerechnet 19,8 Millionen Euro. Die Renovierungsarbeiten sollen bis zum Herbst 2021 andauern. Die Stadtmauern, die die Altstadt von Pr. Holland umgeben, wurden etwa um 1320 zusammen mit den Toren und den Verteidigungstürmen erbaut. Zurzeit befinden sich in ihnen die Stadtverwaltung, eine Bibliothek und das Kulturzentrum. PAZ

Gruft für Erzbischöfe

Allenstein – Zurzeit läuft die Rekonstruktion der Krypta unter der Basilika in Allenstein. Dort entsteht eine Gruft für die ermländischen Erzbischöfe. Ostern enden die Arbeiten in der Jakobi-Kirche. Die Arbeiten in der Kirche wurden in zwei Bereichen durchgeführt. Im unteren Bereich läuft die Rekonstruktion der Krypta. In der Kirche selbst wurde die Elektroinstallation erneuert. Nach Beendigung der Arbeiten kann die Krypta besichtigt werden. Sie existiert seit Jahrhunderten. In der rekonstruierten Krypta wird Platz für zwölf Gräber sein. Die Bauentscheidung wurde erst nach Einholung von Expertenmeinungen getroffen. Im linken Seitenschiff der Kirche ruhen bereits drei ermländische Bischöfe: Tomasz Wilczynski, Jan Oblak und Jozef Drzazga. PAZ

Devau Zukunft ist unklar

Vor 100 Jahren plante der Architekt Hanns Hoppe den Flughafen – Architekturerbe ist in Gefahr

Die Geschichte Devaus begann 1919, als der bekannte Architekt Hanns Hoppe den Flughafen plante. Heute ist einer der ältesten Zivilflughäfen Europas nur noch Basis eines Sportfliegervereins und wird für Massenveranstaltungen genutzt. Die Zukunft des „Architekturberbes von regionaler Bedeutung“ ist ungewiss.

Der Name des Architekten Hanns Hoppe steht für eine ganze Reihe ziviler Bauwerke in Königsberg. Einen Namen machte er sich unter anderem mit dem Haus der Technik, Villen im respektablen Stadtteil Amalienau und dem Gebäude, in dem die Stadtverwaltung untergebracht ist.

Das Flughafenterminal in Devau war mit einer in damaliger Zeit modernen stationären Wetterstation ausgestattet. Das Flughafengebäude selbst befand sich zwischen den Hangars. Es existiert heute nicht mehr. In der Nähe der Landebahn befinden sich lediglich noch die Überreste eines Nebengebäudes mit dem Kontrollturm.

Die Geschichte des Königsberger Flughafens ist eng mit Russland und der Entwicklung der sowjetischen zivilen Fliegerei verbunden. 1921 unterzeichneten Sowjetrussland und Deutschland eine Vereinbarung über die Gründung einer gemeinsamen Flugesellschaft, der „Deruluft“. Zu dieser Zeit gab es keine schnelle Zugverbindung zwischen Berlin und Moskau, und ein Teil verlief über polnisches Territorium. Zu Polen hatten die Sowjets nach dem sowjetisch-polnischen Krieg von 1919 bis 1921 nicht die besten Beziehungen. Deshalb war es nicht ungefährlich, geheime Diplomatenpost per Bahn zu beför-



Fahrtraining, wo einst Flugzeuge landeten: Landebahn des Flughafens Devau

Bild: J.T.

dern. Die Fluglinie der „Deruluft“ bot eine aussichtsreiche Alternative.

Die Flugesellschaft hatte zwei Direktoren, jeweils einen deutschen und einen russischen, ebenso wie eine gemischte Zusammensetzung der Piloten. Am 1. Mai 1922 wurde die erste internationale Passagierfluglinie von Moskau nach Königsberg eröffnet. 1925 wurde sie bis Berlin verlängert. Die Einführung von regulären Nachtflügen hat die Reisezeit erheblich reduziert, sodass der Flug von Moskau in die deutsche Hauptstadt etwa zehn Stunden betrug.

Die Strecke zwischen den Städten wurde nicht das ganze Jahr über bedient: Im Winter wurde

sie eingestellt, weil es zu dieser Zeit in Moskau oft heftige Schneefälle gab und der Start des Flugzeugs nur mit anmontierten Kufen möglich war. Dagegen gab

»Deruluft« entstand zwischen den Kriegen

es in Königsberg und Berlin nur wenig Schnee und die Landung mit Kufen statt Rädern erwies sich als äußerst mühsam.

Der Preis für einen Flug betrug 160 Mark oder 74 sowjetische Rubel, was damals nicht gerade günstig war – die Summe entsprach der Hälfte des Monatseinkommens eines russischen Ingenieurs.

1936, als die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich verschlechterten, verweigerte die UdSSR die Verlängerung des Konzessionsvertrags mit Deutschland und der „Deruluft“, und so endete zunächst die Existenz der Flugesellschaft, an der namhafte Firmen wie die Hapag, AEG und Luftschiffbau Zeppelin beteiligt waren. Doch das bedeutete nicht das Ende des Flughafens Devau. Er diente als Militär- und Zivilflughafen. Während des Zweiten Weltkriegs litten die Gebäude schwer. Doch dank der Wiederaufbauarbeiten gab es bald wieder eine Flugverbindung Moskau-Königsberg-Berlin. Bis Ende der 60er Jahre hoben von

Devau Flugzeuge in die baltischen Staaten ab.

Bald entsprach die Ausrüstung des Flugplatzes allerdings nicht mehr den modernen Anforderungen für Langstreckenflüge. Nach dem Bau des neuen Flughafens „Chrabrowo“ in Powunden wurde Devau für landwirtschaftliche Transportflüge verwendet und zur Basis eines regionalen Sportfliegervereins.

Im Jahr 1992 wurde der Flughafen unter Schutz gestellt als „Architekturdenkmal von regionaler Bedeutung“. Als auf dem Gelände 1998 Wohnhäuser gebaut werden sollten, machte die Bevölkerung Druck auf die Behörden, und das Bauvorhaben wurde gestoppt. Ähnliche Bebauungsversuche gab es auch danach immer wieder. Laut den Entwürfen des Generalplans für die Erschließung des Territoriums der Stadt Königsberg soll das Gelände des Flughafens Devau den Status einer Erholungsanlage behalten. Nichtsdestotrotz befinden sich Wohnhäuser jetzt dicht an der Startbahn des ehemaligen Flugplatzes, und neue Häuser und Straßen entstehen im geschützten Bereich des Architekturdenkmals.

Seit einigen Jahren wird das Gelände des alten Flughafens zusätzlich für Rockkonzerte und ähnliche Massenveranstaltungen genutzt. Darüber hinaus wird die Landebahn häufig von Fahrschulen zum Geschicklichkeitstraining ihrer Schüler genutzt.

Es gab auch Pläne, auf dem ehemaligen Flughafengelände ein Museum zur Geschichte der Luftfahrt zu eröffnen, die aber nie umgesetzt wurden. Wie sich der Flughafen weiterentwickelt oder was davon noch übrig bleiben wird, ist unklar.

Jurij Tschernyschew

»Polen und Deutsche – eine schwierige Nachbarschaft«

Universität Ermland-Masuren: Geisteswissenschaftler diskutierten über die Beziehungen beider Staaten in Vergangenheit und Gegenwart

Am 19. März fand an der Universität Ermland-Masuren in Allenstein eine Debatte statt mit dem Titel „Polen und Deutsche – eine schwierige Nachbarschaft“. Die Organisatoren der Veranstaltung waren die humanistische Fakultät der Uni, insbesondere der Lehrstuhl für Germanistik, sowie die Allensteiner Stiftung und Kulturgemeinschaft Borussia. Ziel des Treffens war es, über die polnisch-deutschen Beziehungen aus historischer, soziologischer und literarischer Perspektive zu sprechen. Anlass für dieses Treffen war die Veröffentlichung der achten Ausgabe der historischen Beilage zur Wochenzeitschrift „Polityka“, mit dem Titel „Polen und Deutsche. 1000 Jahre Nachbarschaft. Wahrheiten und Mythen. Kriege und Friedensperioden“.

An der Debatte beteiligten sich Menschen, die für den polnisch-deutschen Dialog arbeiten. An dem Podiumsgespräch nahmen Adam Krzeminski, Redakteur von „Polityka“, Ideengeber der deutsch-polnischen Kontakten gewidmeten Sonderausgabe, Professor Hubert



Sprachen über Gemeinsamkeiten: Teilnehmer der Podiumsdiskussion

Bild: Anna Dargiewicz

Orlowski, Literaturwissenschaftler und Germanist, sowie Professor Robert Traba, Historiker, Politologe und Mitbegründer der Allensteiner Stiftung Borussia, teil.

Während der von Alina Kuzborska moderierten Podiumsdiskussion beleuchtete man zwar auch Kontexte der deutsch-polnischen Verhältnisse, wie gegenseitige Anfeindungen, die sich aus einer von

Kriegen durchwobenen Vergangenheit ergeben, aber vor allem konzentrierten sich die eingeladenen Gäste auf Bemühungen von Wissenschaftlern und ehrenamtlich Tätigen, die es anstreben, Verständnisbrücken zwischen den Nationen zu bauen und die Mauern des Misstrauens einzureißen. Nach Ansicht von Orlowski haben Publikationen wie das Buch „Zehn Jahr-

hunderte des Ringens“ von Zygmunt Wojciechowski eine negative stereotype Vorstellung von den gegenseitigen Einstellungen von Polen und Deutschen zueinander gefestigt. Zum Glück hätten beide Nationen ein paar Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges angefangen, den Dialog aufzubauen, der zur Versöhnung und Zusammenarbeit geführt habe. Nach Auffassung von Krzeminski, dessen Analysen und Kommentare in namhaften deutschen Presseorganen erscheinen, seien die Deutschen in ihrem Denken nicht an die schwierige Kriegsgeschichte gefesselt, vielmehr konzentrierten sie sich auf aktuelle gesellschaftspolitische neue Erscheinungen wie Immigrationswellen von Asylsuchern nach Europa, Umweltschmutzung oder Entwicklung neuer Technologien.

In der Debatte tauchte auch die Frage danach auf, wie den Jugendlichen die Geschichte in der Schule zu vermitteln sei. Wie solle man den jungen Menschen Europa darstellen, in dem heutzutage viele Menschen ohne europäische Wurzeln leben und nichtchristliche Re-

ligionen oder Traditionen vertreten. Der Schlüssel zu einer objektiven Geschichtsüberlieferung stecke – wie Robert Traba behauptete – in einem bilateralen historischen Schrifttum. Lerne man die Ereignisse aus einer doppelseitigen Sicht kennen, so zeige derartige

Wolfsschanze als Erinnerungsort

Überlieferung historische Wechselwirkungen und gewinne dadurch an Ausdruckskraft. Der Mitredakteur der neunbändigen Publikation „Deutsch-Polnische Erinnerungsorte“ sprach sich für die Umsetzung der sogenannten angewandten Geschichte aus, die in Polen leider hinterherhinke. Ein Beispiel dafür sei das Führerhauptquartier Wolfsschanze bei Rastenburg, das im Film „Operation Walküre – das Stauffenberg-Attentat“ mit Tom Cruise popularisiert und von Millionen Zuschauern weltweit gesehen wurde. Leider hätten wir weiterhin keine Idee, wie man die Bunker als Erinnerungsort attrakti-

ver machen und besser nutzen könne. Das angeführte Beispiel beweise, dass man mit dem ostpreussischen Kulturerbe als einem gemeinsamen europäischen Kulturgut manchmal viel geschickter umgehen sollte, um Besuchern von Erinnerungsstätten die historischen Geschehnisse lebendig zu präsentieren.

Alle Teilnehmer einigten sich darauf, dass es zwar schwer sei, die nationalen Vorurteile loszuwerden, aber darin bestehe gerade die Aufgabe der Schule, den Lernenden diese Stereotype aufzuzeigen und darauf hinzuweisen, dass sie gute deutsch-polnische Beziehungen nur ernsthaft beeinträchtigen. Die Botschaft der Konferenz an der Universität Ermland-Masuren lässt sich in der Aufforderung zusammenfassen, dass man trotz einer komplizierten Vergangenheit in die Zukunft blicken sollte, um die bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen friedlich zu gestalten, um sowohl auf der politischen, als auch der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ebene effektiv zusammenzuarbeiten.

Dawid Kazanski

Wir gratulieren ...

ZUM 103. GEBURTSTAG

Oehm, Elsbeth, geb. **Malessa**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 12. April

ZUM 102. GEBURTSTAG

Graef, Annelore, geb. **Glaser**, aus Lyck, am 18. April

ZUM 101. GEBURTSTAG

Liebe, Dorothea, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 6. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Buttkus, Otto, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 8. April

Hermenau, Frieda, geb. **Will**, aus Wehlau, am 18. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Dormeyer, Lydia, aus Lyck, am 15. April

Girgsdies, Bruno, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 6. April

Herdam, Gerhard, aus Neidenburg, am 18. April

Körner, Hedwig, geb. **Prengel**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Broschat, Herta, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 17. April

Spendowski, Elisabeth, geb. **Aukthun**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 16. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Elste, Gertrud, geb. **Gollub**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 14. April

Peter, Elizabeth, geb. **van den Pluijm**, aus Wehlau, am 14. April

Rapold, Gerda, geb. **Behring**, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 16. April

Wollemin, Walter, aus Maihof, Kreis Lyck, am 13. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bludau, Erika, aus Lyck, am 14. April

Buschmann, Edelgard, geb. **Belusa**, aus Treuburg, am 15. April

Drubba, Otto, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 18. April

Kirschbacher, Paul, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 12. April

Kossak, Helga, geb. **Gricksch**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. April

Riedel, Dr. Dietrich, aus Fischhausen, am 16. April

Schulz-Harbrücker, Ilse, aus Lötzen, am 14. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Abelmann, Hildegard, geb. **Redszus**, aus Streulage, Kreis Elchniederung, am 7. April

Borutta, Gerhard, aus Goldensee, Kreis Lötzen und aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 12. April

Breitmoser, Robert, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 13. April

Gottschling, Lotte, geb. **Gielich**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 16. April

Haupt, Fritz, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 8. April

Medendorp, Christel, geb. **Mauritz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. April

Spath, Irmgard, geb. **Kulschewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. April

Vogtländer, Heinz, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 17. April

Von Bostell, Ingeburg, aus Königsberg, am 14. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Arnold, Gertrud, geb. **Bednarzik**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 12. April

Frischmuth, Traute, geb. **Thiel**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 18. April

Mitzig, Eleonore, aus Lyck, am 13. April

Mlynek, Eva, geb. **Stallzus**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 14. April

Stuhler, Ilse, geb. **Jakobeit**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 17. April

Wetzel, Hildegard, geb. **Mettschulat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 7. April

Zerner, Rose, geb. **Melis**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 12. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Belusa, Kurt, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 18. April

Dettmann, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. April

Griwatz, Kurt, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 16. April

Kilanowski, Helga, geb. **Schulz**, aus Lyck, am 18. April

Kritzler, Jutta, geb. **Maiwald**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. April

Pehmöller, Frieda, aus Scharpau, später Kalteherberge/Danzig, am 15. April

Raeder, Hans, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. April

Schöwe, Hildegard, geb. **Kattanek**, aus Samplaten, Kreis Ortelsburg, am 17. April

Schöwe, Hildegard, geb. **Kattanek**, aus Samplaten, Kreis Ortelsburg, am 17. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brandt, Hanni, geb. **Schwagerreit**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 17. April

Gronwald, Käthe, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 17. April

Günther, Erika, geb. **Bangel**, aus Neidenburg, am 14. April

Lang, Inge, geb. **Kohnke-Laupichler**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 15. April

Lenz, Irmgard, geb. **Schade**, aus Loppöhlen, Kreis Fischhausen, am 14. April

Mögelin, Lilly, geb. **Papajewski**, aus Gartenau, Hadrichh., Kreis Neidenburg, am 14. April

Rüppel, Lieselotte, geb. **Waschulewski**, aus Schuchten, Kreis Treuburg, am 13. April

Schmidt, Gertrud, aus Renkussen, Kreis Lyck, am 12. April

Schulz, Werner, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 95, am 13. April

Von Groeling-Müller, Georg, aus Carolinenhof, Kreis Osterode, am 15. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Albrecht, Anneliese, geb. **Hardt**, aus Lyck, Bismarckstraße 56, am 13. April

Bandilla, Gustav-Otto, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 16. April

Anzeige

Sonderzugreisen nach
Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Droste, Charlotte, geb. **Ruddies**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 12. April

Druba, Erwin, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 18. April

Henning, Gertrud, geb. **Gratz**, aus Herzogsau, Kreis Neidenburg, am 18. April

Hohmeier, Elisabeth, geb. **Haerling**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 16. April

Josuweit, Hans, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. April

Klein, Marga, geb. **Hinz**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 16. April

Zum **80.** Geburtstag
gratulieren wir herzlichst meinem Papa und unserem Opa
Axel Balzereit
*15. April 1939 in Königsberg/Ostpreußen
jetzt Alveslohe, Schleswig-Holstein
Danke... für einfach alles, Papa! 
Ich hab dich lieb!
Deine Tochter Diane und Schwiegersohn Jascha
mit den Enkeln **Gabriel** und **Kian Alexander**

Anzeige

Klischewski, Eva, aus Walden, Kreis Lyck, am 16. April

Langbein, Hedwig, geb. **Sbrzesny**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 13. April

Milewski, Herbert, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 16. April

Ruschinzik, Richard, aus Bobener, Kreis Lyck, am 14. April

Schäfer, Christel, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 16. April

Scheffler, Kurt, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Arndt, Eva, geb. **Kell**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 14. April

Gäth, Rosemarie, geb. **Henseleit**, aus Wehlau, am 13. April

Iwohn, Traute, geb. **Markgraf**, aus Georgenheide, Kreis Elchniederung, am 15. April

Jebamek, Erwin, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 15. April

Joswig, Annemarie, geb. **Müller**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, am 15. April

Kewitz, Maria, geb. **Krogull**, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 14. April

Klimaschewski, Oskar, aus Gorkau, Kreis Lyck, am 18. April

Kramer, Irmgard, geb. **Liedtke**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 15. April

Kratky, Gisela, geb. **Haedge**, aus Kaunen, Kreis Neidenburg, am 17. April

Kulschewski, Reinhold, aus Milucken, Kreis Lyck, am 13. April

Mertin, Irmgard, geb. **Kasprzyk**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 17. April

Nitschmann, Helene, geb. **Katzmarsi**, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 17. April

Ruschinczyk, Helmut, aus Kleischen, Kreis Treuburg, am 18. April

Schau, Rosemarie, aus Lyck, Königin-Luise-Platz 12, am 13. April

Scherwenings, Franz, aus Girschunin, Kreis Tilsit-Ragnit, am 17. April

Schönrock, Rudi, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 18. April

Schwabe, Gertraud, geb. **Becker**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 15. April

Steiner, Margarete, geb. **Bleyer**, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, am 18. April

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 15

Auf nach Wolfsburg!

Ostpreußen aus allen Teilen Deutschlands und aus der Heimat werden am 11. Mai im CongressPark Wolfsburg zum Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen erwartet.

Die Besucher können sich auf ein reichhaltiges und kurzweiliges Programm freuen. Das Jahrestreffen beginnt mit einer Kranzniederlegung am Mahmal für die deutschen Heimatvertriebenen auf dem Klieversberg. Der nur wenige Gehminuten von dem CongressPark errichtete 14 Meter hohe Obelisk gehört zu den beeindruckendsten Denkmälern für die deutschen Opfer von Flucht

und Vertreibung im gesamten Bundesgebiet.

Ab 10 Uhr beginnt das musikalische Vorprogramm mit der Siebenbürger Blaskapelle Wolfsburg. Es folgt die Festveranstaltung, die traditionell mit dem Glockengeläut des Königsberger Domes und dem stimmungsvollen Einmarsch der Fahnen der ostpreußischen Kreise eröffnet wird. Das geistliche Wort übernimmt Domherr André Schmeier aus Allenstein und für die heimatverbliebenen Ostpreußen wird Heinrich Hoch, der Vorsitzende der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, das Wort ergreifen. Höhepunkt

des Vormittags ist dann die Ansprache des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Eine zweistündige Mittagspause schließt sich an, die zur kulinarischen Stärkung einlädt und Gelegenheit bietet, sich die Stände und Ausstellungen der Kreisgemeinschaften sowie der Aussteller im Foyer anzuschauen. Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der ostpreußischen Kultur. Auftreten werden die französische Sopranistin Isabelle Kusari mit ostpreußischen Volksliedern, die Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein und der bekannte Heimatsänger BernStein, der

auch durch das Programm führt. Es gibt also viele Gründe, nach Wolfsburg zu kommen und der Öffentlichkeit gegenüber zu dokumentieren, dass die Ostpreußen fast ein Dreivierteljahrhundert nach Flucht und Vertreibung eine vitale Gemeinschaft sind.

Karten können im Vorverkauf zum Preis von 10 EURO (Versand zusätzlich 1 EURO) bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: selke@ostpreussen.de und an der Tageskasse in Wolfsburg erworben werden.

Landsmannschaft Ostpreußen



Am 11. Mai werden hier die Elchschaufelfahnen hängen: CongressPark Wolfsburg

Bild: D Wecke Photodesign

Sonnabend, 11. Mai 2019
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg
www.ostpreussen.de

Jahrestreffen



der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Die Eintrittskarten zum Preis von 10€ (bei Versand 1€ zusätzlich) sind im Vorverkauf und an der Tageskasse erhältlich. Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-41 40080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 14

Tchorz, Charlotte, geb. **Waschulewski**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. April
Thiel, Ulrich, aus Wehlau, am 12. April
Todtenhaupt, geb. **Stumpf**, aus Wehlau, am 16. April
Zöllner, Sidonie, geb. **Fink**, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 12. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Amenda, Elisabeth, geb. **Kays**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 13. April
Beinker, Wilhelm, aus Osnabrück, KG Wehlau, am 16. April
Beyreuther, Ingrid, geb. **Tubies**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 16. April
Besemer, Klaus, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 12. April
Brix, Inge, geb. **Dörk**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 13. April
Bröde, Herbert, Ulrich, aus Insterburg, Kreis Neidenburg, am 13. April

Chaberny, Otto, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 12. April
Cirkel, Hildegard, geb. **Boenig**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 14. April
Falk, Gisela, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 11. April
Fischer, Ruth, Edeltraud, aus Filitz, Kreis Neidenburg, am 15. April
Gerlach, Walter, aus Moorrege, KG Wehlau, am 15. April
Gremke, Waltraud, geb. **Lunkowski**, aus Pregelsswalde, Kreis Wehlau, am 17. April
Grönert, Paul, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 17. April
Hommel, Irmgard, geb. **Abmann**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 14. April
Horst, Irene, Irma, geb. **Josuhn**, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 16. April
Hübner, Gerhard, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 7. April
Lisowski, Herbert, aus Statzen, Kreis Lyck, am 15. April
Lychottka, Elsbeth, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 18. April

Ortjohann, Irmgard, geb. **Lischnewski**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 10. April
Patzer, Helga, geb. **Padubrin**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 10. April
Quednau, Edith, geb. **Herzoneit**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 15. April
Rosin, Betty, geb. **Kledtke**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 13. April
Rückauf, Edith, geb. **Lumma**, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 16. April
Schubmann, Marlene, geb. **Wenzel**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 17. April
Strauß, Anneliese, geb. **Abel**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 14. April
Szriegand, Irmgard, geb. **Rosenau**, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 18. April
Ters, Erhard, aus Lyck, am 12. April
Thomas, Reinhold, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 12. April
Wittstruck, Inge-Lore, geb. **Kristahn**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 17. April

Zehe, Klaus, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 18. April
Zietlow, Helga, geb. **Loesch**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 15. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Dornheim, Lilli, geb. **Grünke**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 13. April
Drochner, Wolfgang, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 17. April
Erlach, Alfred, aus Schwarpen, Kreis Schloßberg, am 15. April
Goldwich, Otto, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 14. April
Joseph, Christel, geb. **Riechert**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. April
Kijek, Walter, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. April
Klopp, Ursula, geb. **Korsch**, aus Pregelsswalde, Kreis Wehlau, am 17. April
Krüger, Ingrid, geb. **Schwetlick**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 13. April

Lück, Annemarie, geb. **Arndt**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 13. April
Meyer, Willi, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 17. April
Nadolny, Adalbert, aus Preußenburg, Kreis Lötzen, am 15. April
Rehme, Helga, aus Wehlau, am 18. April
Salewski, Christa, geb. **Skrotzki**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 14. April
Schiller, Brigitte, aus Steinhausen und Rimlack, Kreis Preußisch Eylau, am 17. April
Schmidt, Manfred, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Schülke, Waltraud, geb. **Tuttlies**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 16. April
Szengel, Ingrid, geb. **Fritz**, aus Ablacken, Kreis Wehlau, am 14. April
Timmermann-Nispel, Günter, geb. **Nispel**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 13. April
Walpuski, Ursula, geb. **Raeder**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 15. April

Wierczoch, Gerhard, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 16. April
Wiese, Irmgard, geb. **Koose**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 6. April
Zibell, Inge, geb. **Mose**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 15. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Adeberg, Burckhard, Kreis Elchniederung, am 16. April
Arndt, Christine, Ingrid, geb. **Conrad**, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 13. April
Bewer, Günter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 9. April
Kaminski, Heinz, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, am 14. April
Klisch, Inge, geb. **Nieswand**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 13. April
Marchand, Hartmut, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 16. April
Raeder, Ulrich, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 15. April
Springer, Renate, geb. **Hill**, aus Langenberg, Kreis Elchniederung, am 13. April

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Familie Udo Niermann, Untere Dorfstraße 3, 32676 Lügde-Elbrinzen, Telefon (05283) 9870, E-Mail: info@lippischerhof.de, Internet: www.lippischerhof.de: Arystreffen.

KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.



mehr auf die Generäle hörte. Der Autor stellt manche Überlegung an, wie man anders hätte operieren müssen und bedauert die vielen Opfer, die man hätte vermeiden können. Er wirft die Frage auf: „Haben wir Deutschen beim Ostfeldzug eine Chance gehabt?“ Es folgt eine lesenswerte Überlegung zu militärisch und politisch problematischen Entscheidungen.

Auf 200 Seiten werden die Kämpfe um Gumbinnen, Memel, Königsberg, Cranz, Fischhausen, Heiligenbeil, Rauschen, Pillau und so weiter geschildert. Jede militärische Einheit, jede Kampfhandlung mit Datum, jede Örtlichkeit werden aufgeführt. Jede freigekämpfte Bahnlinie, Brücke und Straße ermöglichte die Rettung von Zivilpersonen.

Mit Gauleiter Koch geht Borkowski scharf ins Gericht. „Hätte dieser auf die Frontbefehlshaber gehört und eine rechtzeitige Evakuierung angeordnet, hätten viele Menschen gerettet werden können. Not und Verzweiflung hätten erspart werden können. Dieser Mann war ein Verhängnis für uns Ostpreußen.“

Historiker bekommen hier ein Nachschlagewerk, das für die Militärgeschichte von besonderem Interesse sein dürfte. Aber auch die Landsleute haben hier Gelegenheit, Genaueres über das Schicksal ihres Heimatortes zu erfahren. Werner Schuka, der für Layout und Druckvorbereitung des Bandes verantwortlich ist, fügt redaktionelle Ergänzungen an: Zeittafeln und Presseartikel aus der Preußischen Allgemeinen Zeitung sowie Briefe und Zeitzeugnisse.

Das Werk ist zu bestellen bei Ralf Woitschikowski unter Telefon (0571) 5091022. Es kostet 26 Euro.

Ostpreussisches Landesmuseum auch im Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnnet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenburg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ruth Geede

Neumünster – Sonnabend, 27. April, 15.30 Uhr, Lötzenser Museum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung): „Nicht nur Mutter der ostpreußischen Familie“ – Aus Anlass des ersten Todestages eine Erinnerungstunde an und für Ruth Geede, die bis in ihr 102. Lebensjahr als Journalistin aktiv war. Den Rückblick auf ihr Leben und den Blick auf ihr Werk gestaltet Ute Eichler.

Vortrag

Neumünster – Sonnabend, 18. Mai: Vortrag (mit Bildern) „Ostpreußens Schlösser in Vergangenheit und Gegenwart“, gehalten von Professor Eckhard Fahrur, Grevesmühlen. Die Meisterwerke des preußischen Barocks, die Königschlösser Friedrichstein, Finckenstein und Schlobitten werden vorgestellt unter geographischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Aspekten. Auch die Schlösser Steinort, Quittainen und Dönhoffstedt finden Berücksichtigung. Ebenso beleuchtet der Referent die Voraussetzungen für den Bau repräsentativer Schlösser (Güter als Großgrundbesitz) sowie die Sonderrolle des ostpreußischen Adels in der barocken Schloßerarchitektur Ostpreußens. Das Museum ist an Veranstaltungstagen bereits um 10 Uhr geöffnet.

LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Regionaltreffen

Lübeck – Sonntag, 28. April, 11 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Re-



Im Geowissenschaftlichen Zentrum: Lycker Mittlere Generation



Bietet nicht nur einen schönen Anblick: Bernstein mit Inklusen

restaurant Zum Tucher, Am Burgfeld 1.; Regionaltreffen, Organisation: Heidi Mader. Telefon (0451) 33517, www.burgfeldrestaurant.de Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

Frühjahrestreffen

Zur diesjährigen Frühjahrsveranstaltung der Mittleren Generation, einer internen Arbeitsgruppe der Kreisgemeinschaft Lyck, fanden sich im März wieder einmal 35 Teilnehmer in Göttingen ein. Die Sprecherin Heidi Mader begrüßte am Freitagabend im Tagungshotel Rennschuh alle ange-reisten Interessenten und stellte das Wochenend-Programm vor.

Der Abend klang aus mit einer Bildpräsentation der Aktivitäten des Jahres 2018, wie Frühjahrestreffen in Göttingen, Seminar in Bad Pyrmont, Hauptkreistreffen in Hagen und Herbsttreffen in Lüneburg. Der CD-Beitrag mit ostpreußischen Geschichten, die musikalisch untermalt wurden, stimmte alle Anwesenden auf den bevorstehenden Tag ein. Die Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee erläuterte mit einem Überblick ihre umfangreichen arbeitsintensiven Tätigkeiten für die KG-Lyck. Des Weiteren wurden alle anstehenden Termine, wie das Ostpreubentreffen in Wolfsburg, Hauptkreistreffen in Hagen, Regionaltreffen in Lübeck und Bremen, sowie die Herbstveranstaltung in

Würzburg besprochen und lebhaft diskutiert. Auch wurde eine evtl. geplante Ostpreußenreise 2020 angekündigt.

Der Nachmittag war mit einem Besuch der Königsberger Bernsteinsammlung im Geowissenschaftlichen Zentrum der Universität Göttingen ausgefüllt. Mit einem sehr interessanten Vortrag von Herrn Dr. Alexander Gehler begann eine Exkursion in die weltweite Zeitgeschichte mit dem Schwerpunkt des Baltischen Bernsteins. Die umfangreichen Exponate waren in einem kürzlich neu errichteten Raum zu bestaunen.

Zum Abschluss des Tages zeigte Peter Kalisch Bilder einer seiner Reisen nach Ostpreußen, die mit dem Aufsuchen alter Grabstätten verbunden war.

Die KV berichtete anhand einer Foto-DVD von der letztjährigen Ostpreußenreise des Städtepartnerschaftsvereins Hagen, an der sie persönlich teilgenommen hatte.

Der Sonntagvormittag startete mit einem Einblick in die Seniorenkarteiführung, die durchdachte Arbeitsweise präsentierte der dafür zuständige stellv. KV Dieter J. Czudnochowski. Die Versendung der Glückwunschkarten, Kontakt zum Ostpreußenblatt und der Stadt Hagen, sowie das Sammeln der Jubiläumsmeldungen,

Wirken Sie mit an der Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!«

Private Puffer Privatbank
IBAN: DE98 7202 0014 0001 8349 00
BIC: PUFFDE33

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

monatliche Pflege der Aktualisierung der benötigten Daten, etc. erklärte er verständlich und ein-drucksvoll.

Anschließend hatten die an-wendenden Ortsvertreter, auch die Neuernannten, über ihre bislang erbrachten Aktivitäten und Erfah-rungen berichtet.

Heidi Mader bedankte sich bei allen, die zum guten Gelingen dieser beeindruckenden Früh-jahrsveranstaltung beigetragen haben und beendete das Treffen mit dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes.

Dieter-J. Czudnochowski



Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stell. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Mithilfe gefordert

Wir wollen die großartige Arbeit unseres Heimatkreises aus den zurückliegenden Jahren in einer Bild- und Text-Dokumentation zusammenfassen, um unsere interessierten Nachkommen zu erinnern und zu informieren, wie wir unsere geliebte Heimat nicht vergessen, sondern aus der Ferne in lebendiger Erinnerung behalten haben.

An der Form und am Umfang arbeiten wir schon. Was wir noch brauchen, sind Ihre Gedanken und Anregungen, Ihre Bilder und Geschichten aus Ihrem Leben in der Kindheit, aus Ihren Erinne-rungen und Erfahrungen dort in

der Heimat. Auch die traurigen oder mutmachenden Erinnerun-gen Ihrer Flucht in den Westen Deutschlands mögen unseren Nachkommen ein Bild erhalten, wie es uns ergangen ist.

Der Gedanke, dass schon jetzt viele unserer Nachkommen ratlos Bildmaterial oder Berichte aus der Heimat nach dem Ableben von Zeitzeugen entsorgen, macht uns traurig und unruhig.

Dieses Zeitzeugen-Material brauchen wir, um es zu sichten und entscheiden zu können, was festzuhalten, aufgenommen wer-den muss. Helfen Sie uns dabei. Schicken Sie Bilder und Texte per E-Mail: nc-sommerho@netcologne.de oder Post an unser Arbeitsteam zu Händen von Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln.



Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellén 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisge-meinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Kirchspieltreffen

Gelsenkirchen - Sonnabend, 27. April, 10 Uhr, Gaststätte Zum

Türmchen, Oststraße 41, 45891 Gelsenkirchen-Erle: 13. Kirch-spieltreffen Peitschendorf und Aweyden.

Bad Sassendorf - Sonnabend, 27. April, 9 Uhr, Hotel Haus Rasche- Neugebauer, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf: 24. Kirchspieltreffen Sorquitten, 20. Kirchspieltreffen Warpuhnen.



Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urb-schat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Heimatreise

Die Stadtgemeinschaft Tilsit lädt zu einer Bus- und Schiffsrei-se nach Tilsit und kreuz und quer durch Ostpreußen ein. Reisebegleiter ist der alte Ostpreuße Urb-schat, in Tilsit geboren.

Vom 16. bis 25. August geht es ab Hannover mit Zusteigemög-lichkeiten entlang der Fahrtstrecke nach Thorn - Marienburg - Oberländischer Kanal - Königs-berg - Tilsit- Großes Moosbruch - Gumbinnen - Trakehnen und Rominter Heide - Kurische Neh-rung und mit dem Schiff nach Kiel und dem Bus zurück nach Hannover. Es sind noch Plätze frei. Informationen: Manfred Urb-schat, Telefon: (0355) 535544. E-Mail: urb.man@freenet.de

Zusendungen für Ausgabe 18

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 18/2019 (Erstverkaufstag: 3. Mai) bis spätestens Mitt-woch, 24. April an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allge-meine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Reformation im Preußenland

Albrecht von Brandenburg-Ansbach

Es geschieht immer wieder, dass große Persönlichkeiten nicht die Würdigung und nicht den Platz in den Geschichts-büchern erhalten, den sie verdie-nen. Man denke nur an Johann Sebastian Bach, zweifellos einer der bedeutendsten Komponisten der Welt. Er wäre in Vergessenheit geraten, hätte nicht der junge Felix Mendelssohn-Bartholdy des-sen Matthäus-Passion nach vielen Jahrzehnten wieder aufgeführt.

Auch die am 17. Mai 1490 in Ansbach geborene und auf den Namen Albrecht von Branden-burg-Ansbach getaufte wichtige historische Person ist nur weni-gen bekannt. Höchstens eine Fuß-note in den Geschichtsbüchern und ohne namentliche Nennung im Schulunterricht, keine Gedenktafel, keine Gedenkmünze oder ein sonstiger Hinweis auf den Herrscher, dessen Leistungen in den Bereichen Kultur, Musik, Religion und Völkerverständigung bedeutend waren. Albrecht war der letzte Hochmeister des Deut-schen Ordens und später der erste Herzog Preußens, der den Grundstein für die Universität Königsberg legt und Kirchenlie-der schrieb, die heute noch in den Gesangbüchern vorhanden sind. Sein Wirken beeinflusste die Ge-schichte Europas über viele Jahr-hunderte, deshalb muss er mit ei-nem seiner berühmten Zeitgenos-sen, dem Reformator Martin Luth-er, in einem Atemzug genannt werden.

Das Heft „Albrecht von Bran-denburg-Ansbach und die Reforma-tion im Preußenland“ beschreib-t Albrechts Leben im Deutschen Orden. Es beleuchtet die Einführung der reformatori-schen Lehre im Preußenland so-wie die Gründung des Herzog-tums Preußen im Zusammenhang mit dem am 8. April 1525 unter-zeichneten Vertrag von Krakau.

Weitere Kapitel sind dem Wir-ken der Reformationsbischofe Ge-

org von Polentz und Erhard von Queis, den Predigern der Reforma-tion Johannes Briesmann, Paul Speratus (als Paul Hofer bei Ell-wangen geboren), dem in Neu-stadt an der Aisch geborenen Jo-hann Gramann (auch Johannes Poliander genannt), Johannes Amandus und Andreas Osiander aus dem damals zum Fürstentum Ansbach gehörenden Gunzen-hausen gewidmet.

Breiten Raum nimmt die Be-schreibung der Persönlichkeit von Herzog Albrecht ein, der neue Kirchenordnungen erließ und das alte kanonische Recht der Ord-enszeit ablöste. Bibeln erschie-nen in polnischer, litauischer und prußischer Sprache, eigene Aus-

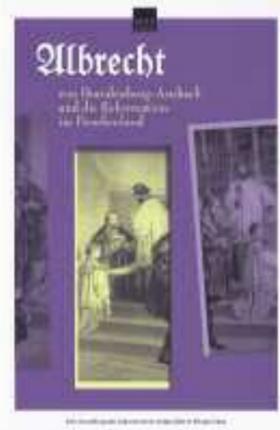
ihm eingerichteten „Silberbiblio-thek“ wurden Bücher mit wert-vollen silbernen Einbanddecken mit biblischen Szenen und Alle-gorien aufbewahrt, die seit dem Zweiten Weltkrieg verschollen sind.

Beschrieben werden auch die Proteste des Deutschen Ordens gegen die Säkularisierung und Gegenmaßnahmen der Katholi-schen Kirche am Beispiel des Ermlandes, wo sich mit Hilfe von Jesuiten die katholische Lehre tief verwurzeln konnte und die Re-gion zum geistlichen Zentrum des katholischen Lebens im Ostsee-raum wurde.

Das Werk endet mit der weite-ren Geschichte des Herzogtums Preußen nach dem Tode von Al-brecht unter Herzog Albrecht Friedrich und dem fränkischen Markgraf Georg Friedrich der viele Beamte nach Königsberg rief, um das Steuer- und Finanz-system nach fränkischem Vorbild umzugestalten. Das Herzogtum Preußen wurde Heimat vieler Glaubensflüchtlinge. Die letzten Kapitel sind dem Zustand der evangelisch-lutherischen Kirche im heutigen nördlichen Ostpreu-ßen gewidmet.

Die im Eigenverlag des Kultur-zentrums Ostpreußen in Ellingen erschienene Publikation „Al-brecht von Brandenburg-Ansbach und die Reformation im Preußen-land“ wurde unter der Redaktion des Direktors der Kultureinrich-tung, Wolfgang Freyberg, mit Unterstützung der Gesellschaft der Freunde des Albrecht von Brandenburg-Ansbach, die 2016 in Ansbach ein Denkmal zu des-sen Ehren aufstellten, erstellt und kann beim Kulturzentrum Ost-preußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440 oder E-Mail: info@kulturzen-trum-ostpreussen.de für 5 Euro zuzüglich Porto und Verpackung erworben werden.

Manfred E. Fritsche



Kann über das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen bezogen werden: Neue Albrecht-Publikation

bildungsstätten für Pfarrer, Ärzte und Lehrer wurden errichtet und das Hofleben zeigte sich welt-licher nach dem Vorbild seiner Heimatstadt Ansbach.

Zentrum der Reformation wur-de Königsberg, wo Albrecht die Universität gründete, den Dom zur Pfarr- und Universitätskirche erhob und die Kirchenlieddich-tung stark förderte. In der von

Schüttelrätsel

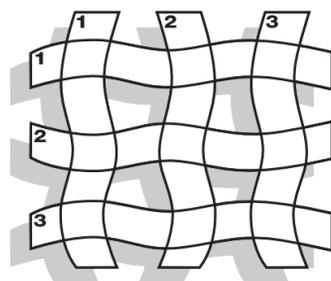
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AFKOP RRST	ABER	AALRT	ABTU	EENSS	AMNO	AAGR	TTUU
AAALS				AMU			
DENR UV		ABEG TT					
				ENU			

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Neben-meer des Atlantik.

1	HOLZ					BAU
2	NETTO					STEUER
3	ROSEN					PULVER
4	WELT					BUND
5	BIER					KIND
6	GEHEIM					REVUE
7	BLUT					REICH



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Dia-gramm.

- 1 Küchengerät, Zeitmesser
- 2 innerster Teil unseres Planeten
- 3 Kanton der Schweiz

chemisches Element, ein Gas	Abmachung (englisch)	Rest-sirup; Futter-mittel	posi-tiver Faktor	Enterich	Eigen-tum be-schlag-nahmen	einzige Aus-fer-tigung	Würde, Ansehen	fein-körnig	Ver-sorgung auf Le-benszeit	altrö-mische Monats-tage	Kletter-pflanze	Fluss zur Donau	Regie-rungs-form
dümmes Blättchen, Scheibe			städtisch		Raubtier mit rötlichem Fell				Fanatiker				
geome-trischer Körper		Miss-fallen äußern					reißend schnell		Konju-gation, Deklination		Hab-, Raff-sucht		Fehllös bei der Lotterie
geome-trische Figur	poetisch: Biene	bibli-scher König	franz. Stadt an der Rhone		elektronischer Speicherort	33. Prä-sident der USA (Harry S.)	spitzer Pflanzen-teil		engl. Adels-titel: Graf	Vorsitz-ender; Sprecher		Hellig-keit stu-fenlos regeln	
Honig-bienen züchten				Be-nehmen, Verhalten	Gott anrufen				Flüssig-keitsan-sammlung im Gewebe		ein Europäer		
Gebets-schluss-wort		in diesem Augen-blick	Wort der Zustimmung	kleine Schlei-der	fiord-ähnliche Bucht	Konsu-ment von Nahrung	Grund-stoff-teilchen		deutscher Schrift-steller (Wilhelm)			Wider-halt; Anklang	
nur wenig				Abkür-zung für Rechnung	bayerisch: Rettich			italie-nische Weinstadt	Verbun-denheit, Vertraut-heit			unzu-rieden sein	
			Quell-fluss der Weser		Erd-boden-aus-hebung		Zentrum	Süd-frucht	franzö-sischer Bildhauer (Auguste)		unmit-teibar zuvor		
	am Anfang	enthalt-sam lebende Frau	könig-lich	unent-schieden (Schach)					Laden-, Schank-tisch				
	leeres Gerede, Unsinn (ugs.)				Platt-fisch	heftiger Wind-stoß	Drei-mann-kapelle		Wind am Gardsee				
	mittel- u. südameri-kanische Währung	Vor-name Ade-nauers			Teil des Sport-unter-richts			Gespen-ster-treiben	hager, mager				
	amerik. Film-komiker (Buster)				glätten, planie-ren	hölzerne Wand-täfelung		Freund (spa-nisch)	saure Flüssig-keit zum Würzen		ein Woll-gewebe		Paar-ungszeit der Vogel
	Falsch-ansage (Zwangslage)	austra-lischer Lauf-vogel		zu keiner Zeit	Holz-gewächs			Vor-nehm-ter		Kfz-Zei-chen Darm-stadt			
	berufen, nomi-nieren	aus dem Weg gehen			Verteidigungs-bündnis (Kzw.)		Leib-bürge		schweiz. Schau-spieler (Bruno)				

So ist's richtig:

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN- WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.

Landesgruppe - Mittwoch, 24. April, 18 Uhr, Haus der Heimat, Gr. Saal, Stuttgart, Schloßstraße 92: Diavortrag von Karla Weyland: „Friedrich der Große - Leben und Lebenswerk“. Friedrich der Große wurde im Januar 1712 in Berlin geboren. Der Vater, Friedrich Wilhelm I., hielt den jungen Friedrich für zu empfindsam. Er ließ seine Kinder und insbesondere Friedrich streng erziehen. Friedrich sollte die Ideale des Vaters, nämlich Strenge, Unbestechlichkeit, Stärke und Sparsamkeit, von Anfang an befolgen. Der feinsinnige Sohn suchte aber immer wieder Zuflucht in Musik und Literatur, was zahlreiche Konflikte zwischen Vater und Sohn heraufbeschwor. In jungen Jahren, bei Wind und Wetter, ließ er ihn auf die Schloßwache ziehen, sodass Friedrich sehr früh daran dachte, der väterlichen Gewalt zu entfliehen und, da auf der Flucht gefangen, in die Festung Küstrin verbannt wurde. Hier erlebte er schreckliche Dinge, die ihn sein Leben lang verfolgten, so die Hinrichtung seines Freundes Hans Hermann von Katte. Sehr spät erkannte der Vater, Friedrich Wilhelm I., was dieser König bewirken konnte. Wie viele Gebote und Gesetze sind ihm zu verdanken - ganz abgesehen vom wirtschaftlichen Aufschwung, dem Bau des Bromberger Kanals und hunderter Schulen, ebenso wie die Abschaffung von Folter. Friedrich der Große lebte bescheiden und sehr zurückgezogen und so wollte er auch bestattet werden, was jedoch mit großen Schwierigkeiten verbunden war. So vieles in der Kunst, Religion, Bauwesen und Politik ist diesem großen König zu verdanken.

Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion, zu dem Sie, Ihre Freunde und Bekannten herzlich eingeladen sind. Der Eintritt ist frei.

Stuttgart - Sonnabend, 27. April, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Kreis- und Frauengruppe treffen sich gemeinsam mit der LM Westpreußen zum Heimatnachmittag mit einem Diavortrag von Heide Quandt. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen, Gäste sind willkommen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach - Sonnabend, 13. April, 17 Uhr, Orangerie: Die Curry-Wurst - eine ostpreußische Spezialität von Herta Heuwer aus Königsberg. Sie sind eingeladen, das Original-Rezept in geselliger Runde zu schmecken. - Sonnabend, 22. Juni, Tagesausflug geplant. Bitte um Ihre Vorschläge bis zum Treffen im April. Anmeldungen bei Heide Bauer, Telefon (0981) 85425.

Hof - Sonnabend, 13. April, 15 Uhr, Altdutsche Bierstube, Marienstraße 88: Treffen zum Thema Frühling/Ostern.

Landshut - Dienstag, 16. April, 13.30 Uhr, Gasthaus Zur Insel: Zusammenkunft mit Video-Rückblick 1918.

Nürnberg - Dienstag, 23. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nbg.-Langwasser. (Ende der U 1 gegenüber): Treffen. Das Schicksal des kleinen Kreuzers 'Königsberg' im Ersten Weltkrieg vor der ostafrikanischen Küste. Gäste willkommen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blh.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Bartenstein - Anfragen für gemeinsame Treffen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg - Freitag, 12. April, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf: Treffen. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Rastenburg - Sonntag, 14. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin: Treffen. Anfragen: Martina Sonntag, Telefon (033232) 188826.



Tilsit-Ragnit - Sonnabend, 13. April, 13 Uhr, Restaurant Galija am Schloß, Otto-Suhr-Allee 139, 10585 Berlin (neue Adresse): Treffen. Anfragen an Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe - Sonnabend, 13. April, 10.30 bis 16 Uhr, Haus der Heimat (L.d.V.), Teilfeld 8: Ostermarkt. Der Ostpreußenstand ist vertreten mit einem Angebot an Literatur und heimatlichen Spezialitäten; für das leibliche Wohl ist ebenso gesorgt. Gäste sind herzlich willkommen.

Landesgruppe/Kulturreferat - Freitag, 10. Mai: zweitägige Fahrt zum Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen am 11. Mai in Wolfsburg.

Diese große Veranstaltung bietet nicht nur Gelegenheit, Verwandte, Freunde und Weggefährte wiederzusehen sondern auch ein umfangreiches Kulturprogramm. Die Ansprache hält Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft.

Sie tragen mit Ihrer Teilnahme dazu bei, dass auch weiterhin große Treffen der Heimatvertriebenen stattfinden können.

Preis pro Person: im Doppelzimmer 125 Euro, im Einzelzimmer 159 Euro, darin enthalten sind Hin- und Rückfahrt in einem modernen Reisebus mit Schlafsessel, WC unter anderem, eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet im 4-Sterne Hotel Courtyard

by Marriott, Kaffee und Kuchen in unserem Hotel am 10. Mai, die Besichtigung des VW-Werks mit der VW-Panoramabahn am Freitag, Abendessen: 3-Gang Menü in Buffetform in unserem Hotel am 10. Mai, Fahrt mit unserem Bus vom Hotel zu den Veranstaltungshallen, Eintrittskarte für die Veranstaltung, Abfahrt am Freitag, 10. Mai: 9 Uhr, Kirchenallee beim Hamburger Hauptbahnhof; 9.30 Uhr, Bahnhof Harburg; 9.45 Uhr, Meckelfeld, Höpenstraße 88, Bushaltestelle Waldquelle. Rückfahrt am Sonnabend, 11. Mai: 18 Uhr über Meckelfeld und Harburg zur Kirchenallee. Anmeldung bei Walter Bidszuhn, Telefon (040) 6933520 und (0172) 9209151.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg - Unser Treffen am 23. März fand unter dem Motto, eine Reise nach Danzig und eine Hochzeit in Masuren, statt.

Nachdem alle mit Kaffee und Kuchen versorgt waren, begrüßte Gerhard Schröder und Christian Keller mit kurzen Worten die Anwesenden. Ganz besonders bedankte sich Gerhard Schröder bei Waltraud Barth für den schönen Blumenschmuck auf den Tischen.

Unseren Geburtstagskindern der letzten vier Wochen, wurde wie immer, mit einem kleinen Gedicht von Anni Oest die Glückwünsche ausgesprochen. Im Anschluss begann Rosmarie Kiau mit dem Vortrag und der Lichtbild-Dokumentation „Eine Reise nach Danzig und eine Hochzeit in Masuren“. Vor Beginn des Treffens hatte Christian Keller seine Technik aufgebaut, damit auch alle die Bilder gut sehen konnten. Zum gezeigten Bild hatte Rosemarie Kiau immer, ohne schriftliche Vorlage, die passenden Worte parat. Alle Sehenswürdigkeiten, die Danzig so interessant machen, wurden mit Spannung von allen aufgenommen, und gelegentlich auch mit Fragen bedacht, welche Frau Kiau, spontan beantwortet konnte. Auf den Bildern konnte man sehen, wie positiv sich die Bausubstanz in Danzig entwickelt hat. In der Bildfolge gab es auch Aufnahmen, die zeigten, wie Danzig nach den Bombardierungen durch die Alliierten am Kriegsende ausgesehen hat.

Nach den Bildern über Danzig konnten wir an einer Hochzeit in Masuren teilnehmen. Bei einer masurischen Hochzeit ist die Tafel immer mehr als reichhaltig gedeckt, und das ständige Tanzen gehört wie selbstverständlich dazu.

Auch Bilder von der Marienburg waren im Vortrag enthalten. Alle Fahrten von Danzig und nach Masuren legte Rosemarie Kiau mit ihren Begleitern mit Zug und öffentlichen Verkehrsmittel zurück. Es war ein sehr guter, gelungener und unterhaltsamer Vortrag. Mit sehr viel Beifall bedankten wir uns, auch mit einem kleinen Geschenk, für die unterhaltsame Darbietung.

Im Anschluss beendeten wir unser Treffen mit dem Ostpreußenlied und dem Hinweis auf unser nächstes Treffen und wünschten allen einen guten Nachhauseweg.

Die nächste Veranstaltung findet am 13. April um 14.30 Uhr wie gewohnt im Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See in Darmstadt-Neukranichstein statt.

An diesem Tag berichten Elke Strahl-Ulrich und Sohn Thomas von ihrer Suche nach Spuren der Vorfahren in Elbing.

Wir freuen uns, wenn wir recht viele Teilnehmer begrüßen können.

Allen Kranken wünschen wir eine baldige Genesung, damit sie an unserem Treffen am 13. April teilnehmen können.

Dillenburg - Bei der Monatsversammlung am 27. März drehte sich alles um den Frühling. Nach dem Kaffeetrinken lasen Manfred und Christine Hoyme abwechselnd Texte zu diesem Thema, zunächst ein Gespräch zwischen Winter und Frühling von dem griechischen Dichter Äsop. Dabei pries sich jeder selber und seine Vorteile. Dann folgte eine meteorologische Abhandlung über das Frühjahr. Der kalendarische Frühling beginnt hierzulande mit der Frühlings-Tag- und Nachtgleiche, wenn die Sonne genau über dem Äquator steht und Tag und Nacht gleich lang sind. Das war in diesem Jahr am 20. März, genau um 22.58 Uhr mitteleuropäischer Zeit (MEZ), und dieser Zeitpunkt gilt auch für die nächsten zehn Jahre. An diesem Tag beginnt offiziell der Frühling, auch wenn man seine Auswirkungen (früheres Hellwerden, blühende Blumen wie Schneeglöckchen, Märzenbecher, Krokusse und Narzissen) und sprossende Blätter an Bäumen und Sträuchern schon früher beobachten konnte, sodass der Frühling für die meisten Menschen bereits am 1. März beginnt.

In der kleinen Geschichte „Frühling für den kleinen Marienkäfer“ freut sich der darüber, dass alles so schön duftet, vor allem als ihm eine Biene erklärt, dass er ja nicht nur ein Frühlingsbote, sondern auch ein Glückskäfer sei.

Viele deutsche Dichter haben Gedichte über den Frühling geschrieben. So stammt das Gedicht „Die luden Lüfte sind erwacht“ von Ludwig Uhland. Wilhelm Busch schrieb ein ironisches Gedicht „Blümlein hübsch und fein“. Da wird das Blümlein, obwohl es von Bienen umsummt wird und ein Schmetterling sich in es verliebt, am Ende von einem alten Esel gefressen.

Dann folgte ein Text von Hermann Löns „Der Maikäfer gehört zu den Schuljungen“. Darin wird das kurze Leben eines Maikäfers beschrieben (vom Ei über den Engerling bis zum Schlüpfen des Käfers nach vier Jahren). Dazu berichtete Dietmar Balschun, dass sie einmal, auf einer Fahrt in die Ukraine, in einen Maikäferschwärm geraten sind. Es waren so viele, dass die Scheibenwischer der Lastwagen sie nicht bewältigen konnten, ja dass man sogar befürchtete, die vielen Käfer würden die Scheiben zerschlagen. Christine Hoyme las dann noch ein Gedicht von Carl Spitzweg „Bauernregel“: Ist der Mai recht warm und fein, wirst im Juni durstig sein; war er aber kalt und schlecht, dürst's im Juni dich erst recht.

Darauf entspann sich ein Gespräch über Bauernregeln, von denen es viele gibt. Zitiert wurde eine der bekanntesten: Mai kühl und nass, füllt dem Bauern Scheun' und Fass. Dann ging man auf Frühlingslieder ein. „Im März der Bauer die Röslein einspannt“ gilt ja heute kaum noch. Alle gemeinsam sangen dann „Nun will der Lenz uns grüßen“. Bei dem Lied von Paul Gerhard

„Geh aus mein Herz und suche Freud“ kann man statt Sommerszeit auch Frühlingszeit singen. Natürlich fehlten auch die Maikräuter und Osterbräuche wie Schmackostern, das Osterwasserholen, bei dem nicht gesprochen werden durfte, weil sonst die Heilkraft des Wassers verlorengeht, nicht. Viele Gruppenmitglieder konnten dazu eigene Erlebnisse beitragen. Zum Abschluss erinnerte Vorsitzender Dietmar Balschun noch einmal an die Kulturtagung am 30. März in Wiesbaden-Naurod und lud dazu ein.

Die nächste Monatsversammlung findet am 24. April statt. Dann wird Dietmar Balschun anhand von Kalenderbilder über „Ostpreußen und seine Maler“ sprechen. *Ingrid Nowakiewitsch*

Wiesbaden - Donnerstag, 25. April, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Königberger Klopse. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 18. April bei Irmgard Steffen unter Telefon (0611) 844938.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Göttingen - Mittwoch, 24. April, 15 Uhr, Café ZÄM - Zentrum für Ältere Menschen, Martin-Luther-Straße 16 in Göttingen-Grone: Kaffeerunde mit Gedankenaustausch und Plaudereien. Die Buslinien 41 und 42 halten in direkter Nähe des Hauses (Haltestelle Bürgerhaus Gronne). - Die LO - Gruppe Göttingen fährt dieses Jahr zum Treffen der Ostpreußen in Wolfsburg am 11. Mai. Abfahrt ist um 8.30 Uhr vom ZOB in Göttingen. Aufgrund der begrenzten Platzzahl bitten wir um umgehende Anmeldung. Nähere Informationen beim Ersten Vorsitzenden Werner Erdmann unter Telefon (0551) 63675.



NORDRHEIN- WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf - Freitag, 12. April, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bis-

marckstraße 62, Düsseldorf: Stammtisch. - Donnerstag, 18. April, Raum 412, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Offenes Singen mit Marion Cals. - Donnerstag, 25. April, 8.45 bis 17 Uhr: Tagesexkursion „Tagebau in Garzweiler“, Auskunft erteilt Frau Grabowski unter Telefon (0211) 1699113. - Sonnabend, 27. April, 15 Uhr, Konferenzraum, GHH: Jahreshauptversammlung mit Wahlen. Anträge sind spätestens bis zum 20. April an die Geschäftsstelle LO Kreisgruppe Düsseldorf e.V., Graf-Recke-Straße 20, 40239 Düsseldorf zu richten.

Witten - Montag, 15. April, 15 Uhr, Evangelische Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Treffen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe - Sonnabend, 15. Juni, 9 Uhr (Beginn: 10 Uhr), Kleingartenverein Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig: 7. Regionaltreffen. Stargast ist der Sänger und Entertainer „BernStein“ sowie die Gruppe „Wegelin“ von der LM Deutsche aus Russland. Andere Beiträge können jederzeit angenommen werden.

In traditioneller Weise sind die Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, die Kreisgemeinschaft Schlossberg und die Samländer an der Gestaltung beteiligt.

Die LM Ost- und Westpreußen Landesgruppe Freistaat Sachsen e. V. bindet den „Tag der Heimat“ in diese Veranstaltung ein.

Weitere Informationen erteilt der stellvertretende Landesvorsitzende Eberhard Grashoff unter E-Mail: ebs.grashoff@web.de oder Telefon (0341) 9010730.



SACHSEN- ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen - 26. April, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Frühlingsveranstaltung mit Liedern und Gedichten.

Leipzig/Landesgruppe Sachsen - Sonnabend, 15. Juni, 9 Uhr (Beginn: 10 Uhr), Kleingartenverein Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig: 7. Regionaltreffen. Stargast ist der Sänger und Entertainer „BernStein“ sowie die Gruppe „Wegelin“ von der LM Deutsche aus Russland. Andere Beiträge können jederzeit angenommen werden.

In traditioneller Weise sind die Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, die Kreisgemeinschaft

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeige

Wir nehmen Abschied von

Eva Maria Büttner

geb. Braun

* 27. 08. 1930 † 29. 03. 2019
Insterburg Marburg

Hans-Martin mit Stella

Birte

Die Schwestern Lore, Regina, Anne und Ute
und alle Angehörigen

Traueranschrift: Birte Büttner, Höninger Weg 268, 50969 Köln

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 15. April 2019 um 14.00 Uhr in der Friedhofskapelle am Rotenberg in Marburg statt. Anschließend ist die Urnenbeisetzung.

Der Tod ist das Tor zum Licht am Ende
eines mühsam gewordenen Weges.
Franz von Assisi

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Schloßberg und die Samländer an der Gestaltung beteiligt.

Die LM Ost- und Westpreußen Landesgruppe Freistaat Sachsen e. v. bindet den „Tag der Heimat“ in diese Veranstaltung ein.

Weitere Informationen erteilt der stellvertretende Landesvorsitzende Eberhard Grashoff unter E-Mail: ebs.grashoff@web.de oder Telefon (0341) 9010730.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 25. April, 14.30 Uhr, AWO: Treffen mit einem Vortrag vom Landesvorsitzenden Edmund Ferner zum Thema „Ein Ostpreuße als akademischer Entwicklungshelfer im Rahmen des Baumhausprojektes in China in der Provinz Yinnan (ehemalige deutsche Kolonie Tsingtau)“.

Bericht – 70 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen – LO in Bad Schwartau. Die LO Bad Schwartau feierte mit weit über 100 Mitgliedern und Gästen ihr 70-jähriges Bestehen in einer fast überfüllten Mensa des Mühlenberggymnasiums Bad Schwartau. Nach dem Eingangsglied „Ännchen von Tharau“, konnte der Vorsitzende Axel Simanowski zu der Festveranstaltung als Ehrengäste insbesondere begrüßen: den Kreispräsidenten des Kreises Ostholstein Harald Werner, die Bürgervorsteherin der Stadt Wiebke Zweig, des weiteren Vorsitzenden der CDU Bad Schwartau Frank Schumacher, Klaus Nentwig, Vorsitzender des Bürgervereins Bad Schwartau, Axel Gieseler, Vorsitzender der Bruhnstiftung, Peter Giregk vom Vorstand der LO Schleswig Holstein, Manfred Lietzow Vorsitzender der Ost – und Mitteldeutschen Vereinigung, Fedor Mortzek, Landesvorsitzender Bund der Vertriebenen, Egon Milbrod Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Gajane Gotenova, Vorsitzende des

Deutsch-Russischen Clubs „Samovar“ sowie Wolfgang Dunker, Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, der uns für unsere Monatsveranstaltungen stets seine Räumlichkeiten zur Verfügung stellt. Dafür sei ihm herzlich gedankt. Zur musikalischen Untermauerung sang der „Brandenbaumer Chorverein“ ostpreußisches Liedgut. Weiterhin freute er sich Vorsitzende und Mitglieder aus den anderen Ortsgruppen der LO wie Eutin, Fehmarn, Heide, Scharbeutz, Lübeck begrüßen zu können, sodass der Vorsitzende von einem kleinen Heimattreffen sprach.

In seinen Grußworten hob der Kreispräsidenten nach einer Rückschau auf die Flüchtlingsjahre insbesondere die Verdienste der Landsmannschaften hervor, die vielen Menschen einen wichtigen Zusammenhalt und soziale Geborgenheit gaben und auch heute nach über 70 Jahren noch geben. Die Bürgervorsteherin bezeichnete sich selbst in den Grußworten noch als Jugendliche, hat aber durch viele Erzählungen sowie auch während ihrer beruflichen Ausbildung und Studium zum Thema der Flüchtlinge der Nachkriegsjahre eine tiefe geschlossene Beziehung bekommen und würdigte das Bestehen der Landsmannschaft und das große Interesse an der Jubiläumsfeier. Nentwig brachte seine besondere Nähe zur Landsmannschaft und besonders zum Ostpreußen als Mensch zum Ausdruck und übergab vom Bürgerverein eine finanzielle Spende. Desgleichen ist auch Gieseler der Landsmannschaft sehr verbunden und überreichte ebenfalls von der Bruhnstiftung eine finanzielle Unterstützung. Auch die weiteren Grußworte der Ehrengäste waren voller Lob und Anerkennung über die Arbeit der Landsmannschaft, wobei insbesondere auch der Verdienste der langjährigen Vorsitzenden Frau Regina Gronau gedacht wurde, die aus gesundheitlichen Gründen heute nicht dabei sein konnte.

In der Rückschau des Vorsitzenden Axel Simanowski, der erst zwei Jahre im Amt ist, schilderte er in seiner Ansprache wie sich vor siebzehn Jahren, am 19. März 1949 die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen aus den Ostgebieten zusammenfanden und die Landsmannschaft in Bad Schwartau gründeten. Sie wollten damals ei-



Jubiläumsfeier: 70 Jahre LO-Bad Schwartau

Bild: privat

ne Interessenvertretung der über 14 Millionen Menschen sein, die aus Osteuropa geflüchtet und vertrieben wurden. Stand seinerzeit die Gründung einer neuen Existenz im Vordergrund, sollte dennoch auch das Kulturerbe bewahrt werden. Die Erinnerung an die alte Heimat, an Kriegsgeschehen, Flucht und Vertreibung sollte auch in der kommenden Generation wach gehalten werden.

Das heute die Ortsgruppe noch so aktiv besteht, ist den vorangegangenen Vorständen zu verdanken. Insbesondere stellvertretend für die Vorstände erinnerte Axel Simanowski an die jeweiligen Vorsitzenden:

Henning Hesse, Robert Nickel, der in seinen 20 Jahren die Ortsgruppe besonders geprägt hat, Frau Lemke, Gerda Hartwig und Wally Heine und letztlich in besonderem Maße Frau Regina Gronau, die 18 Jahre die Geschicke der Landsmannschaft geführt hat.

Mit einem mahnenden Gedicht „Du und Deine Kinder“ von Margarete Fischer – Woelk, schloss der Vorsitzende seine Eingangsansprache, und der Chor überbrückte mit seinen Liedern „Die beste Zeit im Jahr ist mein...“ und dem „Finkenwalzer“ die Zeit bis zum Festvortrag von Peter Gerigk vom Landesvorstand mit dem Thema: „West- und Ostpreußenlied im Spiegel der Zeit“ und führte dazu eingangs aus: Zur Identität eines Volkes, eines Landes, eines Staates oder einer Nation gehören nicht nur seine Vergangenheit, sein Brauchtum und seine Sitten, sondern gehört auch ihre Nationalhymne.

Insbesondere ging Gerigk hierbei auf das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“ ein.

Komponist ist Herbert Brust (1900–1968), und die eindrucksvollen mit dem Land verbundenen Verse schrieb der ostpreußi-

sche Dichter Erich Henninghofer (1908–1945).

Nach dem anschließenden Lied des Chores von Mozart: „Zur Feier“ nahm Peter Giregk in Vertretung des Landesvorsitzenden Edmund Ferner und Axel Simanowski die Verleihung einer Urkunde und silbernen Ehrennadel an Bärbel Kieburg, Elisabeth Schulze und Gertrud Romanowski vor, die damit für eine über dreißigjährige aktive Mitgliedschaft geehrt wurden.

Zum Schluss bedankte sich der Vorsitzende für die vielen lobenden Grußworte, beim Chor für das schöne ostpreußische Liedgut, bei den Helfern der Organisation und schloss mit dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes die offizielle Veranstaltung.

Bei einem bestellten Imbiss hatten die Mitglieder und Gäste nun noch genügend Zeit sich als die Erlebnisgeneration über ihre Erinnerungen aus vergangener Zeit auszutauschen.

Ein besonderer Dank gilt der Stadt Bad Schwartau für die Genehmigung zur Benutzung der Mensa des Mühlenberggymnasiums für die Jubiläumsveranstaltung.

Hans-A. Eckloff,
stellvertretender Vorsitzende

„Du und Deine Kinder“ von Margarete Fischer-Woelk

Sprich Deinen Kindern oft vom Heimatlande, erzähle ihnen, wo du einst gelebt, und knüpfte wieder die zerrissene Bande/bis ihnen ihre Brust vor Sehnsucht bebt.

Erzähle ihnen von der frühen Jugend/und von den Ahnen, die sie nicht gekannt./Präg' ihnen ein die Treue und die Tugend/Bis sie vor Lieb' und Sehnsucht sind entbrant

Sing' deinen Kindern alte Heimatlieder,/und sei mit Herz und

Seele ganz dabei,/schenk' ihnen so die Heimat wieder./dann werden ungeahnte Kräfte frei.

Erzähle ihnen, wo sind geboren, und von den Wäldern dort, von dem trauten Heim, das sie verloren,/so lang, bis sie im Geiste alles seh'n.

Und ist dein Kind hier in der Fremd' geboren/und hat die liebe Heimat nie geseh'n,/so bist allein du dazu auserkoren,/dass stets das Feuer brennt und bleibt besteh'n

Und bist du alt, dass du nicht mehr darfst hoffen/einst heimzukehren in die Heimat fern,/so halte dennoch Herz und Seele offen,/sprich von der Heimat freudig und gern

Schönwalde a. B. – Freitag, 26. April, 19 Uhr, Café Ehlers, Kasseedorf: Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: Eröffnung und Begrüßung, Bericht des Vorsitzenden, Bericht der Kassenswartin, Bericht der Kassenprüfer und Entlastung, Entlastung des Vorstandes, Grußworte der Gäste, Verschiedenes. Wie alljährlich wollen wir an diesem Abend Königsberger Klopse essen. Kostenbeitrag 12 Euro. Wir möchten Sie bitten, sich bis zum 20. April beim 1. Vorsitzenden Hans-Alfred Plötner unter Telefon (04528) 495 oder beim 2. Vorsitzenden Ulrich Schrank unter Telefon (04528) 9901 anzumelden. Freuen würden wir uns, wenn recht viele Freunde daran teilnehmen.

Uetersen – Freitag, 12. April, 15 bis 17 Uhr, Haus Uetersen End, Kirchenstraße 7: Ein fröhlicher Nachmittag mit Erwin Krüger, der auch seine Drehorgel mitbringt.

Kulturforum

Allenstein/Warschau – Sonntag, 14. April, 16 Uhr, Dom Mendelsohna, Allenstein und Dienstag, 16. April, 18 Uhr, Deutsches Historisches Institut Warschau: Präsentation mit Lesung und Gespräch der polnischen Ausgabe des Buches „Zeugnis vom Untergang Königsbergs“ von Michael Wieck.

Eine Veranstaltung des Deutschen Kulturforums östliches Europa in Potsdam mit dem Verein „Juden in Ostpreußen“ und der Stiftung Borussia. Der Eintritt ist frei.

LO-TERMINE

13. bis 14. April: AT Deutsche Vereine in Sensburg
12. bis 14. April: Kulturseminar in Helmstedt

»Hilfe für Euch«

Schleswig – Sonnabend, 4. und Sonntag, 5. Mai, jeweils 11 bis 17 Uhr, Kloster St. Johannis: Frühjahrsausstellung der Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ mit wertvollen Handarbeiten aus Ostpreußen. Sie wurden von Frauen gefertigt, die damit ihr Zubrot für ihre Familien verdienen. Zum Kauf angeboten werden Accessoires für Wohnzimmer, Küche und Bad, die beliebten handgestrickten Socken und qualitätsvolle Damenkleidung sowie viele schöne Geschenkartikel, Honig und Bernstein aus Ostpreußen, Kochbüchlein, Fotokarten und anderes. Im Mittelpunkt steht alles rund um die Taufe. Der Erlös kommt einerseits den Frauen zugute, andererseits rund 100 bedürftigen Familien, die von der Arbeitsgemeinschaft ehrenamtlich betreut werden.

Es gibt Kaffee und selbstgebackenen Kuchen.

Am Sonntag, den 5. Mai um 15 Uhr, wird die bekannte Myrthenerzählerin Frau Paisen-Petersen die Mythe von einer Riesin vortragen, die ihr Schicksal selbst zum Guten wendet.



Bild: privat

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Bahnhof und Malz, Gott erhalt's

Die Erhaltung von Bahnhöfen und Fabriken erhitzt in Niederschlesien die Gemüter

Immer mehr historische Gebäude in Niederschlesien werden saniert und bekommen ein zweites Leben, meist „zweckentfremdet“ als Kultureinrichtungen. Doch längst nicht alle historischen Objekte werden vor einem Abriss verschont.

Der Bahnhof in Petersdorf [Piechowice] befindet sich in einem desolaten Zustand. Jahrelange Vernachlässigung und Vandalismus führten dazu, dass dieses unweit von Hirschberg [Jelenia Gora] und Schreiberhau [Szklarska Poreba] im malerischen Hirschberger Tal gelegene Bahnhofsgebäude dringend saniert werden muss.

Bürgermeister Jacek Kubielski stellte bereits einen Antrag an die Immobilienverwaltung der Polnischen Bahn in Breslau zwecks Übernahme des Gebäudes durch seine Gemeinde. Ihm schwebt vor, dort ein touristisches Informationsbüro, ein Konferenzsaal, ein Ausstellungsraum oder einen Begegnungsort für Senioren einzurichten. Nach Geldern dafür sucht er bereits beim entsprechenden Ministerium und in EU-Programmen. Sollte diese Finanzierung

nicht gelingen, verspricht er, die Investition aus dem Stadtbudget zu stemmen. Dies würde jedoch lediglich eine etappenweise Renovierung ermöglichen. Kubielski weiß um die touristische Bedeutung seiner Stadt sowie vor allem auch der Bahnstrecke, die wegen des Flusses Zacken (Kamienna) Zackenbahn genannt wurde. Sie verläuft im Isergebirge von Hirschberg über Schreiberhau nach Grünthal beziehungsweise Polaun [Korenov] in Tschechien und war eine der ersten elektrifizierten Eisenbahnstrecken Deutschlands.

Durch den Einsatz der „Rübezahl-Triebwagen“ der DR-Baureihe ET 89 ist sie heute noch unter Geschichts- und Bahnfreunden europaweit bekannt. Aber auch der Ort selbst mit seinem 1509 Meter hohen Berg, der Hohe Rad [Wielki Szyszak], ist für Wanderer attraktiv, wenn da nicht der vernachlässigte Bahnhof wäre. „Noch im Sozialismus befand sich hier im Bahnhof das beste Möbelgeschäft ganz Niederschlesiens. Ich hoffe, dass an seiner Stelle bald ein Café oder ein Ausstellungsraum entsteht, sodass diejenigen, die

dieses Gebäude heute beschädigen, es dann bewundern werden“, so eine Einwohnerin von Petersdorf gegenüber Radio Breslau.

Anfang April wurde in Haynau [Chojnow] bei Liegnitz [Legnica] das Bahnhofsgebäude nach der Sanierung wiedereröffnet. Die Modernisierung kostete umgerechnet etwa 2,3 Millionen Euro. Der Bahnhof in Haynau gehört zu den insgesamt 17 Objekten der



Bedarf dringend einer Sanierung: Der Bahnhof von Petersdorf an der Zackenbahn

Bild: Jacek Halicki, Wikipedia

Bahn, die in der Woiwodschaft Niederschlesien saniert werden. „Bis 2023 werden 200 Bahnhöfe polenweit modernisiert, grundsanieren oder neu aufgebaut. In Niederschlesien wurden allein 2018 sechs Bahnhöfe grunderneuert“, sagte Krzysztof Golubiewski vom Vorstand der PKP-Aktiengesellschaft bei der Eröffnungsfeier in Haynau. Ein Teil des 1910 erbauten Haynauer Bahnhofsgebäu-

des wird von der Stadt genutzt. Dort sollen künftig ein Kindergarten, Büroräume und ein Blumenladen eingerichtet werden.

Weniger Glück hatte die letzte Mälzerei in Löwenberg [Lwowek Slaski]. Die historische Malzfabrik aus dem 19. Jahrhundert in dieser niederschlesischen „Bierstadt“ soll abgerissen werden. Obwohl das Gebäude auf der Liste historischer Architekturdenkmäler steht, kann und will die Stadt es nicht retten. Zu weit sei der Zerfall fortgeschritten, heißt es seitens des Magistrats. Doch Lokalhistoriker sehen das anders.

Die Gemeinde hat die Mälzerei 2009 zwecks schnellen Verkaufs an Privatinvestoren übernommen. Als sich jedoch kein Käufer fand, wollte man in der Mälzerei ein Brauereimuseum errichten. Doch bei Willensbekundungen ist es geblieben. Währenddessen stürzten das Dach und die obere Etage ein.

So entstand im Magistrat die Idee, das Gebäude abzureißen und den Bauplatz zu verkaufen. Die Löwenberger Bürgermeisterin Mariola Szczesna stellte bereits im Warschauer Verwaltungsge-

richt einen Antrag auf die Streichung des Objektes aus der Liste der historischen Denkmäler, denn nur so könne man es abreißen. Das Gebäude sei ohne historischen Wert und zu teuer, um es zu sanieren und entsprechend zu nutzen, so die Begründung der Bürgermeisterin.

Arkadiusz Gutka vom Verein Monitoring Historischer Gebäude sieht darin einen Akt der Barbarei. „Die Bürgermeisterin versteht die Bedeutung einer historischen Stadt wie Löwenberg nicht und schlägt einen Kurs ein, wie einst die Kommunisten in unserer Stadt“, so Gutka, der hofft, dass sich doch noch ein Investor für die etwa zehn Millionen Polnische Zloty (rund 2,3 Millionen Euro) kostende Sanierung findet.

Gutkas Verein erinnert daran, dass in Löwenberg schon im 16. Jahrhundert gebraut wurde und es 1546 dort 74 Malzbrauereien gab. Für diese Tradition stehe die letzte Mälzerei Löwenbergs, und sie müsse für die Nachwelt erhalten bleiben. Das letzte Wort sei noch nicht gesprochen, verspricht der Aktivist.

Chris W. Wagner

Usedom – Die Karniner Brücke

Neues Leben für die zerstörte Brücke? – Derzeit ein Technisches Baudenkmal

Wer heute über die B 110 auf die Insel Usedom fährt, bemerkt schon von weitem ein hohes Gerüst. Dem Betrachter erschließt sich nicht sofort, um was es sich handeln könnte. Des Rätsels Lösung: Es ist der Mittelteil der Karniner Eisenbahnbrücke. Derzeit ist es ein Technisches Baudenkmal ohne Anbindung an die frühere Strecke.

aller Kommandeure des Heeres und Chefs der Marine in einer „Großen Lage“ Vertreter des Heeres ankündigten, wegen des von Anklam weiter vorstoßenden Gegners jetzt die drei Brücken vom Festland nach Usedom sprengen zu müssen, erhob ich Einspruch: „Wenn schon gesprengt werden muss, dann nur nach Öffnen der Brücken!“. Andernfalls säßen meine vier Artillerie

mit Artillerie südlich von Wolgast am Ufer des dort sehr schmalen Fahrwassers standen. Bei diesem Gefecht hatte das Führerboot durch starkes Niedrigwasser auch noch Grundberührung und musste nach vergeblichen Abschleppversuchen in zwei Nächten gesprengt werden, nachdem hier auch noch der letzte Gefallene der Flottille zu beklagen war.

Den anderen drei Booten gelang aber der Rückmarsch nach Süden durch die Zecheriner und die Karniner Brücke mit angehobenem Mittelteil ins Haff und weiter nach Swinemünde bzw. Kaseburg. Bei einer regulären Sprengung wäre das durch das dadurch gesperrte Fahrwasser nicht möglich gewesen. Vielmehr hätten auch die anderen drei A-Träger gesprengt und ihre Besatzungen über Land nach Swinemünde evakuiert werden müssen, um von dort in den Westen zu gelangen. Auch in Wolgast ist die Brücke wie gefordert nach dem Öffnen vor meinen Augen gesprengt worden, nachdem sich die letzten Soldaten aus der Stadt auf die Insel zurückgezogen hatten bzw. von Marinefährrähmen nach Rügen abgelandet worden waren. Und bei der Karniner Hubbrücke

Greifswalder Bodden.

Der Verlag erhielt 2001 einen Brief von Gerd-Dietrich Schneider aus Bremerhaven, der als damaliger Wehrmachtsoffizier an dem Beschluss zur Sprengung beteiligt war. Inzwischen ist er verstorben, aber seine Witwe hat die Genehmigung zum Abdruck des Briefes gegeben.

Das Schicksal der Brücke in den Folgejahren

Usedom erlebte ebenfalls das Schicksal der Teilung. Es war anfangs zu Zeiten der DDR keine Option, die Brücke wieder aufzubauen. Der wichtige Bahnhof Swinemünde, über den die Ostseebäder vor dem Krieg erreicht wurden, war inzwischen polnisch geworden. Die Gleise wurden aufgenommen und anderweitig verwendet. Anklagend stand nun das Mittelteil der Hubbrücke im Peenestrom.

Es gab zwar in den 1960-er Jahren Planungen, die Bahnstrecke wieder aufleben zu lassen, diese wurden jedoch nie verwirklicht. Im Jahr 2000 erfolgte eine Bahnanbindung an das Festland in Wolgast über die neue Peenebrücke. Die Brücke ist eine kom-

stellt wurde.

Intensiv wurde nun dafür gearbeitet, die Bahnstrecke wieder zu reaktivieren. Mit dem Slogan: Berlin - Usedom in 2 Stunden wurde u.a. mit einer kleinen Bahn direkt in Berlin gewonnen. Unterschriftensammlungen, Eingaben, Brückenfeste, Anträge beim Landes- und Bundsparlament folgten, fanden große Beachtung. In Gesprächen mit der Deutschen Bahn, dem Staatssekretär aus dem Bundesverkehrsministeriums wurde die Notwendigkeit der Wiederbelebung der Strecke erörtert. Der Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern verfasste 2010 die Karniner Erklärung:

Die 1933 gebaute und 1945 gesprengte Karniner Hubbrücke war Teil einer seit 1876 bestehenden Eisenbahnverbindung von Ducherow an der Hauptstrecke Berlin - Stralsund nach Swinemünde auf der Insel Usedom. Mit dieser Eisenbahnverbindung war es seit 1894 möglich, die Kaiserbäder auf der Insel Usedom von Berlin aus mit dem Zug in gut zweieinhalb Stunden zu erreichen. Heute beträgt die Fahrzeit zwischen Berlin und den Kaiserbädern über die 2000 eröffnete Wolgaster Peenebrücke etwa vier Stunden.

senbahnverbindung über Karnin in den Bundesverkehrswegeplan 2003 war ein richtiger Schritt. Bei Vorliegen entsprechender wirtschaftlicher Daten muss das Projekt nunmehr in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen und so bald als möglich realisiert werden.

Eine auf Initiative der Deutschen Bahn AG zu bildende internationale Arbeitsgruppe, die von ihr auch verantwortet und geführt wird, wird die entsprechenden Untersuchungen und Maßnahmen flankieren und unterstützen.

Ebenso wird das Land Mecklenburg-Vorpommern eine Absichtserklärung zum Wiederaufbau der Eisenbahnverbindung über Karnin erarbeiten und sie den zu beteiligenden Partnern – Bundesrepublik Deutschland, Länder Berlin und Brandenburg, Deutsche Bahn AG – vorlegen. Der Wiederaufbau der Eisenbahnverbindung über Karnin wird auch das Zusammenwachsen der Region Pomerania auf beiden Seiten der Grenze befördern.

Gleich zweimal wird der Zug auf seiner Fahrt von Berlin nach Heringsdorf über Karnin die deutsch - polnische Grenze queren: das ist praktisch erlebte europäische Integration. Swinemünde, das derzeit die Zahl seiner Gästebetten verdoppelt, wird erheblich von der attraktiven Verbindung nach Berlin profitieren.

Der Wiederaufbau der Eisenbahnverbindung über Karnin ist ein wichtiger Baustein für den ganz konkreten Prozess der europäischen Integration im Nordosten Deutschlands. Es ist zu prüfen, ob durch die Europäische Union zusätzliche Fördermittel zur Realisierung des Projektes bereitgestellt werden können.

Der Wiederaufbau der Eisenbahnverbindung über Karnin befördert vor allem die Tourismuswirtschaft.

Alle Fürsprachen, Überlegungen, den Sicherheitsstandard auf der Insel im Falle einer Katastrophe zu gewährleisten, der jetzt schon stattfindende Verkehrskollaps und die zuvor genannten Argumente fanden bisher keine Beachtung.

Doch jetzt scheint sich das Blatt zu wenden. Mitte März 2019 konnte der Vorsitzende des Vereins Usedomer Eisenbahnfreunde, Günther Jikeli, und die Befürworter zur Kenntnis nehmen, dass doch Bewegung in das Projekt gekommen ist. Es wird an der Finanzierung vonseiten des Verkehrsministers M-V Christian Pegel gebastelt und es wurde bestätigt, dass eine zweite Eisenbahnbindung auf die Insel ein notwendiger Schritt sei. Auch im Hinblick darauf, dass der im Bau befindliche Swine-Tunnel in Swinemünde, der 2022 fertig sein soll, zur Steigerung des Verkehrs auf Usedom beitragen und die Verkehrsprobleme verstärken wird.

Lars Petersen (CDU), Bürgermeister von Heringsdorf: „Eine Bahnverbindung hilft allen. Eine Direktverbindung würde die Insel aufwerten. Zudem sei angesichts der aktuellen Klimaschutz-Diskussion Bahn sowieso die bessere Wahl.“

Der Bund müsste Brücke und Bahnverbindung bauen, Kosten: bis 150 Millionen Euro. Die Ministeriumsprecherin hält sich zu Details und Zahlen bedeckt, bestätigt aber „Prüfungen, ob und gegebenenfalls wie eine Aufnahme in den nächsten Doppelhaushalt in Betracht kommt“. Der Bund hatte den Bau der Karniner Brücke 2015 nicht in den Bundesverkehrswegeplan bis 2030 aufgenommen. Läge aber eine Planung im Land bereits vor, wäre die Chance für die Aufnahme größer, so Gundlach.

Vor den Befürwortern liegt noch eine lange Strecke, damit diese Planungen zum Erfolg führen.

Brigitte Stramm



Die Karniner Hubbrücke vor 1945 (Foto: Eisenbahnfreunde Usedom)

So war es damals – die Karniner Brücke ermöglichte es, dass die Züge von Berlin kommend in nur ca. 2½ Stunden Usedom in direkter Fahrt erreichten.

Die Hubbrücke Karnin war bereits die zweite Eisenbahnbrücke an dieser Stelle, sie löste die ursprünglich erbaute Drehbrücke von 1876 ab – wurde 1932 bis 1934 nach Plänen von Dipl. Ing. Linstedt erbaut, um dem erhöhten Anspruch der Verkehrsanbindung auf die Insel Usedom Rechnung zu tragen. Die Seebäder waren begehrte Reiseziele, besonders für die Berliner, deshalb auch scherzhaft „Badewanne der Berliner“ genannt. Das Technische Meisterwerk hatte eine Gesamtlänge von 360 m, mit 2 Gleisen in Normalspur. Die Gesamthöhe des Hubgerüsts betrug 35 m, Gesamtbreite 19,2 m, Gesamtlänge des Mittelteils mit dem Hubgerüst 51,7 m.

1945 wurde die Brücke von der Deutschen Wehrmacht gesprengt. Der nachfolgende Bericht eines Beteiligten schildert, was damals passierte.

Die Sprengung der Peenebrücken – ein Augenzeugenbericht

Ich war ab Anfang 1945 als Oberleutnant zur See und Chef der 8. Artillerieträger-Flottille mit sechs Booten und einem Werkstattschiff in dem neuen Marinehafen Kaseburg südlich von Swinemünde stationiert. Einsatzmäßig unterstanden wir dem Seekommandanten Pommern, Kapitän zur See Johannes Rieve mit Stabsquartier in einem Ahlbecker Hotel an der Strandpromenade. Bis Mitte April führten wir bei Nacht mehrere Durchbrüche Oder-aufwärts vorbei an zuerst von polnischen, dann sowjetischen Verbänden besetztem Ostufer nach Stettin durch. In einer folgenden Nacht sicherten wir das Abschleppen großer Schwimmdocks nach Swinemünde, wobei es in dem schmalen Fahrwasser zu häufigen Artillerieduellen kam, die die Fahrten aber nicht aufhielten.

Nach dem Durchbruch der Sowjets Mitte April auch über die Oder südlich von Stettin und ihrem Vormarsch nach Nordwesten und Norden, waren unsere Boote auf dem Achterwasser zur Sicherung Usedom vor Übersetzversuchen unterwegs, um Swinemünde als wichtigen Nachschubhafen für die noch im Kurland und bei Danzig kämpfenden deutschen Truppen, aber auch für die Flüchtlingstransporte nach Westen halten zu können. Dazu nahm ich häufig an den Lagebesprechungen beim Seeko (Seekommandant Pommern) teil. Als dabei am 28. April im Kreis

rietträger, die seit diesem Tage auf dem Peenestrom patrouillierten, in der Falle, müssten aber zur Erhaltung ihrer hohen Kampfstärke für die weitere Entwicklung, aber auch ihrer 240 Mann Besatzung wegen entweder nach Norden vorbei an



Der jetzige Zustand der Karniner Brücke (Foto: Peer Schmidt-Walther)

Wolgast oder nach Süden ins Stettiner Haff und weiter nach Swinemünde gelangen können.

Das leuchtete auch dem Seeko ein, und er machte mit einem entsprechenden Befehl den anwesenden Höheren Pionierführer persönlich dafür verantwortlich, dass alle drei Brücken nur in geöffnetem Zustand gesprengt und das Passieren von Schiffen nicht behindert bzw. unmöglich gemacht werden dürfe. Auch der Gruppenführer meiner Boote nahm vor Ort Verbindung mit den Pionieren auf, als er die Rückführung von Heeresverbänden bei Zecherin und Karnin nach Usedom mit seinen A-Trägern am 28. und 29. April sicherte. Ich selbst wurde am 29. April nach Wolgast geschickt, um dort mit schon vorher dorthin verlegten zwei Booten der 5. A-Flottille aus Swinemünde und meinen vier Schiffen die haltende Verteidigung der Stadt Marine-seitig zu leiten.

Tatsächlich war den vier A-Trägern auf dem Achterwasser später nicht mehr ein Ablaufen nach Norden möglich, da die Sowjets bereits

wäre nicht das wichtige und kostbare Mittelstück erhalten geblieben!

Bei den Brückensprengungen handelte es sich also nicht nur allein um eine von der militärischen Lage her bedingte strategische Notwendigkeit, sondern darüber hinaus für mich als Verantwortlichen für meine vier Besatzungen und A-Träger auch um ein taktisches Erfordernis.

Mit eine Grundlage für meine Forderung war es auch, dass wir bei unserer Verlegung von Kiel nach Swinemünde Anfang April 1945 die mir von früher her bekannte Möglichkeit der Fahrt sozusagen „hintenrum“ durch den Strelasund, Greifswalder Bodden und Peenestrom gewählt hatten, als nämlich der übliche Weg über See rund um Rügen nach Abwurf von Luftminen vor Saßnitz gesperrt war. So lernten wir diese Gegend und ihre Brücken schon kennen.

Gerd-Dietrich Schneider (†)

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des nordlicht Verlag Karlshagen aus dem Buch: Erlebnis Peene – Zwischen Malchiner See und

Die Akku-Lösung

Zu: Steigende Gefahr eines Black-out (Nr. 4)

Ich stelle mir vor, dass Ladestationen en masse in Zukunft unsere Städte und Landschaften verschandeln werden. Noch stören die vereinzelt aufgestellten Zapfstellen an exponierten Plätzen nicht. Doch wenn der Verkauf der Elektro-Autos stärker wird, was wir uns wünschen, werden Umengen von Standplätzen benötigt, die dann wohl immer zum Stromladen belegt sein werden.

Man stelle sich nur einmal vor, wie es an den unzähligen Zapfstellen aussehen wird. Wertvolle Parkplätze und Stellplätze an den Straßenzügen werden als Parkplatz nicht mehr zu nutzen sein, weil diese Standplätze für Stromkunden vorgehalten werden müssen. Diese fehlen für parkende Autos in den Städten. Hauptsächlich die Flächen an öffentlichen Gebäuden könnten genutzt werden, weil wenige Privatleute ihren Platz für die Öffentlichkeit freigeben werden.

Das Problem der öffentlichen Hand wird in der Zukunft sein, das Laden der Batterien an jederzeit verfügbaren Ladestationen vorzuhalten. Das Laden unterwegs benötigt nun eine gewisse Zeit. Eine knapp geladene Batterie oder zu weite Strecken bergen die Gefahr, dass man unterwegs liegen bleibt. Dann wäre guter Rat teuer.

Eine Möglichkeit für die Zukunft wäre: Statt die Batterien ständig neu laden zu müssen, tauscht man das leere Behältnis gegen ein vollgeladenes aus, so, wie es bei den Gasflaschen auf dem Campingplatz üblich ist. Es wird dann nur der Inhalt mit den Nebenkosten abgerechnet. Dann könnte man überall im Lande, vielleicht an den bestehenden Tankstellen, verbrauchte Batterien gegen geladene umtauschen. Die Reichweite eines Akkumulators wäre dann nicht mehr so wichtig.

Die Batterien könnten dort im großen Rahmen geladen werden, wo der Strom direkt in Massen anfällt. Auch Überlandleitungen wären, in dem vorgesehenen Rahmen, nicht mehr nötig. Dazu ist aber Voraussetzung, dass sich die Autoindustrie einigt und genormte Akkumulatoren in die Neuwagen einbaut, damit diese, entsprechend ihrer Größe, in jeden Wagen passen.

**Jürgen Schultz,
Soest**



Kurz nach dem Attentat im neuseeländischen Christchurch: Eine der beiden Moscheen, in der ein Attentäter 50 Menschen erschossen hat. Die weltweite Anteilnahme war danach größer als nach den zahlreichen islamischen Attentaten auf Christen

Bild: pa

Wie Neuseeland sich vorm »Ginster« Mensch schützt

Zu: Im Morast des Zynismus (Nr. 12)

Ob links, neutral, rechts, im Glauben oder auch im Tierschutz – überall gibt es Menschen, die ihre Meinung sachlich vertreten, mit Nachdruck für ihre Überzeugung kämpfen, aber auch gewaltbereit agieren. Je nach pädagogischem Grundtyp und sozialem Umfeld ist alles möglich, wie sich ein Mensch entwickelt und wie er handelt.

Nationale Identitätskrisen sehen wir in Polen, in Ungarn, in den USA, in Großbritannien, sie gibt es auch in Deutschland (ein Deutscher fährt mit seinem Auto in eine Gruppe Ausländer) und nun auch in Neuseeland. Zweifellos ist Neuseeland ein traumhaftes Reiseziel. Die Wahnsinnstat von Christchurch sollte aber niemanden von einem Besuch dieser Inseln abhalten.

Christchurch ist wohl die europäischste Stadt unter dem Kreuz

des Südens. Mit seiner Holzkathedrale, seinen Hektordelphinen vor der Tür und Ausgangspunkt vieler Südpolexpeditionen, verleiht die Stadt dem europäischen Besucher das Gefühl, er sei zu Hause.

Neuseeland hat aber auch seine Probleme. Der Ginster hat zum Beispiel vielen einheimischen Pflanzen ihr Areal geraubt. Aber auch die Zuwanderung führt das kleine Volk in Bedrängnis. Vor ein paar Monaten hat die neuseeländische Regierung ein Gesetz erlassen, dass es Ausländern verbietet, Grund und Boden sowie Immobilien zu erwerben. Die Neuseeländer wollen sich vor dem »Ginster« Mensch schützen.

Die Tat in Christchurch ist durch nichts zu rechtfertigen. Aber eine Ursache erkenne ich schon: Das kleine Volk hat genug mit der eigenen Aufarbeitung zwischen den Eroberern und der indigenen Bevölkerung, den Maori, zu tun.

Extreme Muslime bringen weltweit tausendfachen Tod über die Menschheit. Da mutet es schon herablassend an, wenn ein Vertreter eines muslimischen Verbandes in Deutschland fordert, unser Land solle gefälligst genau so viel gegen Islamophobie wie gegen den Antisemitismus unternehmen. Ich kann dazu nur sagen, dass die Juden nicht weltweit mordend durch die Lande ziehen, und sie behaupten auch nicht, dass außer Muslimen alle anderen Menschen Ungläubige seien und vernichtet werden müssten. Für Morde jeglicher Art habe ich null Toleranz. Aber in den extremen Randbereichen erzeugt Druck eben Gegendruck.

Wie stark die Vereinnahmung Neuseelands voranschreitet, hat unser Sohn am eigenen Leib zu spüren bekommen. Während eines Studienaufenthaltes parkte er sein Auto vor seiner Wohngemeinschaft. Das Gebäude gehörte einer Chinesin. Nach kurzer Zeit

kam eine chinesische Gang und forderte unseren Sohn auf, er solle das Auto entfernen.

Die Polizei von Auckland wies die Asiaten in ihre Schranken. Da klappt es noch. In Deutschland hat die Exekutive schon lange ihre Macht gegenüber unseren Parallelgesellschaften in Großstädten verloren.

Wenn Islamisten damit beginnen, in ihren eigenen Reihen den Extremismus und den fanatischen Glauben zu bekämpfen, könnten sie glaubwürdig werden. Die Schuld bei anderen zu suchen, ist das Einfachste auf dieser Welt.

Göttervater Zeus hängte den Menschen zwei Säcke um den Hals. Den einen voller eigener Schlechtigkeiten auf den Rücken und den anderen voller Schlechtigkeiten anderer Menschen auf die Brust. So kommt es, dass man nur die Schlechtigkeiten der anderen sieht, aber die eigenen nie.

**Peter Karstens,
Eckernförde**

Kniefall vor Islam

Zu: Im Morast des Zynismus (Nr. 12)

Der Islam hat in seiner 1400-jährigen Geschichte 120 Millionen Christen und Juden ermordet. Im Jahr 1879 hat er in den Donaufürstentümern unter den Christen ein Blutbad angerichtet, wie es die Welt bis dorthin noch nicht gesehen hatte.

Die Verbrechen des Islam an den Christen und Juden sind bis heute nicht beendet. Auch seit der »Islam zu Deutschland« gehört und das Land mit sogenannten Kulturbereicherern überflutet wurde, sind die Deutschen durch die Kulturbereicherer aus den islamischen Ländern unzähligen Gewalttaten und Verbrechen ausgesetzt.

Nun hat ein Christ in seinem Zorn auf den Islam in Neuseeland ein Attentat verübt und in einer Moschee 50 Moslems getötet. Töten von Lebewesen ist immer frevelhaft, was auch immer die Gründe dafür sein mögen. In der Urform der zehn Gebote heißt das fünfte Gebot: »Du sollst nicht töten, weder Mensch noch Tier.«

Aufgrund des Attentats und der 50 toten Moslems sind die Mainstream-Medien und Politiker in einen Betroffenheits-Organismus gefallen. Die Verbrechen des Islam an den Christen und Juden seit Jahrhunderten wurden dabei vollkommen ausgeblendet. Ist ein toter Moslem mehr wert als ein toter Christ oder ein toter Jude?

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat nun die Forderung gestellt, die Moslems in Deutschland unter staatlichen Schutz zu stellen. Dieser Despot sollte erst mal den riesigen Dreckhaufen vor seiner eigenen Tür wegkehren, bevor er die Christen in Deutschland angreift.

**Barbara Koerber,
Grafenberg**

Leserbriefe bitte an: Preussische Allgemeine Zeitung, Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Ja, ich abbinere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z.Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____



**Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland**

**vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51**

Junge Schnüffler an der Alster

Mit einer Detektivserie will die Hamburgische Bürgerschaft Jugendlichen die Stadt an Elbe und Alster vertraut machen

Die Alster-Detektive, eine Hörbuchreihe der Hamburgischen Bürgerschaft, feiern zehnten Geburtstag. Mittlerweile ermitteln die vier Freunde in ihrem sechsten Fall und sind dank des Oetinger-Verlages auch zu lesen.

Zum Jubiläum gab es den neuesten Fall „Langfinger-Alarm“ im Hamburger Rathaus sogar als Live-Hörspiel mitzuerleben. Die Kinder waren begeistert. Die zehnjährige Yvonne und ihre drei Jahre jüngere Schwester kamen mit strahlenden Augen aus der Veranstaltung, die sie mit ihrer Großmutter besuchten. „Ich finde alle toll“, und damit meinte Yvonne nicht nur die vier Junior-detektive, sondern auch deren Fälle. Die Großmutter erwähnte, dass sie anhand der Fälle und deren jeweiligen Tatorte Hamburg ein Stück besser kennengelernt habe. So bieten die Alster-Detektive eine „eine Hamburg-Tour mit den Alster-Detektiven“.

Aber worum geht es? Hamburg hat eine Bürgerschaft, und damit sind nicht die Bürger der Stadt gemeint, sondern deren Parlament. Geht man in das im späten 19. Jahrhundert im Stile der Neorenaissance erbaute Rathaus hinein, so führt der rechte Flügel zum Senat, also der Regierung, und der linke zur Hamburgischen Bürgerschaft. Welche Aufgaben die Bürgerschaftsabgeordneten innehaben und welche Möglichkeiten sich ihnen dort bieten, wird kindgerecht in den verschiedenen Hörspielen vermittelt.

Die Junordetektive Koko, Lukas, Johanna und Marek sind in ihren Fällen häufig im Rathaus unterwegs, denn nicht Kommissar

Klaus Bredeke unterstützt die Kinder, sondern vor allem der Abgeordnete Jörg Strasser. Die Parteizugehörigkeit spielt in keinem Fall eine Rolle. Dennoch wird deutlich, dass sich die Bürgerschaft dafür einsetzt, das Leben in Hamburg zu verbessern.

Die Zuhörer werden mittels der bundesweit ersten „Serie von

Bürgerschaft alle fünf Jahre wählen darf, ist eine weitere Frage, die angegangen wird. Natürlich fehlt auch nicht die Aussage, dass politische Wahlen wichtig sind.

Die Hörer oder Leser werden darauf aufmerksam gemacht, dass die Sitzungen der Bürgerschaft öffentlich sind und über welche Themen entschieden wird. Auch

boot treffen, nennen sie sich die Alster-Detektive. Gerade durch Opa Jost kommen auch ganz typisch norddeutsche Begriffe an die Ohren der Zuhörer, wie zum Beispiel „Buddelschiff“, „plietsch“ (schlau) oder der lapidare Hamburger Gruß „Moin“. Das Schiff hat Opa Jost, Herr Paulsen, grün-

gründet und heißt seit 1969 HADAG Seetouristik und Fährdienst AG (immer noch kurz HADAG). Ihre Schiffe fahren im Rahmen des Linienverkehrs durch den Hamburger Hafen.

Zudem werden in dem neuesten Fall der Hamburger Hafengeburtstag und die Elbphilharmonie zum Schauplatz. In anderen Fällen stehen verschiedene Hamburger Stadtteile im Fokus, und immer wieder treffen sich die vier Freunde an der Alster, nämlich auf Opa Josts Hausboot.

Um Freude an den Alster-Detektiven zu haben, muss man jedoch nicht in Hamburg wohnen. Stadtfremde kommen ebenso auf ihre Kosten wie waschechte Hamburger.

Auch wenn die Geschichten nicht immer ganz stimmig sind, beispielsweise erkennt im ersten Fall „Giftige Lieferung“ der Sternkoch nicht, dass er gerade Gammelfleisch verarbeitet, oder das Ansprechen des Abgeordneten naheliegender sein sollte als ein Anruf bei der Polizei, sind es doch spannende Krimis für Kinder ab acht Jahren. Die Geschichten informieren nicht nur über die Arbeit der Hamburgischen Bürgerschaft, sondern auch gleich über Hamburg und das Leben in der Stadt selbst.

Die Hörbücher können kostenlos auf der Internetseite der Hamburgischen Bürgerschaft angehört oder heruntergeladen werden, außerdem kann die neue Mp3-CD bestellt werden. Für Lehrer verschickt die Bürgerschaft Klassen-sätze für die vierten Klassen. Enthalten ist unter anderem das Arbeitsheft „Hamburg, unsere Stadt! Auf Entdeckungstour in

Hafen & Heimat“ rund um die Themen Politik, Geografie und Hamburg-Wissen. Das Heft gibt nicht nur über die Hamburger Bezirke oder über die Wildtiere in der Stadt Auskunft, sondern thematisiert genauso „kurzweilig und spielerisch“ die Hamburger Geschichte und natürlich die Hamburgische Bürgerschaft.

Die Mp3-CD enthält eine Datei mit über 90 Titeln. Dadurch ist es manchem Gerät nicht möglich, die Geschichten abzuspielen, selbst wenn der CD-Spieler Mp3-fähig ist. Die im Oetinger Verlag erschienenen Bücher, geschrieben von Katrin Wiegand und illustriert von Ulrich Velte, sind zwar nicht kostenlos, bieten aber dafür eine unterhaltsame Lektüre. Doch so entgehen einem die ausgezeichneten Sprecher wie Sebastian Kluckert (Marek), Jodie Blank (Johanna), Daniel Claus (Lukas) und Shirin Westenfelder (Koko) sowie die Stimmen der deutschen Hörspielgrößen Oliver Rohrbeck (Johannas Vater), Andreas Fröhlich (Fleischhändler Brant) und Jens Wawrczeck (Jörg Strasser).

Diese drei kennen Hörspielbegeisterte bereits von der Detektivserie „Die Drei ???“. Sie haben das Projekt von Anfang an begleitet. „Ich finde es toll, wie Kindern und Jugendlichen spielerisch ins Bewusstsein gebracht wird, dass man in der Politik selbst etwas bewegen kann, wenn man aktiv wird und sich an der richtigen Stelle zu Wort meldet. Ich bin in Hamburg aufgewachsen. Als Kind hätte ich mir nicht vorstellen können, dass Abgeordnete mich und meine Belange tatsächlich ernst nehmen könnten“, so Jens Wawrczeck. *Christiane Rinser-Schrot*



Halten die Augen offen: Die Alster-Detektive vorm Rathaus

Bild: Hamburgische Bürgerschaft/Ulrich Velte

Detektiv-Hörspielen eines Parlaments speziell für Kinder“ in die Politik der Stadt eingeführt, wie es auf der Internetseite der Bürgerschaft lautet. Dabei werden Fragen geklärt, beispielsweise was eine „Kleine“ und was eine „Große Anfrage“ meint, was Ausschüsse und was Fraktionen sind. Mit wie vielen Jahren wer die

werden Themen wie Personal-mangel bei der Polizei und die Arbeit der Feuerwehr angesprochen.

„Opa“ Jost wie Kokos Großvater, von ihren Freunden genannt wird, ist der Erzähler der Hörspielreihe. Sein Hausboot liegt in einem der Alsterkanäle. Da sich die Jungdetektive auf diesem Haus-

boot treffen, nennen sie sich die Alster-Detektive. Gerade durch Opa Jost kommen auch ganz typisch norddeutsche Begriffe an die Ohren der Zuhörer, wie zum Beispiel „Buddelschiff“, „plietsch“ (schlau) oder der lapidare Hamburger Gruß „Moin“. Das Schiff hat Opa Jost, Herr Paulsen, grün-

gründet und heißt seit 1969 HADAG Seetouristik und Fährdienst AG (immer noch kurz HADAG). Ihre Schiffe fahren im Rahmen des Linienverkehrs durch den Hamburger Hafen. Zudem werden in dem neuesten Fall der Hamburger Hafengeburtstag und die Elbphilharmonie zum Schauplatz. In anderen Fällen stehen verschiedene Hamburger Stadtteile im Fokus, und immer wieder treffen sich die vier Freunde an der Alster, nämlich auf Opa Josts Hausboot. Um Freude an den Alster-Detektiven zu haben, muss man jedoch nicht in Hamburg wohnen. Stadtfremde kommen ebenso auf ihre Kosten wie waschechte Hamburger. Auch wenn die Geschichten nicht immer ganz stimmig sind, beispielsweise erkennt im ersten Fall „Giftige Lieferung“ der Sternkoch nicht, dass er gerade Gammelfleisch verarbeitet, oder das Ansprechen des Abgeordneten naheliegender sein sollte als ein Anruf bei der Polizei, sind es doch spannende Krimis für Kinder ab acht Jahren. Die Geschichten informieren nicht nur über die Arbeit der Hamburgischen Bürgerschaft, sondern auch gleich über Hamburg und das Leben in der Stadt selbst. Die Hörbücher können kostenlos auf der Internetseite der Hamburgischen Bürgerschaft angehört oder heruntergeladen werden, außerdem kann die neue Mp3-CD bestellt werden. Für Lehrer verschickt die Bürgerschaft Klassen-sätze für die vierten Klassen. Enthalten ist unter anderem das Arbeitsheft „Hamburg, unsere Stadt! Auf Entdeckungstour in

Indiana Jones und die Gräber von Margiana

Kostbare historische Schätze unter der Erde – In Wien und Mannheim ist das Abenteuer Archäologie ein großes Ausstellungsthema

Bei Deutsch-Wagram im Marchfeld nordöstlich von Wien sind bei archäologischen Ausgrabungen Relikte der großen, grausamen Schlacht vom 5. und 6. Juli 1809 geborgen worden. Die hier ausgetragenen Kämpfe des Fünften Koalitionskrieges zwischen Österreich und Frankreich sowie das damalige österreichische Militärlager liegen im Bereich der geplanten Trasse für eine neue Schnellstraße zwischen Wien und Pressburg. Bei den Notgrabungen vor dem Bau der Straße sind Flächen untersucht worden, die anhand von historischen Aufzeichnungen über die Aufstellung der Heeresverbände ausgesucht wurden.

1959 wurde das Schlachtfeld mit 22 Gedenkstätten markiert. Nach einigen Schätzungen verloren bei Wagram bis zu 55 000 Soldaten ihr Leben, als Napoleon mit seinen Truppen gegen die österreichische Armee kämpfte und sie besiegte. Ihre sterblichen Überreste und Reste ihrer Ausstattung wurden in nur 20 bis 50 Zentimeter Tiefe freigelegt.

Vermutlich haben Kriegsgefangene und Tagelöhner nach der Schlacht die Toten eilig in den flachen Gruben verscharrt. Auf dem weitläufigen Areal waren in der Vergangenheit immer wieder Waffenteile, Munition und Uniformknöpfe zum Vorschein gekommen. In großer Zahl befinden sich solche Funde im Wagramer Erzherzog-Carl-Museum und im „Privatbesitz“ von Heimatforschern und Sondengängern.

Nach der Niederlage Napoleons in der Schlacht bei Aspern entschloss sich der Kaiser in Mai 1809 hatten sich die Franzosen in die Lobau zu-

rückgezogen, um auf Verstärkung zu warten und anschließend zurückzuschlagen. Sechs Wochen später war der Aufmarsch abgeschlossen. Am 5. Juli 1809 standen die Franzosen mit 150 000 Soldaten dem weit aufgefächerten österreichischen Heer von 136 500 Mann unter der Führung des Generalissimus Erzherzog Carl gegenüber.

Durch den starken Einsatz der Artillerie wurde die zwei Tage dauernde Schlacht zur bis dahin größten und verlustreichsten der

zen, Medizinfläschchen sowie mehr als 1000 Knöpfe, davon über 300 französische mit Regimentsnummern, außerdem Stollen, Hufeisen und Wagenteile.

Auch in Aspern-Essling im heutigen Wiener Gemeindebezirk Donaustadt wurden 2017 Notgrabungen auf dem Gelände des einstigen Schlachtfelds durchgeführt. Funde und Dokumentationen zu beiden Ausgrabungen sind in die aktuelle Ausstellung „Krieg. Auf den Spuren einer Evolution“ des Naturhistorischen Museums



Skelette aus dem Massengrab der Schlacht von Lützen 1632

Napoleonischen Kriege. Napoleon errang einen kriegsentscheidenden Sieg. Dennoch war sein Nimbus der Unbesiegbarkeit erschüttert, da die Österreicher dem Eroberer große Teile Europas bei Aspern seine erste Niederlage an Land zugefügt hatten.

Bei den inzwischen abgeschlossenen Grabungen wurden über 8000 Objekte geborgen, darunter 3000 Musketen- und Kartätschengelungen, massive Kanonenkugeln, Gewehrteile, Granatsplitter, Mün-

Wien integriert worden, die noch bis zum 28. April zu sehen ist. Die Schau entstand in Kooperation mit dem Landesmuseum für Vorgeschichte Halle, welches Ausgrabungen aus einem Massengrab von der Schlacht von Lützen zeigt. In der zwischen den protestantischen Schweden und den katholischen Kaisertruppen unter Wallenstein ausgegrabenen Schlacht fielen im Dreißigjährigen Krieg vermutlich bis zu 10 000 Soldaten. *D. Jestrzemska*

Nach Berlin und Hamburg sind die Reiss-Engelhorn-Museen in Mannheim die letzte Station der Ausstellung „Margiana – ein Königreich der Bronzezeit in Turkmenistan“. Die mit 250 Fundstücken erstmals überhaupt gezeigte Schau ist ein Glücksfall für alle Freunde des Altertums.

Eine Prunkaxt in Form eines Hahnenkopfes, eine Schmucknadel in Form eines „Baktrischen Kamels“, eine Figurine als weibliche Sitzfigur mit mächtigem Leib

In der Wissenschaft spricht man von Oasen- oder Oxuskultur nach dem antiken Namen des zentralen Amurdaja-Flusses. Entdecker dieser bis ins späte 3. Jahrtausend vor Christus zurückreichenden Zivilisation war der russische Archäologe Wiktor Iwanowitsch Sarianidi. Das Gebiet, dem er Jahrzehnte seines Lebens widmete, nannte er Bactria-Margiana Archaeological Complex (BMCA), nach den antiken Bezeichnungen der Region Baktrien und Margiana.

vierteln, Bewässerungssystemen, Grabanlagen und einer imposanten befestigten Palastanlage im Zentrum. Ein Wirtschaftszentrum mit komplexen Verwaltungsstrukturen, das vor über 4000 Jahren vom Fernhandel zwischen China, Indien, dem Iran und dem Vorderen Orient hervorragend lebte.

Höhepunkt der Ausstellung sind die sogenannten Königsgräber, in denen die Verstorbenen mit kostbaren Beigaben zur letzten Ruhe gebettet wurden: mit Prunkwagen und Zugtieren, Schmuck, Waffen, wertvollen Gefäßen und seltsamen Stangen aus Stein. Wagengräber sind über Jahrtausende Ausdruck höchster sozialer Stellung. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an das viel spätere keltische Fürstengrab von Hochdorf bei Ludwigsburg aus der Zeit um 550 v. Chr. Mancher würde sicher auch heute noch seinen Wagen gerne mit ins Jenseits nehmen.

Einen Hinweis zur Republik Turkmenistan schlagen die Fotografien von Herlinde Koelbl, welche die Ausstellung begleiten. Gekonnt zeigen sie das antike Gonur Depe im Wandformat und die Artefakte im Katalogformat. Die Fotografien werfen aber auch einen kontrastreichen Blick auf das sich rasant wandelnde Turkmenistan, auf alte Traditionen und die hochmoderne Hauptstadt Aschgabat.

Helga Schnehagen

„Margiana“, Reiss-Engelhorn-Museen, Museum Weltkulturen D5, 68159 Mannheim, läuft bis 16. Juni, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr, Eintritt: 10,50 Euro. Internet: www.rem-mannheim.de



Der rekonstruierte Bereich des Palastes von Gonur Depe

und kleinem aufgesetzten Kopf, eine „Baktrische Prinzessin“, ein Adler mit angezogenen Krallen und ausgebreiteten Flügeln: Die oft nur wenige Zentimeter großen Artefakte sind so faszinierend wie rätselhaft. Denn schriftliche Quellen, die ihre Bedeutung erklären, gibt es nicht. Eines ist jedoch sicher: Sie alle sind wertvolle Zeugnisse einer fernen Hochkultur zwischen Kaspischem Meer und Hindukusch im heutigen Turkmenistan.

Das historische Königreich Margiana im Osten Turkmenistans erlebte von etwa 2300 bis 1600 v. Chr. eine Blütezeit, die durch die spektakulären Ausgrabungen seiner Metropole Gonur Depe ans Licht gekommen ist. Einst im Deltabereich des Murgab-Flusses gelegen, befinden sich nach dessen Verlagerung ihre Reste heute mitten in der Karakum-Wüste. Gonur Depe war eine Großstadt mit tausenden Einwohnern, Wohnarealen, Handwerker-

Warum der Erste Weltkrieg so lange dauerte

Holger Afflerbach beschäftigt sich in dem Buch „Auf Messers Schneide“ mit der Frage von 1914, ob Österreich-Ungarn die Serben für das Attentat in Sarajewo durch einen Krieg zur Verantwortung ziehen dürfte, was Paris und Moskau verneinten. Deutschland hingegen wollte seinen Bundesgenossen vor einem politischen Zerfall retten und erachtete einen Verteidigungskrieg leichtfertig als unvermeidlich. In seiner Siegesgewissheit und seinem Überlegenheitsgefühl glaubte es, Frankreich sehr schnell schlagen und dann Russland besiegen zu können. Durch seinen Einmarsch ins neutrale Belgien setzte es sich indes ins Unrecht, worauf im Ausland die Vorstellung vom „preußischen Militarismus“ entstand. Berlins Bestreben, den großen Krieg zu vermeiden, wurde hinfällig durch Englands Kriegseintritt, das sich von jeher als Schutzmacht jenes Königsreichs sah.

Wären bei der Marneschlacht die siegreichen deutschen Truppen weiter vorgedrungen, wäre der Westfeldzug gewonnen gewesen, doch sie waren erschöpft und den Entente-Streitkräften zahlenmäßig unterlegen. Schon Ende 1914 glaubten Kreise im deutschen Generalstab, ein militärischer Sieg sei unerreichbar. Ziel war nunmehr, die Gegner zu zermürben, um sie auf diesem Wege zum Einlenken zu zwingen. Diese aber lehnten einen Separatfrieden ab, sie wollten den deutschen Angreifer strafen, während Deutschland den Krieg nicht ohne einen Siegespreis beenden wollte.

Folgenschwerer als die Schlacht von Tannenberg war die um Gorlice-Tarnow, die für das Zarenreich den Anfang vom Ende bedeutete. Dennoch lehnte der Zar einen Separatfrieden ab, da er sich seinen Verbündeten verpflichtet fühlte. Bald erklärte England die Nordsee zum Kriegsgebiet, womit London gegen bestehendes Recht verstieß. Die deutsche Offensive gegen Verdun sollte „Frankreich zum Weißbluten“ bringen, sie wurde zur Prestigefrage. Im Juli 1916 begann die mit großer Erbitterung geführte Sommeschlacht.

Der Allfrontenangriff der Entente wurde gestoppt, sodass man an der Themse den Krieg bereits als verloren ansah, doch London und Paris wollten bis zum Sieg weiterkämpfen. Berlin strebte einen Verhandlungsfrieden an, der Generalstab hingegen wollte die Durchhaltefähigkeit erhöhen.

Es gab damals Gespräche über einen Frieden, doch durch Berlins Weigerung, seine Kriegsziele zu nennen, führten sie zu keinem Ergebnis. Ein Friede wäre durch einen klaren Annexionsverzicht Deutschlands möglich gewesen, denn eine Ablehnung eines Friedens ohne Annexionen hätte die Alliierten unter Rechtfertigungsdruck gesetzt. US-Präsident Wilson trat für „Frieden ohne Sieg“ ein, der indes von der Entente als „Katastrophe“ abgelehnt wurde. Eine Chance, Anfang 1917 den Krieg zu beenden, wurde damit vertan. Das Angebot der deutschen Politik, seine Bedingungen zu nennen, erübrigte sich taktisch durch Eröffnung

des U-Boot-Krieges, was Afflerbach als „chaotischen Mechanismus“ bezeichnet. Den Friedensaufruf Papst Benedikts XV. lehnte Washington ab, die Westmächte bezeichneten deutsche Friedensangebote als „Heuchelei“. Nach den Worten des Autors, ein auf diesem Gebiet anerkannter britischer Universitätsprofessor, hatte die Entente erneut die Gelegenheit zum Frieden ausgeschlagen. Sie „wollten die klare Niederlage Deutschlands“, obwohl es Ende 1917 alle Gewinne im Osten gegen einen Frieden einzutauschen bereit war. Die bisher bessere Kampfkraft deutscher Soldaten ließ nach, hinzu kam die feindliche Überlegenheit: Zwischen März und Juni 1918 verloren die Deutschen 973 000 Soldaten, zugleich landeten 956 000 US-Soldaten in Frankreich.

Der Waffenstillstand im November 1918 sei praktisch als eine Kapitulation mit Bedingungen zu werten: Deutschland entwarfandete sich auf Zusagen der Ententemächte, welche indes nicht eingehalten oder uminterpretiert wurden. Es war kein Friede der Gerechtigkeit, die Notwendigkeit von Nachbesserungen sahen sogar die Siegermächte ein. Eine historische Tragödie sei indes, dass viele zu spät

erfolgten und nicht der demokratischen Weimarer Republik zugute kamen, sondern deren Totengräber Hitler. Dabei sei es gerade das Ziel der Alliierten gewesen, „die Wiederkehr eines Krieges unmöglich zu machen.“

Aus der Sicht des Verfassers war dennoch der Ausgang des Ersten Weltkrieges sehr viel länger offen als gemeinhin angenommen: „Der Krieg wurde so lange und so verbittert geführt, weil er lange auf des Messers Schneide stand, und hätte auch anders ausgehen können.“ Worte, die bereits die britischen Premiers Lloyd George und Winston Churchill benutzten. Die lange Dauer machte einen guten Frieden unmöglich, wobei dem Autor zufolge „die Alliierten die größere Verantwortung tragen für seine Verlängerung über den Punkt hinaus, an dem er Europa in die Katastrophe des 20. Jahrhunderts stürzte“.

F.-W. Schlomann



Holger Afflerbach: „Auf Messers Schneide. Wie das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg verlor“, C.H. Beck-Verlag, München 2018, gebunden, 664 Seiten, 29,95 Euro

100 Jahre Europa

Zwischen der Schlacht von Belle Alliance (Waterloo) 1815 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 war Europa die Weltmacht schlechthin. Das resultierte aus den enormen Veränderungen beziehungsweise Fortschritten in Kultur, Politik und Technik. Hierüber erzählt der renommierte britische Historiker Richard J. Evans in seinem monumentalen 1000-Seiten-Werk „Das europäische Jahrhundert. Ein Kontinent im Umbruch.“

Besonderes Augenmerk legt er dabei auf die zahlreichen Revolutionen nach dem Ende der Napoleonischen Kriege sowie den Aufstieg des Nationalismus und die daraus resultierenden Staatengründungen. Offensichtlich stellte der Nationalstaat ein Erfolgsmodell ersten Ranges dar. Das lässt das Treiben der geschichtsvergessenen EU-Bürokraten und Zentralisierungsfetischisten in einem ziemlich düsteren Licht erscheinen und erklärt die heutige Existenzkrise der Europäischen Union.

Und auch sonst taugt das „europäische Jahrhundert“, wie Evans es

höchst kenntnisreich und detailliert in acht umfangreichen Kapiteln beschreibt, durchaus als Vorbild für die heutige Zeit: Europas Fortschritt und Machtentfaltung basierte zwischen 1815 und 1914 neben dem Nationalismus gleichermaßen auf dem Wegfall anachronistisch gewordener Denkverbote und gesellschaftlicher Hemmnisse,

der konsequenten Verfolgung berechtigter Eigeninteressen gegenüber jedweder äußeren Konkurrenz, der Bereitschaft und Fähigkeit zu umfassender Modernisierung und Mobilität sowie dem Tun von Menschen, welche den Mut hatten, ihre Visionen zu verwirklichen. Dagegen verblissen die Schattenseiten dieser ereignisreichen 100 Jahre, auf denen vielfach so masochistisch herumgeritten wird. W. Kaufmann

Vorbild für die heutige Zeit



Richard J. Evans: „Das europäische Jahrhundert. Ein Kontinent im Umbruch – 1815–1914“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2018, gebunden, 1023 Seiten, 48 Euro

Umgang mit dem Tod

Suzy Swanson ist ein zwölfjähriges Mädchen, das sich eigene Gedanken macht. Sie ist ein Außenseiter, ohne sich als solcher zu fühlen. Ihre Mutter überbringt ihr die traurige Nachricht, dass Franny ertrunken ist. Dass dies etwas ist, das einfach passiert ist, will Suzy nicht wahrhaben. Sie hört auf zu sprechen und sucht Begründungen für den Tod ihrer Klassenkameradin.

Mit ihrem Debütroman „Die Wahrheit über Dinge, die einfach passieren“ hat die New Yorkerin Ali Benjamin ein berührendes Jugendbuch geschaffen. Aus der Perspektive Suzys erfährt der Leser viel über die zuletzt schwierige Beziehung zu ihrer Freundin Franny, über Quallen und Quallenblüten, über Ameisen und über Hän-

seleien, die Kinder ertragen, wenn sie sich auf den Weg ins Erwachsenenwerden machen. Es ist ein bewegendes Buch, das nicht nur für Jugendliche lesenswert ist, sondern auch für Erwachsene.

Für alle, die lieber auf die Verfilmung warten: Das Buch will die Hollywoodschauspielerinnen Reese Witherspoon verfilmen. CRS



Ali Benjamin: „Die Wahrheit über Dinge, die einfach passieren“, Carl Hanser Verlag, München 2018, gebunden, 239 Seiten, 17 Euro

Alternativvorschläge für eine gerechte Familienpolitik

Mehr als 200 Milliarden Euro gibt der deutsche Staat für familienpolitische Leistungen aus. Finanziert werden damit rund 150 verschiedene Maßnahmen. Neben Kindergeld, Elterngeld und Ehegattensplitting zählen dazu die Kindertagesbetreuung, die kostenlose Mitversicherung in der Krankenkasse, BAföG und auch das Baukindergeld. Weitere indirekte Zuwendungen für Familien stecken im Rentensystem.

Zu kompliziert und teilweise widersprüchlich findet das die Berliner CDU-Kommunalpolitikerin und alleinerziehende Mutter Jenna Behrends. In ihrem Buch „Rabenvater Staat“ kritisiert die Juristin (Jahrgang 1990), dass Familien nicht gebührend als Leistungsträger der Gesellschaft eingeordnet werden, trotz des Leitsatzes „Kinder sind eine wichtige Investition in die Zukunft unseres Landes“. Sie hat viele Änderungs-

wünsche und präsentiert ihre Vorschläge in dem Buch.

Bei ihren Recherchen hat Behrends mit Elternpaaren und Alleinerziehenden gesprochen. Sie stieß auf ähnliche, aber auch ganz unterschiedliche Problemlagen in der Stadt und auf dem Land. So sei es in manchen Gegenden schwierig, eine Hebamme oder eine Kinderarztpraxis zu finden. Eine ihrer zentralen Forderungen lautet, dass sich Berufstätigkeit endlich für beide Elternteile lohnen müsse, und zwar in jedem gewünschten Umfang. Sie schlägt vor, alle Steuerpflichtigen individuell zu besteuern mit einer stärkeren Berücksichtigung von Kindern. Das sehen laut Umfragen 65 Prozent der Bevölkerung genauso.

Die neu erhobene Forderung nach einer Grundsicherung für Kinder lehnt sie ab. Diese sei wegen der europarechtlichen Regelungen keine Option, da es dadurch

noch attraktiver werde, nach Deutschland zu kommen. Unvermeidbar dürfte es wohl bleiben, dass manche der Anspruchsberechtigten an den Anträgen scheitern, die gestellt werden müssen. „Vielleicht muss man dafür eine ganz neue Stelle schaffen, die in den Verwaltungsstellen auf Familien zugeschnitten ist“, schlägt sie vor.

Die Texte der einzelnen Kapitel sind umfassend mit Quellenhinweisen versehen. Die Kapitelüberschriften wurden jedoch nicht sachgerecht gewählt, da sie keine Rückschlüsse auf den Inhalt zulassen. Dazu passt der häufige Wechsel der Tonlage, etwa wenn Behrends

ihrer Empörung über irgendeine empfundene Ungerechtigkeit Luft macht: „Es ist zum Windelwerfen!“ Sachbuchautoren dürfen heute so schreiben, jedenfalls nehmen sie sich solche Freiheiten heraus. So überwiegt trotz des schwierigen Themas der Eindruck eines leicht lesbaren Buches. D. Jestrzowski



Jenna Behrends: „Rabenvater Staat. Warum unsere Familienpolitik einen Neustart braucht“, dtv Verlag, München 2019, gebunden, 208 Seiten, 18,50 Euro

Ernüchterndes Ergebnis: ZDF-Moderator sucht mit Mutter die Banater Vergangenheit

Hilft eine Reise in die Heimat, aus der man vertrieben wurde, um zu vergessen? Um mit all den schrecklichen Erlebnissen irgendwie ins Reine zu kommen? Unzählige Male ist das inzwischen erfolgt, „Heimwehtourismus“ ist längst zum geflügelten Wort geworden. Nach allen Erfahrungen lässt sich kein einheitliches Fazit ziehen: Manche Reisende konnten danach vergeben und vergessen, bei manchen schloss sich eine Wunde, bei anderen aber blutete sie weiter. Und wieder andere zeigten sich von allen Eindrücken vergleichsweise unberührt.

Der für das ZDF arbeitende Moderator Andreas Wunn schildert in seinem Buch „Mutters Flucht. Auf den Spuren einer verlorenen Heimat“ den Versuch, seine aus dem heute serbischen Teil des Banats

stammende Mutter mittels einer Reise in die Heimat zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung der Familie anzuregen.

Erst nach langem Zögern hat sich die alte Dame darauf eingelassen und mit ihren beiden Söhnen im Sommer 2017 eine Reise entlang der Fluchtroute von 1947 in ihren Geburtsort Setschan (Secanj) unternommen. Das Buch ist ein ebenso nüchtern wie immer wieder auch emotionaler Bericht über viele Erinnerungen und Wiederbegegnungen gerade in Ungarn und in der Woiwodina, ergänzt um historische Informationen und um Erörterungen über den Wert der Erinnerung für die heute Lebenden.

Für die im Banat lebenden Deutschen, die sprichwörtlichen Do-

nauschwabern, begann mit dem Kriegsende eine Schreckenszeit. Titos gnadenlose Partisanen rächten sich an allem, was deutsch war. Zigttausende Männer, auch der Großvater des Autors (Wunn schildert den Schock für die Familie sensibel und doch eindringlich), wurden zu Tode gefoltert oder erschossen, Frauen und Kinder kamen in Lager, wo ihnen durch Hunger und Krankheiten oftmals der Tod vor Augen stand.

Wunns Urgroßmutter wagte im Sommer 1947 mit Tochter (Großmutter des Autors) und deren zwei kleinen Kindern die Flucht ins na-



Andreas Wunn: „Mutters Flucht. Auf den Spuren einer verlorenen Heimat“, Ullstein Buchverlage, Berlin 2018, gebunden, 256 Seiten, 20 Euro

he Ungarn. Schon hinter der Grenze spürte sie in einem Sonnenblumenfeld ein Wachhund auf; das Tier starrte die Frauen und Kinder an, die Großmutter den Hund, der sich nach einer endlosen Weile ohne zu bellen davontrotzte. Ein einziges Bellen hätte alles verraten, ein Zurück ins Lager wäre der Tod gewesen.

Nur einmal gibt die Mutter Emotionen preis. „Wir waren damals eine glückliche Familie, die zerstört wurde. Aber daraus ist eine neue glückliche Familie entstanden.“ Ansonsten zeigt sie zur leisen Enttäuschung ihrer Söhne, dass die Reise in die Heimat der Eltern für sie kein Wiederbegegnen war. Der Autor folgert: „Schweigen, um zu vergessen. Vergessen, um Geschehenes ungeschehen zu machen. Geschehenes ungeschehen machen, um

weiterzuleben.“ Am neuen Wohnort Trier scheint die Mutter nicht recht warm geworden zu sein.

Berührend ist die durchweg große Gastfreundschaft, der die drei Reisenden vor Ort begegnen. Rachegeanken sind den Menschen ganz offensichtlich fremd. Ein älterer Herr, der sie durch ein serbisches Dorf führt, sagt: „Ich habe nie verstanden, warum die Deutschen von hier vertrieben wurden. Dabei haben sie das Land kultiviert. Wir denken nichts Schlechtes über die Deutschen.“ Dem Dank an die dortigen Menschen fügt der Autor ein Lob für die donauschwäbischen Einrichtungen in Baden-Württemberg an, die mit jeder nur denkbaren Information vor der Fahrt geholfen und damit gezeigt haben, wie sehr sie noch immer gebraucht werden. Dirk Klose

MELDUNGEN

Gemeinsam gegen Kriminelle

Prag – Um einer durch ausländische Arbeiter in Tschechien hervorgerufenen Verbrechenswelle zu begegnen, haben die Regierungen in Prag, Preßburg und Warschau eine Zusammenarbeit ihrer Polizeikräfte vereinbart. Polnische und slowakische Polizisten sollen regelmäßig gemeinsam mit tschechischen Kollegen durch die besonders stark von Ausländern bewohnten Gebiete – explizit genannt wurden die Städte Jungbunzlau und Pilsen – patrouillieren. T.W.W.

Ermittlungen gegen »Künstler«

Gera – Die Staatsanwaltschaft Gera ermittelt seit 16 Monaten gegen die Gruppe „Zentrum für politische Schönheit“ (ZPS) wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Das wurde jetzt durch die Antwort der thüringischen Landesregierung auf eine Anfrage der Fraktion der Linkspartei bekannt. Das ZPS hatte im November 2017 neben dem Grundstück des AfD-Politikers Björn Höcke eine Nachbildung des Holocaust-Mahnmals errichtet. J.H.

ZUR PERSON

Bischof mit viel gutem Glauben

Von der Evangelischen Kirche in Preußen, deren Oberhäupter die Preußenkönige einst waren, blieb nicht mehr viel übrig. Reichten die neun Kirchenprovinzen ab dem Wiener Kongress von Ostpreußen über Brandenburg und Schlesien bis zu den Rheinprovinzen, so ist jetzt nur noch die „EKBO“ geblieben. So lautet das Kürzel der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, die zwar noch ein relativ großes Gebiet mit sechs Millionen Menschen umfasst, von denen aber nur eine knappe Millionen Mitglieder der evangelischen Kirche sind.

Neues Oberhaupt dieser Christen wird **Christian Stäblein**, der



jetzt als Nachfolger von Markus Dröge zum neuen Bischof gewählt wurde. Im Rahmen eines Festgottesdienstes in der Berliner St.-Marienkirche, die so gar im rbb-Fernsehen übertragen wird, tritt der dann 52-Jährige am 16. November sein Amt an.

Stäblein ist wie seine Vorgänger Dröge und Wolfgang Huber, der frühere Ratsvorsitzende der EKD, ein Westimport. Im niedersächsischen Bad Pyrmont geboren, wuchs er in Hannover auf, studierte Evangelische Theologie in Göttingen, war Gemeindepfarrer in Nienburg und Studiendirektor des Predigerseminars der Hannoverschen Landeskirche in Loccum, ehe er EKBO-Probst und Dröges Stellvertreter wurde.

Als neuer Hauptstadtbischof will der Vater von vier Kindern die Kirchnaustritte stoppen. Seit 2004 hat die EKBO fast 300.000 Mitglieder verloren. Obgleich eher konservativ ausgerichtet, legt er zur Anwerbung neuer Schäfchen die Bibel modern aus, sagt, dass die „Ehe für alle“ möglich sei, und traute auf dem Kirchentag 2017 ein lesbisches Paar. Auch die Klimaproteste der Schüler hält er für „ein gutes Zeichen“. Hauptsache, es nutzt seiner Kirche und seiner Mission. H. Tews



Schöner wohnen

Popu, das EU-Gespenst

Ghostbusters in den Redaktionen, ein Schnelltest für das Weltbild, und vom säuerlichen Strom der Ermahnungen / Der satirische Wochenrückblick mit **KLAUS J. GROTH**

Keine Ahnung, warum die auf einmal überall auftauchen. Jedenfalls wimmelt es zunehmend von Popus. Je näher die Europawahlen kommen, desto mehr werden es. Popus über Popus. Eine rechte Plage drohen sie zu werden. Wie, Sie kennen keinen Popu? Da passen Sie mal schön auf, was Sie da sagen. Am Ende sind Sie sogar selbst einer? Jedenfalls macht sich bereits verdächtig, wer einen Popu nicht auf Anhieb erkennt.

Aber Hilfe naht! In zahlreichen alleinerziehungsberechtigten Medien sind sie zu finden, die Anleitungen zum Erkennen eines Popus. Ganze Redaktionen machen sich auf, um als Ghostbusters die rechte Plage einzunebeln. Dabei soll ein Schnelltest behilflich sein. Der geneigte Leser muss nur acht einfache Fragen beantworten, und schon weiß er, in welcher Ecke er steht, ob er virenfrei, gefährdet oder bereits vom Populismus befallen ist.

Solche Schnelltests erfreuen sich großer Beliebtheit. Schließlich kann man mit ihnen ganz ohne Selbsterfahrungsgruppe zum eigenen Ich finden. Und wenn das Ergebnis nicht gefällt, dann packt man den Schnelltest einfach weg, muss ja nicht jeder wissen, wenn man gerade mal auf Abwegen vom Mainstream war.

Auch wenn solche Selbstprüfungen echte Dauerbrenner sind, gewissen modischen Strömungen sind sie doch unterworfen. Mit der einst beliebten Frage „Bin ich eine kluge Hausfrau?“ ist kein Blumenpott mehr zu gewinnen. Gleiches gilt für den Fragenkomplex „Bin ich eine gute Tochter?“. Oder: „Bin ich eine schlechte Freundin?“

Wer will denn sowas noch wissen? Selbst wenn das aktuell etwas modischer verpackt wird mit der Frage „Bin ich eine Zicke?“, wird es nicht interessanter. Na schön, wer so etwas fragt, der ahnt wohl, dass er ein Problem haben könnte. Aber dafür benötigt man heute keine Psychiatercouch und auch keinen Psychotest. Bei derartigen seelischen Nöten offenbart man sich in den sogenannten sozialen Medien. Da werden Sie geholfen. Im WorldWideWeb darf jeder jeden Schwachsinn, jede Beleidigung absondern, er bleibt ja anonym. Aber auch aus trüben Quellen kann man fischen.

Aber nun mal los, nun mal Butter bei die Fische. Mal muss gesprungen werden. Sind Sie es nun oder sind Sie es nicht, ein Populist? Aber immer schön bei der Wahrheit bleiben, die kommt sowieso raus. Schließlich ist dieser Test, der nun zur anstehenden Europawahl angeblich frisch aufgebriht wurde, in Wahrheit schon ziemlich abgestanden. Die Bertelsmann-Stiftung hatte die gleiche Frage vor zwei Jahren gestellt. Sie fahndete damals nach der „Stunde der Populisten“, wollte „Populistische Einstellungen ... vor der Bundestagswahl 2017“ ausloten. Allerdings war die Umfrage damals nicht im Unterhaltungsstil einer Zeitung beheimatet,

sondern wissenschaftlich untermauert. Oder so ähnlich. Manchmal ist ja schon die Frage die halbe Antwort.

Man ahnt, was bei der Umfrage zutage kommen soll. Schließlich ist die Bertelsmann-Stiftung nicht irgendeine Stiftung, sondern die wohl einflussreichste in Deutschland. Manche sagen, sie verhalte sich wie eine Gouvernante, die allen kräftig auf die Finger klopft, die nicht so wollen, wie sie es für richtig hält. Das lässt man sich ordentlich etwas kosten, so bummelige 70 Millionen Euro im Jahr. Die verbraten 380 Mitarbeiter.

Für einen weltweiten Konzern wie Bertelsmann operiert auch die Stiftung weltweit mit Mitarbeitern in Brüssel, Washington, Barcelona und eben auch Gütersloh. Und so kommt aus Gütersloh ein steter, etwas säuerlicher Fluss an Ermahnungen. Das nennt man in Gütersloh „zivilgesellschaftliches“ Engagement. Und dazu gehört selbstverständlich die Fahndung nach Populisten. Möglicherweise waren die Gesinnungsforscher damals enttäuscht. Nur bei einem Drittel der Deutschen konnten sie populistische Tendenzen vermuten. Das schien zu wenig für einen Alarmruf.

Nun aber, vor der Europawahl, da ist nicht nur Holland in Not. Flandern droht populistisch abzusaufen, Italien ist es schon, Frankreich klammert sich an das letzte Stück Treibholz, in Finnland und

Österreich schwappt die populistische Soße bis zum Hals, über Polen und Ungarn spricht man besser nicht. Überall sind die Vereinfacher am Werk, die Feinde der Demokratie. Denn merke: Demokratie ist, wo Demokratie draufsteht. Und dazu bedarf es eines „zivilgesellschaftlichen“ Stempels. Nur wer den hat, der ist Demokrat. Alle anderen nicht. Das ist doch einfach zu verstehen.

Darum beginnen wir den Gesinnungstest zur EU-Wahl mit der Frage, ob folgende Behauptung zutrifft: „Parlamentsdebatten bringen uns nicht weiter. Es wäre besser, wenn es einfach einen gäbe, der endlich mal sagt, wo es langgeht.“

Sie meinen, man könne gar nicht so blöd sein, auf eine so dämliche Frage zu antworten? Vermutlich haben Sie recht. Aber man kann so blöd sein, eine solche Frage zu formulieren und sich dabei toll zu fühlen.

Kommen wir zu Behauptung 2: „Das Volk ist sich in vielen Fragen vollkommen einig – aber unsere abgehobenen Politiker haben leider gar keine Ahnung, wie das Volk denkt.“ Vorsicht, hier wird es schon kniffliger. Das „vollkommen einig Volk“ ist Quatsch, die Politiker in der abgehobenen Blase sind es vermutlich nicht.

Behauptung 3: „Richter, die eine vom Staat getroffene Entscheidung wieder umwerfen können, sollte man sich sparen – in China und Russland läuft alles effizienter.“ So ein Blödsinn kann nur nach dem zwölften Schnaps am Redaktionschreibtisch fabriziert worden sein.

Behauptung 4: „Die deutschen Medien, von der Regionalzeitung bis hinauf zur ‚Tagesschau‘, verbreiten oft absichtlich Nachrichten, die nicht stimmen – und lassen andere beiseite, die ihnen nicht passen.“ Passen Sie auf, Vorsicht Falle! Selbstverständlich werden Nachrichten selektiert, einen Pups von einem krachenden Furz zu unterscheiden, das sollte journalistische Aufgabe sein. Passt der Pups besser ins selbstgezimmerne Meinungsbild, dann hat allerdings auch ein donnernder Furz keine Chance auf Erwähnung.

Behauptung 5: „Die verschiedenen Völker und Rassen endlich wieder stärker zu trennen ist eine überfällige und sehr gute Idee.“ Vermutlich fand die Redaktion, es sei eine gute Idee, diese Frage in den Katalog aufzunehmen. Schließlich weiß man dort ganz genau, wie ein Populist denkt, nämlich genau so.

Behauptung 6: „Leider gibt es sehr viele Dinge, die man in Deutschland als normaler Bürger inzwischen nicht mehr sagen darf.“ Geht es noch billiger? Selbstverständlich darf man, wenn man die Konsequenzen tragen will. Auch als „normaler Bürger“. Und was ist ein „normaler Bürger“? Na ja, das ist einer, der sich „abgehängt fühlt“, der „abgeholt und mitgenommen werden muss“, dem man „auf Augenhöhe begegnen“ sollte. Auch wenn man sich dazu ganz tief bücken muss, runter zu dem dumpfbackigen Depp.

Behauptung 7: „Sogenannte Experten finden vieles kompliziert – dabei wäre mit gesundem Menschenverstand die Lösung der meisten Probleme sehr einfach.“ Erkennen Sie da endlich den Populisten? Die haben immer ganz einfache Lösungen. So auf Stammtischniveau, mehr geht nämlich nicht. Wie es geht, wenn Profis ein Problem gründlich durchdenken, wird uns gerade beim Brexit vorgeführt. Aber von der Lachnummer mal abgesehen, Experten sind immer gut. Kritiker auch. Anonyme Experten und Kritiker, wer und was sie auch immer sein mögen, erfreuen sich gegenwärtig in den Medien großer Beliebtheit. Vergessen wir die Zeiten, als Experten einen Namen hatten, Kritiker ebenso.

Behauptung 8: „Die EU ist ein bürokratisches Monster, das viel Geld frisst, aber unterm Strich keinen Menschen wirklich nützt.“ Endlich könnte man mal zustimmen. Hinter das „bürokratische Monster“ gehört ein Ausrufezeichen. Ach was, drei!!! Es können gar nicht genug Ausrufezeichen sein. Aber „keinem Menschen etwas nützt“? Da darf der „normale Bürger“ anderer Ansicht sein.

Sie sehen, es ist gar nicht so leicht, ein Populist zu sein. Aber keine Sorge, man macht Sie schon dazu. Sagen Experten.

MEINUNGEN

Der Publizist **Jacques Schuster** ist empört über die erneute Ablehnung der AfD-Kandidatin für das Amt des **Bundestagsvizepräsidenten** und gibt in der „Welt“ (5. April) zu bedenken:

„Seit die AfD im Bundestag ist, ist das Parlament wieder ein Marktplatz der Meinungen und ein genaueres Spiegelbild der Gesellschaft. Allein der Einzug der AfD in den Bundestag hat den Mehltau beseitigt, den die große Koalition über das Hohe Haus an der Spree gegossen hatte. In dieser Legislaturperiode geht es dank der AfD lebhafter und damit auch demokratischer zu.“

Eric Gujer, Chef der „Neuen Zürcher Zeitung“ (5. April), sieht die **EU immer tiefer in einen „Sumpf“** gleiten, wofür er vor allem die beiden Hauptakteure des laut Gujer „wichtigsten Staatenbundes der Welt“ verantwortlich macht:

„Was die deutsche Regierung in dieser kritischen Phase der EU will, weiß Europa immer noch nicht. Inzwischen ist es aber auch egal. Das Window of Opportunity (Fenster der Möglichkeiten) hat sich geschlossen. Paris brennt, und Emmanuel Macron bekommt seine Probleme nicht in den Griff. Frankreich ist auf seine Innenpolitik fixiert. Deutschland ist auf seine Innenpolitik fixiert. Die zwei wichtigsten EU-Staaten sind außenpolitisch mehr oder minder paralysiert.“

Oliver Grimm von der Wiener „Presse“ (5. April) glaubt nicht, dass der **CSU-Politiker Manfred Weber** wirklich Nachfolger von **EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker** wird, denn:

„Erstmals, seit dieses Parlament – genau vor 40 Jahren – direkt von den europäischen Völkern gewählt wird, werden die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten gemeinsam keine absolute Mehrheit mehr stellen ... Es folgt daraus aber auch, dass die Chancen von Manfred Weber, dem Spitzenkandidaten der Christlichsozialen, auf den Kommissionsposten – ins Minimale schwinden – denn Liberale, Grüne und Sozialdemokraten würden ihn wohl nur gegen so große Zugeständnisse unterstützen, dass seine Volkspartei sich nach einem Ersatz für ihn umsehen müsste.“

Christian Thielemann, bedeutendster Wagner-Dirigent unserer Zeit, fordert im Interview mit dem Magazin „Corps“ (1/2019) eine **Basinung auf preußische Tugenden**:

„Alle Leute sollten manchmal Preußen sein. Wenn es um Arbeitsethos, Disziplin und Zuverlässigkeit geht. Dieses ewige Laissez-faire und Geparke in der zweiten Spur. Ja, das mache ich auch. Aber so sollte eine Gesellschaft nicht funktionieren. Es geht um Erziehung. Das Preußische macht sich darin fest, in einer richtigen Erziehung. Dem Streben nach Idealen. Man fühlt sich besser mit Regeln, solange man nicht darin verkrampft. Das Elitiäre gehört dazu. Wo hört diese dämliche Diskussion auf? Etwa, wenn wir alle in Waldhütten leben? ... Toleranz ist wichtig, aber eben in der preußischen Variante. Nämlich zu akzeptieren, dass der andere seine Freiheit so weit genießt, bis er an die eines anderen stößt. Leider ist das heute Theorie, die Praxis sieht ja anders aus. Es ist ein Hauen und Stechen, Gemache und Gelüge. Man muss probieren, die Dinge halbwegs anständig zu tun.“